

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 18. Mai 2017,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.55 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Sarah Früh, 3. Max Husi, 4. Urs Knapp, 5. Daniel Probst,
6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger, 9. David Tschan,
10. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Ramazan Balkaç, 2. Fritz Buser, 3. Paul Dilitz, 4. Gökhan Karabas, 5. Eugen Kiener,
6. Huguette Meyer Derungs, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Luc Nünlist, 9. Renata Pfeiler,
10. Marion Rauber, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier (bis 20.45 Uhr), 2. Heidi Ehram, 3. Dr. Christoph Fink,
4. Muriel Jeisy, 5. Moritz Segna, 6. Nenad Skalonja, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Beate Hasspacher, 3. Anita Huber, 4. Michael Neuenschwander,
5. Raphael Schär, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Anton Brügger, 3. Ernst Eggmann, 4. Franziska Erzinger,
5. Doris Känzig, 6. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Alexandra Kämpf
Dr. Max Pfenninger
Dr. Christine von Arx
Philippe Ruf

Vorsitz: Matthias Borner

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- 1a Dringliche Interpellation Fraktion SP/Junge SP bezgl. Öffentlicher Raum für Alle/Frage der Dringlichkeit
2. Gemeindeparlament und Stadtrat, Erneuerungswahlen/Validierung
3. Stadtschreiber, Amtsperiode 2017-2021, Wiederwahl/Wahlempfehlung
- * 3a Gemeindeparlament/Demission und Ersatzwahl
4. sbo, Bericht und Rechnungen 2016/Genehmigung
5. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- * 5a Dringliche Interpellation Fraktion SP/Junge SP bezgl. Öffentlicher Raum für Alle/Frage der Dringlichkeit
 - 5.1. Motion Gökhan Karabas (SP/Junge SP-Fraktion) betr. Beschilderung der Unterführungen
 - 5.2. Motion Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnende betr. Friedhofreglement/Gemeinschaftsgräber
 - 5.3. Postulat SP/Junge SP und Mitunterzeichnende betr. Lärmschutz aus Glas an der südlichen Bahnhofausfahrt
 - 5.4. Interpellation Ernst Eggmann (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklung der Buslinie 504
 - 5.5. Interpellation Luisa Jakob (Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Notschlafstelle in Olten
 - 5.6. Postulat SP/Junge SP betr. öffentlicher Zugang zur Anlegestelle beim Ruderclub
 - 5.7. Vorschlag Grüne Olten betr. „Schluss mit Parksuchverkehr und halbleeren Parkhäusern: Olten braucht endlich ein Parkleitsystem“
 - 5.8. Postulat Raphael Schär (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. KlimaBündnis-Städte Schweiz
- * Ergänzung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsident Matthias Borner begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung: Heute möchte ich besonders die Vertretung der sbo begrüssen. Das sind die Herren Erne, Caspar und Scheiwiller und von der Revisorenstelle Herr Setz. Weiter haben wir noch neu gewählte Gemeinderatsmitglieder, die aber erst ab 1. August Einsitz nehmen werden. Das sind die Damen Andrea Leonhardt, Denise Spirig, Laura Schöni und die Herren Tobias Oetiker und Beat Felber. Ich hoffe, Ihr haltet bis zum Schluss durch.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Matthias Borner:

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 23. März 2017 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten (SRO 121)/Teilrevision
(Beschluss Ziffer I./1.)
- Reglement über die Förderung kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2)/Teilrevision
(Beschluss Ziffer I./1.)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 30. März 2017 und die Referendumsfrist ist am 29. April 2017 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 23. November 2016 und 15. Dezember 2016 sind vom Büro am 2. Mai 2017 definitiv genehmigt worden und bald online verfügbar.

* * *

Traktandenliste

Es hat eine kurzfristige Änderung gegeben, die jetzt nicht auf Eurer Traktandenliste ist. Wir haben einen Rücktritt von Renata Pfeiler. Sie zieht um und muss deshalb per 31. Mai von ihren Ämtern zurücktreten. Somit hat sie den Rücktritt gegeben, einerseits aus der GPK, andererseits auch aus dem Gemeindeparlament. Die Fraktion SP/Junge SP hat zusätzlich Luc Nünlist als Ersatz für Renata Pfeiler in die GPK nominiert. Deshalb werden wir nachher bei den Wahlen noch ein zusätzliches Traktandum haben, wo wir diese Wahl vornehmen werden.

* * *

Eingang dringliche Interpellation bezüglich öffentlichen Raum für alle

Wir werden jetzt zuerst zur Dringlichkeit dieses Geschäfts abstimmen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Postulat CVP/EVP/GLP-Fraktion betr. Neue Stadtseiten-Verbindung für den Langsamverkehr
- Postulat CVP/EVP/GLP-Fraktion betr. Weiterführung Minigolfanlage im Kleinholz
- Postulat Fraktion SP/Junge SP betr. Angemessene Preise für Badi und Hallenbad
- Motion Fraktion SP/Junge SP betr. Verstärkung Stadtentwicklung
- Postulat Raphael Schär (GO) und Mitunterzeichnende betr. Nutzung erneuerbarer Energien
- Postulat Raphael Schär (GO) und Mitunterzeichnende betr. Gemeinnütziger Wohnungsraum
- Interpellation SVP-Fraktion betr. Lärmbelästigung durch Untersuchungsgefängnis Olten
- Motion SVP-Fraktion betr. Sicherheit beim Ländiweg

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 51

Dringliche Interpellation Fraktion SP/Junge SP bezgl. Öffentlicher Raum für Alle/Frage der Dringlichkeit

Luc Nünlist, Fraktion SP/Junge SP: Der Ländiweg hat sich in den letzten Jahren von einem Durchgangsweg zu einem Aufenthaltsraum gewandelt, und verschiedene soziale Schichten begegnen sich dort auf einem engen Raum. Das löst hie und da Berührungsängste aus, und diese Verunsicherungen sind dann Anlass für allerlei Tumulte. Die SP/Junge SP möchte, dass diese Verunsicherungen aber nicht dafür ausschlaggebend sind, dass Personen des öffentlichen Raums verwiesen werden, wenn sie sich einfach friedlich am Wasser aufhalten wollen. Die Fraktion SP/Junge SP ist vehement gegen Diskriminierungen, Belästigungen, Steuerhinterziehungen, Drogen- und Waffenhandel. Wir wollen ihn nicht international. Wir wollen ihn nicht national. Wir wollen ihn auch nicht vor der Haustüre. Wenn jemand gegen diese Grundgesetze verstösst, ist er strafrechtlich zu verfolgen, ob es am Ländiweg ist, in Panama oder zu Hause. Wir möchten aber auch festhalten, dass der öffentliche Raum allen gehört, und jeder und jede das Recht haben soll, sich dort aufzuhalten, so lange, wie er die Freiheiten der Gesellschaft nicht einschränkt respektive die öffentliche Ordnung nicht grundlegend gefährdet. Wenn mir die Kleider oder die Musik einer Person nicht passt, ist dies kein Grund für eine polizeiliche Meldung. Wenn mir die Hautfarbe oder der Geruch einer Person nicht passt, ist dies kein Grund für eine Wegweisung, oder wenn mir die Religion oder die Tagesbeschäftigung von jemandem nicht passt, ist dies auch kein Grund für eine persönliche Empörung. Da müssen wir alle an unseren Vorurteilen arbeiten. Diese Dinge gehen nur den Einzelnen etwas an, und wenn wir Personen im öffentlichen Raum verweisen, müssen sie klar gegen öffentliches Recht verstossen haben. Solange wir dies nicht nachweisen können oder bereit sind, polizeiliche Anzeigen aufzugeben, müssen sie sich weiterhin frei bewegen können. Es geht hier um Präzedenzfälle für den Sommer. Wir werden noch öfters darüber reden müssen. Wenn wir jetzt nicht Pflöcke einschlagen und wenn wir jetzt hier nicht auch öffentlich verbindliche Statements dazu haben. Sonst haben wir noch den ganzen Sommer Facebook-Diskussionen dazu. Besten Dank.

Stadträtin Iris Schelbert: Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Es tut mir leid, dass ich trotzdem etwas sagen muss. Wir haben es ja an der Fraktionssitzung ja nicht besprochen. Ich sage es jetzt ehrlich. Vor der Fraktionssitzung ist jeweils nach der Fraktionssitzung. Dann geht es los. Ich hätte einfach den Stadtrat gefragt. Ich meine, das ist vor zwei Tagen eingegangen. Das ist ja fast eine soziologische Masterarbeit, die Ihr hier in zwei Tagen machen müsst. Ist es möglich, dass Ihr dies sorgfältig beantworten könnt?

Stadträtin Iris Schelbert: Ja.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Das Wort wäre frei zur Dringlichkeit. Materiell würde bei einer allfälligen Dringlichkeit behandelt.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Wenn man von der Gemeindeordnung oder vom Reglement des Gemeinderats ausgeht, ist dieser Vorstoss nicht dringlich. Wenn aber der Stadtrat bereit ist, dies jetzt zu beantworten, haben wir sicher nichts dagegen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich kann mich an und für sich meinem Vorsprecher anschliessen. Störend ist etwas, dass wir von der SP gar keine Begründung zur Dringlichkeit gehört haben. Wir haben nur materielle Ausführungen gehört, die eigentlich jetzt bei der Frage der Dringlichkeit nichts zur Sache tun. Die Dringlichkeit ist nicht begründet worden. Aber wir halten es eigentlich gleich wie die FdP. Wenn der Stadtrat bereit ist, diese Fragen dringlich zu beantworten, wollen wir dem nicht im Wege stehen. Ich denke, es macht Sinn, wenn wir dies jetzt machen. Aber einfach für das nächste Mal: Bitte haltet Euch doch an die Geschäftsordnung und redet zur Dringlichkeit und nicht über Gott und die Welt.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Ich halte mich kurz. Wir sind für Dringlichkeit nach dem Motto: Statt auf Facebook wollen wir lieber im Parlament diskutieren.

Beschluss

Mit 44 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Dringlichkeit befürwortet.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 52

Gemeindeparlament und Stadtrat, Erneuerungswahlen/Validierung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen nachfolgenden Bericht und Antrag:

Gemäss §§ 157 und 160 des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) sind Beschwerden gegen kommunale Wahlen innert 3 Tagen seit dem Wahltag schriftlich beim Verwaltungsgericht einzureichen. Für die Wahl des Stadtrates vom 12. März bzw. 23. April 2017 und die Wahl des Gemeindeparlamentes vom 23. April 2017 sind die Beschwerdefristen unbenützt abgelaufen. Die Ergebnisse sind gemäss § 119 lit. d durch das Gemeindeparlament zu validieren.

Beschlussesantrag:

I. Stadtratswahlen

Es sind gewählt:

Stimmen:

1. Wey Martin (gewählt am 12.03.2017)
2472
2. Marbet Thomas (gewählt am 12.03.2017)
2455
3. Savoldelli Benvenuto (gewählt am 12.03.2017)
2140
4. Rauber Marion (gewählt am 23.04.2017)
2248
5. Schelbert-Widmer Iris (gewählt am 23.04.2017)
2149

II. Parlamentswahlen

Es sind gewählt:

Liste 1: Schweizerische Volkspartei Olten

- | | |
|--|------|
| 1. Werner Christian, selbständiger Rechtsanwalt, Lehmgrubenstrasse 7 | 1351 |
| 2. Borner Matthias, Ökonom, Kreuzstrasse 23 | 1191 |
| 3. Ruf Philippe, Kaufmann, Dornacherstrasse 5 | 1030 |
| 4. Känzig Doris, Sonderpädagogin, Wiesenstrasse 5 | 1018 |
| 5. Erzinger Franziska, Chef de Service, Sachbearbeiterin, Haldenstrasse 12 | 956 |

Liste 2: Evangelische Volkspartei

- | | |
|--|-----|
| 1. Wälchli Schaffner Marlen, Berufsschullehrerin Pflege, Höhenstrasse Ost 56 | 433 |
|--|-----|

Liste 3: Christlichdemokratische Volkspartei Olten (CVP)

- | | |
|---|------|
| 1. Ehram-Berchtold Heidi, Hausfrau/Bibliothekarin, Bergstrasse 28 | 1116 |
| 2. Fink Christoph, Arzt, Klosterplatz 3 | 939 |
| 3. Jeisy-Strub Muriel, Juristin, Feigelstrasse 38 | 939 |
| 4. Felber Beat, Architekt, Fustlighalde 21 | 925 |

Liste 4: Grüne Olten

- | | |
|--|------|
| 1. Wettstein Felix, Dozent Fachhochschule, Platanen 44 | 1606 |
| 2. Frey Schär Myriam, dipl. Arch. ETH, Tellstrasse 24 | 1534 |
| 3. Neuenschwander Michael, Musiker/Musiklehrer, Krummackerweg 27 | 1116 |
| 4. Huber Anita, Redaktorin, Zelglistrasse 1 | 1101 |

Liste 5: Sozialdemokratische Partei Olten

- | | |
|---|------|
| *1. Rauber Marion, Pflegefachfrau HF, Klosterplatz 9 | 2150 |
| 3. Uebelhart Arnold, Arzt, Reiserstrasse 54 | 1977 |
| 4. Moor Rudolf, Physiker, Speiserstrasse 46 | 1972 |
| 5. Ulrich Dieter, Leiter Finanzen, Martin-Disteli-Strasse 4 | 1955 |
| 6. Meyer Derungs Huguette, Sek I Lehrerin, Felsenstrasse 50 | 1905 |
| 7. Balkaç Yabgu Ramazan, Dipl. Architekt/Dozent, Gartenstrasse 28 | 1799 |
| 8. von Arx Christine, Gerichtsschreiberin, Felsenstrasse 6 | 1785 |
| 9. Kiener Eugen, Amtsrichter, Ringstrasse 41 | 1744 |
| 10. Pfeiler Renata, Kaufm. Angestellte, Adam Zeltnerweg 1 | 1706 |

Liste 6: FDP. Die Liberalen Olten

- | | |
|--|------|
| 1. Rudolf von Rohr Monique, Berufsfachschullehrerin, Langhagstrasse 14 | 1964 |
| 2. Probst Daniel, Ökonom lic.rer.pol., Sälistrasse 144 | 1841 |
| 3. Eng Heinz, Stv. Geschäftsführer, Fustlighalde 24a | 1708 |
| 4. Knapp Urs, Unternehmensberater, Friedhofweg 34 | 1683 |
| 5. Grolimund Reto, MSc Bauing. ETH, Klosterplatz 15 | 1622 |
| 6. Plüss David, Dr. sc. ETH, Chemiker, Lehmgrubenstrasse 8 | 1605 |
| 7. Kämpf Alexandra, Rechtsanwältin, Seidenhofweg 27 | 1564 |
| 8. Sonderegger Deny, Unternehmer, Geschäftsleiter, Sportstrasse 50 | 1561 |
| 9. Sager-Roth Simone, Immobilienbewirtschafterin mit eidg. FA, Bornfeldstr. 53 | 1546 |

Liste 7: Grünliberale Olten

- | | |
|---|-----|
| 1. Schaffner Beatrice, Ingenieurin, Maienstrasse 38 | 840 |
|---|-----|

Liste 8: Junge SP Region Olten

- | | |
|---|------|
| 1. Jakob Luisa, Historikerin/Gemeinderätin, Maienstrasse 58 | 1086 |
| 2. Gomm Simon, Student PH Bern, Florastrasse 8 | 994 |
| 3. Bolliger Corina, angehende Lehrerin, Höhenstrasse Ost 79 | 535 |

Liste 9: Olten jetzt!

- | | |
|---|------|
| 1. Kissling Daniel, Geschäftsführer Kulturlokal Coq d'Or/Schriftsteller, Aarburgerstr. 96 | 1526 |
| 2. Schöni Laura, Studentin, Dornacherstrasse 7 | 1171 |
| 3. Oetiker Tobias, IT-Unternehmer, Aarweg 15 | 999 |
| 4. Spirig Denise, HR Marketing Manager, Hübelistrasse 27 | 988 |

* wurde zusätzlich noch in den Stadtrat gewählt und stellt ihren Parlamentssitz zur Verfügung. Der Sitz erhält, wer auf der betreffenden Liste unter den Nichtgewählten am meisten Stimmen erzielt hat.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentsbüros zugestellt.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I. Stadtratswahlen

Es sind gewählt:

Stimmen:

- | | |
|--|------|
| 1. Wey Martin (gewählt am 12.03.2017) | 2472 |
| 2. Marbet Thomas (gewählt am 12.03.2017) | 2455 |
| 3. Savoldelli Benvenuto (gewählt am 12.03.2017) | 2140 |
| 4. Rauber Marion (gewählt am 23.04.2017) | 2248 |
| 5. Schelbert-Widmer Iris (gewählt am 23.04.2017) | 2149 |

II. Parlamentswahlen

Es sind gewählt:

Liste 1: Schweizerische Volkspartei Olten

- | | |
|---|------|
| 1. Werner Christian, selbständiger Rechtsanwalt, Lehmgrubenstrasse 7 | 1351 |
| 2. Borner Matthias, Ökonom, Kreuzstrasse 23 | 1191 |
| 3. Ruf Philippe, Kaufmann, Dornacherstrasse 5 | 1030 |
| 4. Känzig Doris, Sonderpädagogin, Wiesenstrasse 5 | 1018 |
| 5. Erzingher Franziska, Chef de Service, Sachbearbeiterin, Haldenstrasse 12 | 956 |

Liste 2: Evangelische Volkspartei

- | | |
|--|-----|
| 1. Wälchli Schaffner Marlen, Berufsschullehrerin Pflege, Höhenstrasse Ost 56 | 433 |
|--|-----|

Liste 3: Christlichdemokratische Volkspartei Olten (CVP)

1. Ehram-Berchtold Heidi, Hausfrau/Bibliothekarin, Bergstrasse 28	1116
2. Fink Christoph, Arzt, Klosterplatz 3	939
3. Jeisy-Strub Muriel, Juristin, Feigelstrasse 38	939
4. Felber Beat, Architekt, Fustlighalde 21	925

Liste 4: Grüne Olten

5. Wettstein Felix, Dozent Fachhochschule, Platanen 44	1606
6. Frey Schär Myriam, dipl. Arch. ETH, Tellstrasse 24	1534
7. Neuenschwander Michael, Musiker/Musiklehrer, Krummackerweg 27	1116
8. Huber Anita, Redaktorin, Zelglistrasse 1	1101

Liste 5: Sozialdemokratische Partei Olten

*1. Rauber Marion, Pflegefachfrau HF, Klosterplatz 9	2150
11. Uebelhart Arnold, Arzt, Reiserstrasse 54	1977
12. Moor Rudolf, Physiker, Speiserstrasse 46	1972
13. Ulrich Dieter, Leiter Finanzen, Martin-Disteli-Strasse 4	1955
14. Meyer Derungs Huguette, Sek I Lehrerin, Felsenstrasse 50	1905
15. Balkaç Yabgu Ramazan, Dipl. Architekt/Dozent, Gartenstrasse 28	1799
16. von Arx Christine, Gerichtsschreiberin, Felsenstrasse 6	1785
17. Kiener Eugen, Amtsrichter, Ringstrasse 41	1744
18. Pfeiler Renata, Kaufm. Angestellte, Adam Zeltnerweg 1	1706

Liste 6: FDP. Die Liberalen Olten

1. Rudolf von Rohr Monique, Berufsfachschullehrerin, Langhagstrasse 14	1964
2. Probst Daniel, Ökonom lic.rer.pol., Sälistrasse 144	1841
3. Eng Heinz, Stv. Geschäftsführer, Fustlighalde 24a	1708
4. Knapp Urs, Unternehmensberater, Friedhofweg 34	1683
5. Grolimund Reto, MSc Bauing. ETH, Klosterplatz 15	1622
6. Plüss David, Dr. sc. ETH, Chemiker, Lehmgrubenstrasse 8	1605
7. Kämpf Alexandra, Rechtsanwältin, Seidenhofweg 27	1564
8. Sonderegger Deny, Unternehmer, Geschäftsleiter, Sportstrasse 50	1561
9. Sager-Roth Simone, Immobilienbewirtschafterin mit eidg. FA, Bornfeldstr. 53	1546

Liste 7: Grünliberale Olten

1. Schaffner Beatrice, Ingenieurin, Maienstrasse 38	840
---	-----

Liste 8: Junge SP Region Olten

1. Jakob Luisa, Historikerin/Gemeinderätin, Maienstrasse 58	1086
2. Gomm Simon, Student PH Bern, Florastrasse 8	994
3. Bolliger Corina, angehende Lehrerin, Höhenstrasse Ost 79	535

Liste 9: Olten jetzt!

5.	Kissling Daniel, Geschäftsführer Kulturlokal Coq d'Or/Schriftsteller, Aarburgerstr. 96	1526
6.	Schöni Laura, Studentin, Dornacherstrasse 7	1171
7.	Oetiker Tobias, IT-Unternehmer, Aarweg 15	999
8.	Spirig Denise, HR Marketing Manager, Hübelistrasse 27	988

* wurde zusätzlich noch in den Stadtrat gewählt und stellt ihren Parlamentssitz zur Verfügung. Der Sitz erhält, wer auf der betreffenden Liste unter den Nichtgewählten am meisten Stimmen erzielt hat.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 53

Stadtschreiber, Amtsperiode 2017-2021, Wiederwahl/Wahlempfehlung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss Art. 131 Gemeindegesetz bzw. Art. 22 Ziffer 5 Gemeindeordnung ist der Stadtschreiber oder die Stadtschreiberin durch das Gemeindeparlament zu wählen. Der derzeitige Amtsinhaber stellt sich für eine Wiederwahl zur Verfügung. Gestützt darauf wird dem Gemeindeparlament

Herr Markus Dietler, Stadtschreiber seit 1. Juli 2001,

zur Wiederwahl für die Amtsperiode 2017-2021 vorgeschlagen.

Markus Dietler hat sich auch in der zu Ende gehenden Amtsperiode um die Einwohnergemeinde Olten verdient gemacht. Er übte eine führende Rolle aus bei der Aufgabenüberprüfung der Stadtverwaltung im Rahmen der Sparpakete und bei der Reorganisation der Stadtverwaltung inklusive Revision der Geschäftsordnung des Stadtrates auf die neue Amtsperiode hin. Neu unterstellt wurden ihm die Bereiche Stadtplanung und Integration; zudem wurde ihm der bereits früher von ihm geführte Bereich Stadtentwicklung wieder zugeteilt, wo er das Projekt Olten Ost zu einem erfolgreichen Abschluss brachte. Im Bereich Kultur darf seine wichtige Rolle bei der Kreditgenehmigung des Projektes „Haus der Museen“, im Kommunikationsbereich die Erarbeitung einer Social Media Strategie mit dem Einstieg der Stadt Olten ins Facebook und die Einführung der OltenApp erwähnt werden. Dem Gemeindeparlament stand er insbesondere bei den Revisionen der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes zur Seite. Mit Beginn der neuen Amtsperiode kommt die operative Unterstellung der Bereiche Ordnung und Sicherheit, Feuerwehr und RZSO/RFSO sowie Kulturförderung hinzu.

Beschlussesantrag:

Herr Markus Dietler, Gartenstrasse 6, wird für die Amtsperiode 2017-2021 als Stadtschreiber wiedergewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung des Parlamentsbüros zugestellt.

Parlamentspräsident Matthias Borner: *Markus Dietler begibt sich in den Ausstand, damit wir dieses Geschäft unabhängig behandeln können.* Gemäss Gemeindegesetz liegt es in der Kompetenz des Gemeindeparlamentes, einen Stadtschreiber zu wählen. Markus Dietler hat sich noch einmal für vier Jahre zur Verfügung gestellt. Ich glaube, es ist unbestritten, dass

Markus Grosses für die Stadt Olten, aber auch für dieses Parlament geleistet hat. Wir hatten gerade in den letzten Jahren keine einfache Zeit, wo nicht zuletzt auch der Druck auf das Stadthaus enorm war und dies gerade auch für den Stadtschreiber viele Zusatzstunden und Extra-Efforts bedeutet hat. Er hat eine führende Rolle bei den Aufgabenprüfungen der Stadtverwaltung übernommen, inklusive der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats. Neu sind ihm auch die Stadtplanung sowie die Integration zugeteilt, wobei er das Projekt Olten Ost zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht hat. Er hat auch die Ankunft der Stadt in den Social Media vorangetrieben. Uns hat er insbesondere bei der Revision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments enorm geholfen. Er hat uns an den vielen Abendsitzungen, wo auch viele sagen wir einmal nicht ganz so effiziente Sitzungen darunter waren, immer sehr unterstützt und hat mit uns all diese Querelen ohne zu murren mitgemacht. Mit dem Beginn und dem Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung wird ihm in Zukunft auch die operative Leitung der Bereiche Ordnung und Sicherheit, Feuerwehr sowie Kulturförderung zugewiesen. Wenn ich auch noch kurz persönlich etwas sagen darf, und ich gehe davon aus, dass meine Vorgängerinnen und Vorgänger hier Ähnliches dazu zu sagen haben: Markus hat mir im Parlamentspräsidium enorm geholfen und mir und nicht zuletzt auch uns viel Arbeit erleichtert. Hier bin ich schon sehr dankbar. Ich empfehle ihn zur Wahl.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Danke dem Parlamentspräsidenten für diesen Ritterschlag. Es sind tatsächlich diese Argumente, wo der Stadtrat vollumfänglich, vorbehaltlos hinter unserem Stadtschreiber steht und wir ihn natürlich bestens zur Wiederwahl empfehlen. Wir sind dankbar, aber auch stolz, dass wir in unserer Stadt einen so tollen Stadtschreiber, Stabschef und Entwickler haben.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir danken natürlich Markus Dietler auch für seine gute Arbeit. Wir schätzen sehr, wie er arbeitet. Er ist ein Superkommunikator, ein guter Organisator, ist offensichtlich am richtigen Arbeitsplatz, und wir sind froh, wenn er vier Jahre weitermacht und in diesem Sinne natürlich einverstanden, wenn wir ihn für die nächste Amtsperiode wählen. Es gibt für uns einfach ein grosses Fragezeichen. Markus Dietler hat ja jetzt schon ein 100%-Pensum. Durch all die Restrukturierungen, Verschlankungen usw. erhält er noch mehr Aufgaben dazu. Ordnung und Sicherheit, Feuerwehr, Kulturförderung. Für uns läuft dies eigentlich irgendwie in absehbarer Zeit auf eine Überlastung hinaus. Er ist zwar jetzt noch relativ jung und sieht gesund aus. Aber wir möchten ja eigentlich auch nicht, dass er in ein Burnout oder irgendetwas Ähnliches hineinlaufen muss bzw. ist unser Fragezeichen vor allem dort: Wie sind für die vielen Bereiche, die Markus jetzt hat und die er weiterhin haben wird und noch dazu haben wird, bei Euch im Stadthaus die Stellvertretungen geregelt? Ist dies gut gemacht, wenn er einmal für eine Weile ausfallen würde? Das möchten wir eigentlich gerne vom Stadtrat wissen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Herzlichen Dank für Deine Würdigung. Es ist tatsächlich so, dass die Arbeitsbelastung gross ist. Die Stellvertretungen, die Du angesprochen hast, sind verschieden verteilt. Einerseits haben wir eine Stellvertretung über die Stadtkanzlei, über Erika Brunner, die dann wesentliche Sachgeschäft auch in seiner Ferienabwesenheit entsprechend vollzieht. Das sind ein paar Geschäfte, Geschäftsvorbereitungen. Dann vertritt ihn der Rechtskonsulent im Stadtrat, was die Protokollführung anbelangt. Weiter gibt es in unserem Stadthaus und in der Verwaltung sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihm auch die Ferien, die ihr zugute hat, schlussendlich ermöglichen können. Aber wir wissen, es ist eng. Wir müssen Sorge zu ihm tragen, und es ist auch bei den jährlichen Mitarbeitergesprächen, die ich mit ihm führe, immer ein Thema, wo man ihn ganz bewusst auch auf diese Thematik anspricht.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Wir schliessen uns den Ausführungen des Parlamentspräsidenten an. Vielleicht sollte man auch noch erwähnen, dass dank der Leistungen von Markus Dietler in diesen neu unterstellten Bereichen, die er übernommen hat, für die Stadt schlussendlich auch die nötigen Stelleneinsparungen möglich wurden. Markus Dietler hat mit seiner Erfahrung mit dem Haus der Museen eigentlich bereits bewiesen, dass man auch ohne separate Kulturstelle in Olten mit ihm eine hohe Qualität im

Kunstbereich hat. Es ist eigentlich ein Geschenk für die Stadt, wenn sich so ausgewiesene und erfahrene Leute zur Wiederwahl stellen.

Beschluss

Mit 45 : 0 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

Herr Markus Dietler, Gartenstrasse 6, wird für die Amtsperiode 2017-2021 als Stadtschreiber wiedergewählt.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Wir sind jetzt vom reglementarischen Blumenstrauss etwas abgewichen und unterstützen seinen Lesehunger etwas mit einem kleinen Präsent.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Stadtschreiber/Markus Dietler

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 54

Gemeindeparlament/Demission

Für die GPK und das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Renata Pfeiler (SP) demissioniert infolge Wegzugs aus Olten als Mitglied der GPK und des Gemeindeparlamentes per 31. Mai 2017.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Renata Pfeiler (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird die Demission von Renata Pfeiler genehmigt.

Mitteilung an:
Frau Renata Pfeiler, Talackerstrasse 43I, 3604 Thun
Kommissionsverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 55

Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Geschäftsprüfungskommission ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Infolge Wegzugs aus Olten demissioniert Renata Pfeiler (SP) als Mitglied des Gemeindeparlamentes per 31. Mai 2017. Demzufolge muss sie auf diesen Zeitpunkt hin auch aus der GPK austreten.

Als Ersatz für Renata Pfeiler schlägt die SP Luc Nünlist als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2013/17 zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Renata Pfeiler (SP) und die Ersatzwahl von Luc Nünlist (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung werden die Demission von Renata Pfeiler (SP) und die Ersatzwahl von Luc Nünlist (SP) genehmigt.

Mitteilung an:

Frau Renata Pfeiler, Talackerstrasse 43I, 3604 Thun

Herrn Luc Nünlist, Felsenstrasse 5, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)

Kommissionsverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 56

sbo, Bericht und Rechnungen 2016/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9 Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2016. Die Detailinformationen können der Beilage entnommen werden.

Der Verwaltungsrat sbo freut sich, Ihnen für das Jahr 2016 wiederum einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen. Der traditionelle Cashflow (Jahresergebnis mit vorgenommenen Abschreibungen sowie gebildeten Rückstellungen) erreichte einen Betrag von CHF 13.5 Mio. und liegt um rund CHF 1.1 Mio. über demjenigen des Vorjahres. Der Cashflow aus der Geldflussrechnung bzw. der Geldfluss aus Geschäftstätigkeit (operativer Cashflow) beziffert sich auf CHF 24.4 Mio. gegenüber dem Vorjahr mit CHF 10.2 Mio.

Zum guten Resultat beigetragen haben:

- Erreichen der Budgetvorgaben in sämtlichen Geschäftsbereichen
- Einhaltung der Kostenbudgets
- Optimierte Kapazitäts-Nomination Erdgas
- Im Jahresvergleich wurde ein höherer Betriebsertrag bei gleichbleibendem Betriebsaufwand erwirtschaftet.

Gegenüber der EGO besteht neu eine Kontokorrentverbindlichkeit von knapp CHF 3.6 Mio. Ausgehend vom letztjährigen Guthaben betrug die Veränderung über CHF 6.1 Mio. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 7.7 Mio. bei CHF 10.1 Mio. Bruttoinvestitionen.

Die sbo standen 2016 im fünfzehnten Betriebsjahr des Joint Venture mit der Alpiq Versorgungs AG (AVAG) bzw. der Aare Versorgungs AG (Namenswechsel nach Verkauf an das Konsortium mit EBM Netz AG, Münchenstein, UBS CEIS, Zürich und sbo). Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Im Jahresabschluss 2015 wurde budgetkonform eine a.en Dividende von 30 % abgegrenzt. Anlässlich der a.en GV wurde auch eine Dividende von 30 % beschlossen und im Mai 2016 ausbezahlt. Für den Jahresabschluss 2016 wurde eine unveränderte Dividende berücksichtigt.

Zusammenfassend kann das Jahr 2016 spartenbezogen wie folgt kommentiert werden:

• Elektrizitätsversorgung

Die abgerechnete Energiedurchleitung (= Gesamter Stromverbrauch aller Kundinnen und Kunden) bewegte sich mit 139.1 Mio. kWh um 0.8 % unter der Vorjahreshöhe. Der Aufwand für das Netzentgelt fiel insgesamt höher aus. Sowohl die Kosten für die Vorliegernetze als auch die Abgaben an die Swissgrid (insbesondere KEV) erhöhten sich. Eine allfällige Unter- bzw. Überdeckung beim Erlös Netzentgelt wird entsprechend berücksichtigt und in die Kalkulation der Folgejahre gemäss ElCom Vorgabe einfließen.

Abnahme Stromverkauf an Endverbraucher um 4.1 Mio. kWh oder 4.2 %, wodurch sich der Beschaffungsaufwand gegenüber dem Vorjahr sowohl mengen- als auch wertmässig verminderte. Zudem konnte die Beschaffung weiter optimiert werden, d.h. die Energie von der Vorlieferantin Alpiq günstiger eingekauft werden. Diese Vergünstigung wurde an die Endverbraucher – sowohl im Markt als auch in der Grundversorgung – weitergegeben. Die Rücklieferungen (aus vornehmlich wärmegesteuerten Anlagen) nahmen wiederum zu. Die Beschaffung des ökologischen Mehrwertes (Herkunftsnachweise für „Opt-out“) steht mit einem leicht höheren Betrage zu Buche. Nach wie vor „mixt“ jeder Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 100 MWh seine Energie selber: Er hat die Wahl zwischen Standard-, Aare- oder GrauStrom, wobei der StandardStrom im Default-System vorgeschlagen wird; dabei beträgt der Anteil Solarstrom mittlerweile mehr als doppelt so viel wie bei der Lancierung versprochen. Im Segment MarktStrom wird zwischen „nicht überprüfbarer“ Qualität, Kern- und Wasserenergie gewählt. Durch den Bereich Energie konnten über 2.8 Mio. kWh als Stromverkauf dem Bereich Netz in Rechnung gestellt werden (Netz- / Übertragungsverluste).

Gegenüber dem Vorjahr blieb der Aufwand praktisch auf gleicher Höhe, wogegen der Ertrag aufgrund der Marktaktivitäten tiefer ausfiel.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde jedoch einerseits ein höherer Ertrag erwirtschaftet, und andererseits fiel der Aufwand – bei guter Kosteneinhaltung - tiefer aus. In der Folge konnten neben den ordentlichen Abschreibungen auch Rückstellungen zugunsten von Beteiligungsrisiken gebildet werden.

- **Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung**

Bedingt durch die kältere Witterung (+7 % Heizgradtage) sowie durch höheren Bedarf industrieller Grossverbraucher stand der Gasverkauf mit 574.6 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr (+19.8 Mio. kWh oder +3.6 %) höher zu Buche. Beim Absatz an den Erdgastankstellen konnte nach dem letztjährigen Rückgang in diesem Segment wieder eine Steigerung von über 9 % verzeichnet werden. Nach der Erhöhung der CO₂-Abgabe auf 1.517 Rp./kWh per anfangs 2016 senkte die Vorlieferantin GVM per 1. April 2016 bzw. per 1. Juli 2016 vorerst die Gaspreise. Per 1. Oktober 2016 erfolgte nach langer Zeitspanne erstmals wieder eine leichte Anpassung nach oben, wobei sich der durchschnittliche Einstandspreis immer noch unter dem Vorjahreswert präsentierte. Diese Anpassungen wurden jeweils zeitnah an die Kunden weitergegeben. Obwohl mengenmässig gegenüber dem Vorjahr eine um 4.4 % höhere Energiebeschaffung zu verzeichnen war, fiel der wertmässige Einkauf leicht tiefer aus und wurde nur durch die Biogas Zertifikate zusätzlich belastet, was per saldo einen Mehraufwand zur Folge hatte.

Gegenüber dem Vorjahr blieb der Aufwand praktisch auf gleicher Höhe, bei gleichzeitig höherem Ertrag infolge grösserer Absatzmenge und optimierter Leistungsnomination.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde ebenfalls einerseits ein höherer Ertrag erwirtschaftet, und andererseits fiel der Aufwand – bei guter Kosteneinhaltung - tiefer aus. In der Folge konnten neben den ordentlichen Abschreibungen auch Rückstellungen zugunsten von Markt- und Beteiligungsrisiken sowie für die Sanierung des 5bar Leitungsnetzes gebildet werden.

- **Wasserversorgung**

Der Wasserverkauf inkl. Gratisabgabe an die öffentlichen Brunnen fiel um 10'672 m³ oder 0.5 % unter dem Wert des Vorjahres aus. In Olten fielen der Grundverbrauch um 4.0 % höher und der Mehrverbrauch um 6.5 % tiefer aus. In Trimbach wurde über den Grund- bzw. Mehrverbrauch eine insgesamt leichte Absatzsteigerung von 1.1 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Bei den übrigen Aussengemeinden war eine minime Reduktion von 0.3 % des Konsums zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr liegen somit insgesamt tiefere Absatzmengen vor, die aber ertragsmässig infolge höheren Grund- und Löschwassergebühren geringfügig über dem Vorjahreswert zu Buche stehen.

Gegenüber dem Vorjahr präsentierte sich der Aufwand leicht tiefer bei gleichzeitig leicht höherem Ertrag.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde ein budgetkonformer Ertrag erzielt, und andererseits fiel der Aufwand – bei guter Kosteneinhaltung – merklich tiefer aus. In der Folge konnten nebst den ordentlichen Abschreibungen auch Rückstellungen zugunsten von Beteiligungsrisiken und der Weiterentwicklung Schutzzone Gheid gebildet werden.

- **Finanzabteilung**

In der Finanzabteilung bewegten sich die tatsächlichen Erträge und Aufwendungen mehr oder weniger innerhalb der geplanten Vorgaben und wurden wie in den Vorjahren auf die entsprechenden Geschäftsbereiche umgelegt.

Weitere allgemeine Kommentare:

- Betrug das Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde (EGO) im Vorjahr knapp 2.6 Mio. Franken, beläuft sich nun die Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber der EGO auf knapp 3.6 Mio. Franken. Dies einerseits als Folge einer Bankkontoübernahme von der EGO durch die sbö und andererseits der Saldoentwicklung in Absprache mit der Finanzverwaltung EGO. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 175.3 % bzw. 316.8 % und die Schuldenabnahme CHF 5.8 Mio. bzw. CHF 16.5 Mio. je nach Cashflow Betrachtung. Die Eigenkapitalquote verminderte sich von 61.4 % im Vorjahr auf 57.1 % im laufenden Jahr bei einer höheren Bilanzsumme.
- Die Nettoinvestitionen betragen CHF 7.7 Mio. Bei der Elektrizität wurde nebst dem Ausbau der Breitbandkommunikation sowie öffentlichen Beleuchtungen vor allem in Trafostationen und Niederspannungsleitungen investiert. Bei der Erdgas- / Biogas- / Wärme erfolgten in Olten und in Trimbach Erschliessungen und Sanierungen. Grössere Erdgasnetzausbauten erfolgten zudem in Schönenwerd, Löstorf und Füllnbach. Beim Wärmeverbund Bornfeld wurden im Gebiet Chlyholz weitere Liegenschaften angeschlossen. Bei der Wasserversorgung standen vor allem die Leitungssanierungen von Olten (hauptsächlich) und von Trimbach im Vordergrund. In diesem Geschäftsbereich konnten aufgrund hoher Bautätigkeit wiederum namhafte Anschlusskostenbeiträge in Rechnung gestellt werden.

Gegenüber den ursprünglichen geplanten Investitionen mit einem gesamten Finanzierungsgrad von 109.1 % bewilligte der Verwaltungsrat (VR) unterjährig bei der Elektrizitätsversorgung Netz drei Nachtragskredite (NK) für Neubau Haslistrasse und Versetzung

Verteilkabine, Anpassung bzw. Sanierung NS-Netz in der Von Roll Strasse bzw. Hinterer Steinacker. Bei der Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung mussten drei NK bewilligt werden und betrafen die Sanierung des Messschachtes in Gunzgen, Neuer Netzanschluss in der Stauwehrstrasse in Schönenwerd sowie die Sanierung in der Winznauerstrasse in Trimbach. Im Weiteren wurden auch bei der Wasserversorgung NK beantragt und bewilligt. Dies betrafen Wasserleitungen, deren vier Sanierungen und ein Neubau in Trimbach sowie zwei Sanierungen in Olten. Diese Positionen von total beinahe CHF 1.0 Mio. Mehraufwendungen gegenüber dem ursprünglichen Budget beeinträchtigten aber den Finanzierungsgrad nicht.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Investitionen in den einzelnen Bereichen:

(Beträge in Tsd. CHF)	2016	2015
Elektrizitätsversorgung (Energie / Netz / Dienstleistung)		
Bruttoinvestitionen Anlagen	3'166	4'377
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	46	46
Bruttoinvestitionen öffentliche Beleuchtung	590	612
Anlagen in Bau	1'000	-
Bruttoinvestitionen in Photovoltaik	440	-69
Bruttoinvestitionen	5'242	4'966
abzüglich Beiträge / Erlöse (Allgemein)	390	-
abzüglich Beiträge / Erlöse (von EGO für öffentl. Beleuchtung)	190	-
Nettoinvestitionen	4'760	4'966
Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung		
Bruttoinvestitionen Anlagen	435	3'470
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	81	207
Anlagen in Bau	2'021	-
Bruttoinvestitionen	2'537	3'677
abzüglich Beiträge / Erlöse	229	43
Nettoinvestitionen	2'308	3'634
Wasserversorgung		
Bruttoinvestitionen Anlagen	1'411	1'586
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	108	178
Anlagen in Bau	773	-
Bruttoinvestitionen	2'292	1'764
abzüglich Beiträge / Erlöse	1'661	1'410
Nettoinvestitionen	631	354
Total Bruttoinvestitionen sbo	10'071	10'407
Total Nettoinvestitionen sbo	7'699	8'954

Für das Jahr 2016 ergibt sich ein Unternehmensüberschuss von CHF 3'915 Tsd. vor der Verzinsung Dotationskapital gegenüber CHF 3'020 Tsd. im Vorjahr. Gemäss Geldflussrechnung resultiert ein Geldfluss aus Geschäftstätigkeit (operativer Cashflow) von CHF 24'394 Tsd. (Vorjahr = CHF 10'239 Tsd.). Die Bilanzsumme erhöhte sich von CHF 71.7 Mio. um über 14 % auf neu CHF 82.3 Mio.

Die wichtigsten Zahlen der Unternehmung sind wie folgt dargestellt:

(Beträge in Tsd. CHF)	2016	2015
Betriebsertrag	64'482	62'437
Betriebsaufwand	-50'808	-50'724
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	13'674	11'713
Abschreibungen	-4'928	-5'799
Betriebsergebnis (EBIT)	8'746	5'914
Finanzergebnis	-179	407
a.o. Ergebnis	-4'652	-3'301
Jahresgewinn vor Verzinsung Dotationskapital	3'915	3'020
Verzinsung Dotationskapital	-980	-980
Jahresgewinn	2'935	2'040

Geldfluss aus Geschäftstätigkeit	24'394	10'239
Nettoinvestitionen	7'699	8'954
Schuldenzunahme (+) / Schuldenabnahme (-)	-16'695	-1'285
Selbstfinanzierungsgrad	316.8 %	114.4 %

Die nachstehende Kennzahlen-Aufstellung wird zukünftig wieder die letzten fünf Jahre zeigen in Bezug auf den Geldfluss aus Geschäftstätigkeit, die Nettoinvestitionen, die Schuldenveränderung, der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen, die Entwicklung der Eigenkapitalquote sowie das Kontokorrentkonto mit der EGO.

in Tsd. CHF	2016	2015
Geldfluss Geschäftstätigkeit	24'394	10'239
Nettoinvestitionen	7'699	8'954
Schuldenabnahme	16'695	1'285
Selbstfinanzierungsgrad	317 %	114 %
Eigenkapitalquote	57 %	61 %
Kto.-Krt.-Guthaben ggü EGO	-	2'573
Kto.-Krt.-Schuld ggü EGO	3'568	-

Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO	2016	2015	2014
Verwaltungskostenbeitrag	360	360	360
Verzinsung Dotationskapital	980	980	980
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'580	1'583	1'569
Weihnachtsbeleuchtung 1)	109	115	227
Investitionen öffentliche Brunnen	0	0	0
Unterhalt öffentliche Brunnen, Hydranten	154	206	100
Wasser öffentliche Brunnen	140	153	131
Total in Tsd. CHF	3'323	3'397	3'367

1) Im 2014 für 2 Jahre (2013/14 und 2014/15)

An Gemeindesteuern aus der a.en werden der Einwohnergemeinde pro 2016 voraussichtlich ca. CHF 126'000 zufließen.

Die Städtischen Betriebe Olten verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Elektrizität, Erd- & Biogas / Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation, werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen, werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 25. November 2016 verabschiedet.

Revisionsstelle: Das Gemeindeparlament wählte für das Geschäftsjahr 2016 wiederum die Ernst & Young AG (EY), welche als Revisionsstelle über ausgeprägte und breit abgestützte Energiekompetenz verfügt.

Beschlussesantrag:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2016 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2016	vor Verzinsung	CHF	3'915'114.41
b)	Verzinsung Dotationskapital	zu 7 Prozent	CHF	-980'000.00
c)	Jahresgewinn 2016	nach Verzinsung	CHF	2'935'114.41
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	546'170.45
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	2'344'284.35
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	44'659.61
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an gesetzliche Gewinnreserven

d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	7'698'936.39
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	82'291'676.18

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 27. März 2017 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der sbo Geschäftsbericht 2016 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.

4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.

5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2017 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Diesmal ist gewünscht worden, dass vielleicht kurz der Revisor, Herr Setz, etwas zur Rechnung sagt.

Herr Setz: Wir als Revisionsstelle haben diesem Revisionsstellenbericht nicht hinzuzufügen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Es soll mir niemand sagen, wir hätten nicht gefragt.

Heinz Eng, GPK: Jahresgewinn sbo 2016 nach Verzinsung 2,9 Millionen Schweizerfranken. Bravo. Ein Dank an die sbo, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der a.en, die tagtäglich für die sbo unterwegs sind. Im Bericht und der Rechnung, die vor Euch liegen, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch abgebildet. Ich meine jetzt nicht nur die zwei Strahlemänner auf der ersten Seite, sondern vor allem auch weiter hinten, wo sie irgendwie im Loch unten schaufeln und pickeln, in einer Zentrale usw., bei Regen, Wind, Kälte, Nässe draussen und für die sbo unterwegs sind. Ich glaube, ihnen gebührt ein ganz herzlicher Dank. Dass sie hier lachen, ist sehr schön. Aber ich glaube, es gibt sicher auch Tage und Momente, wo das Lachen vielleicht nicht unbedingt zuvorderst steht. Auch hier zusätzlich ein Kompliment für all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Seiten der GPK. Ein Dank gilt aber auch der GL für ihren Einsatz zu Handen der sbo. Sie gehört der Stadt Olten. Ich mache hier kurz eine Erinnerung. Wir als Repräsentantinnen und Repräsentanten dieses

Parlaments sind die Vertreter des Souveräns der Stadt Olten. Wir sind auch für die sbo verantwortlich, was sie macht oder auch, was sie nicht macht. In der GPK sind der Bericht und die Rechnung 2016 der sbo durchwegs positiv aufgenommen worden. Man ist recht detailliert vorgegangen, und bevor wir nachher allgemein auf gewisse Erläuterungen im Bericht und Antrag gekommen sind, gab es auch Fragen wie zum Beispiel zur Abstimmung dieses Wochenende. Sie ist einfach diskutiert, aber nicht gewertet worden. Dann etwas Anderes, das die sbo auch sehr angeht, uns alle auch angeht, war die Frage der AWAG-Übernahme. Guter Deal, schlechter Deal? Man sagt, es sei ein guter Deal gewesen, und zwar war es ein guter Handel für die sbo dadurch, dass man auch mit dem Konsortialvertrag die Schaffung guter Bedingungen festgelegt hat, zum Beispiel eben auch die Mehrheit im a.en-Verwaltungsrat damit festgelegt werden konnte. Es ist auch gefragt worden, wo die sbo die 12 Millionen hergenommen hat, welche die Übernahme ja gekostet hat. Da war die Antwort: Durch viele Landkäufe, Auflösung von Festgeldern auf Banken konnte dies finanziert werden. Aktuell betragen die Reserven hier noch 3 Millionen. Auch die Risiken und Gefahren der Zukunft sind diskutiert worden. Unter anderem ist in der GPK die Frage gestellt worden, wie es mit den Cyber-Attacken ist, ein sehr aktuelles Thema. Da ist auch die Antwort gekommen, dass die IT eigentlich immer in einem neuen System aufgesetzt worden ist und der aktuellen Bedrohungslage entgegentreten kann. Die Strommarktöffnung war ein weiteres Thema, das man etwas vertieft angeschaut hat. Zum Bericht und Antrag: Rechnungslegung nach OR. Warum nicht nach Swiss GAAP FER? Das ist nachher zur Antwort gekommen. Das wäre sicher auch eine Alternative gewesen. Gemäss neuem OR ist die vorliegende Rechnungslegung aber transparent genug, und man hat keinen Mehrwert für die sbo festgestellt, wenn man jetzt die ganze Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER machen würde. Weitere Themen, auch zukünftige, welche die sbo betreffen werden, nämlich vermehrter Einsatz von LED, weitere Projekte mit Solarstrom, Heimpladestationen usw. sind ebenfalls ausgiebig diskutiert worden. Die Vertreter der sbo haben hier die Kompetenz, um der GPK detailliert Auskunft zu geben. Zu den einzelnen Geschäftsberichten respektive Geschäftstätigkeiten: Beim Wasser war es zum Beispiel auch Nitrat, ob die in Olten irgendwie ein Problem ist. Durch gute Abklärungen und entsprechend auch Vorkehrungen ist dies aber für die Stadt Olten kein Thema. Erdgas. Ihr seht dies auch in der Rechnung. Das ist aktuell der grosse Cashcow. Hingegen birgt dies natürlich auch Risiken, zum Beispiel der Einsatz von Produktionsbetrieben, die je nachdem grossen Schwankungen in der Auslastung unterliegen. Ihr seht, dass das Erdgas eigentlich den grössten Teil an diesem Gewinnkuchen von 2,9 Millionen beiträgt, nämlich 2,3 Millionen. Wenn Ihr auf der letzten Seite hinten schaut, seht Ihr auch weshalb. Dort ist das Gasnetz drauf, das ganz viele Gemeinden in der Umgebung, im Kanton, im Niederamt usw. beinhaltet. Abschliessend zur Rechnung ist die Rechnungslegung diesmal auch mit den Vergleichszahlen von 2015 drin. Man kann 2015 und 2016 vergleichen. Das war auch ein Anliegen dieses Parlaments. Das ist hier ebenfalls berücksichtigt worden. Kurzum und zum Schluss: Die sbo war ein sicherer Wert in der unsicheren Vergangenheit, in den unsicheren vergangenen Tagen der immer finanziellen Schief- und Schräglage der Stadt Olten. Sie hat uns hier immer unterstützt. Wir hatten hier immer gute Zahlen, und wir hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Dafür gebührt Dank, wie ich dies am Anfang gesagt habe. Die GPK ist einstimmig dafür, dem Bericht und Antrag, wie er hier vorliegt, zuzustimmen. Merci.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Auch der Stadtrat ist sehr erfreut über das Ergebnis des Jahres 2016, das hier dem Parlament unterbreitet werden kann. Der Jahresgewinn beträgt rund 3 Millionen und liegt Fr. 900'000.— über dem Vorjahr. Im Namen des Stadtrates möchte ich den auch den Mitarbeitenden der a.en und der GL, die zusätzlich einen grossen Effort in diesem Zusammenhang mit der Übernahme der AWAG machen musste, für diesen erfolgreichen Geschäftsabschluss und die geleistete Arbeit ganz herzlich danken. Heinz hat vieles vorweggenommen. Ich werde mich in diesem Fall kurzhalten, nicht gerade so kurz, wie Herr Setz. Zum guten Ergebnis hat im Jahresvergleich unter anderem auch beigetragen, dass der Ertrag höher ausgefallen ist und dies bei gleich tiefen Kosten. Alle Sparten haben zum Gewinn beigetragen, aber wie Heinz gesagt hat, hauptsächlich die Gas- und Wärmeversorgung. Danken können wir der sbo auch für die Bar- und Sachleistungen von rund 3,3 Millionen, die sie gegenüber der Einwohnergemeinde erbringen. Im Weiteren ist auch erfreulich, dass die a.en Steuern an die Einwohnergemeinde zahlt, und diese werden

voraussichtlich etwa Fr. 126'000.— betragen. Die sbo ist ja steuerbefreit. Noch ein Wort zu den deutlichen Veränderungen der Verbindlichkeiten gegenüber der Einwohnergemeinde: Das ist auf den Umstand zurückzuführen, dass hier ein gemeinsames Geschäft geplant ist. Aber die sbo wäre auch jederzeit in der Lage, diese Verbindlichkeiten auszugleichen, auch wenn das gemeinsame Geschäft nicht zustande kommen sollte. Zur Rechnungslegung: Hier schaue ich jetzt etwas mehr in die Mitte. Die Rechnungslegung ist im Parlament auch immer wieder kritisiert worden. Aus diesem Grund hat man eine entsprechende Analyse in Auftrag gegeben, dies an EVU Partners AG in Aarau. Das ist führendes spezialisiertes Beratungsunternehmen in den Bereichen Strategie, Organisation, Energiewirtschaft sowie Finanzen, Regulierung und Transaktionen im Schweizer Energie- und Versorgungssektor, also eine ausgezeichnete Firma, die diese Analyse machen konnte. An der Verwaltungsrats-sitzung vom 25. November 2016 hat sich der Verwaltungsrat der sbo mit dieser Thematik auseinandergesetzt, und die entsprechende Analyse ist auch vorgestellt worden. Unter anderem die beiden Fachspezialisten der EVU Partner, Dr. Markus Flapp und Nico Waldmeier, die auch an der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission dabei waren und Antwort gaben, haben die daraus gewonnenen Erkenntnisse dem VR präsentiert. Sie kommen zum Schluss, dass die Rechnungslegung für Schweizer Gesellschaften nach OR zwingend einzuhalten ist. Das macht die sbo. Sie geht sogar weiter. Die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER ist eigentlich freiwillig. Aber faktisch stehen eigentlich für die sbo einzig die zwei Möglichkeiten zur Diskussion, die man anwenden könnte. Swiss GAAP FER wird eher von grösseren und börsenkotierten Unternehmen und von Unternehmungen, die viele Eigentümer haben, angewendet. Bei der sbo ist dies nicht der Fall. Sie hat ja eine Eigentümerin, und das ist die Stadt. Sie sind auch zum Schluss gekommen, wie Heinz gesagt hat, dass für die sbo kein Mehrwert entstehen würde, sondern es müsste lediglich ein grösserer Zusatzaufwand erbracht werden, um die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER zu machen. Die Entscheidung, welche Rechnungslegung schlussendlich angewendet wird, liegt im Ermessen der Eigentümerin, also der Stadt, mit anderen Worten des Parlaments. Die Statuten der sbo sehen ausdrücklich OR vor. Sie sind vom Parlament dazumal genehmigt worden, und wenn man eine Einführung von Swiss GAAP FER in Betracht ziehen möchte, müssten die Statuten auch entsprechend abgeändert werden. Die entsprechenden Fachleute haben bei der Vorstellung im VR auch betont, dass die sbo gemessen an den Standards des Rechnungslegungsrechts nach neuem OR weit über die Anforderungen hinausgeht und einen vorbildlichen Abschluss aufweisen. Ihr seht es. Dahinter hat es noch ganz viele Punkte, die zu einzelnen Sachen Stellung nehmen, die vorne in der Rechnung aufgeführt werden, unter anderem Rückstellungen. Wenn man den Abschluss der sbo mit anderen Unternehmen der Branche vergleicht, sieht man, dass im Kanton Solothurn niemand die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER macht, sondern auch nach OR. Ich habe hier die Stadtwerke Grenchen. Das sind knapp 5,6 Seiten, und selbst die Regio Energie Solothurn, die eigentlich den höheren Umsatz als die sbo hat, hat nur 17 Seiten. Der Bericht der sbo ist hier viel grösser. Man hat dann den Schluss gezogen, dass aus unternehmerischen und verhandlungstaktischen Gründen – ich denke hier an Verhandlungen mit Dritten – die jetzige Rechnungslegung Vorteile hat. Nach OR kann man stille Reserven bilden, und nach Swiss GAAP FER könnte man dies nicht. Jemand, der – ich sage jetzt einmal – sich gewohnt ist, eine Rechnung zu studieren, kann aus dem Verwaltungsbericht, der jetzt hier vorliegt, aus dem Geschäftsbericht der sbo alle nötigen Schlüsse ziehen, ausser eben die stillen Reserven, die man nicht nachvollziehen kann. Auch im Hinblick auf eine Energiemarktöffnung im Strom- und Gasbereich ist es sicher wichtig, dass man weiterhin das Vorsichtsprinzip anwenden kann, das heisst Rückstellungen machen und stille Reserven bilden. Wenn man dies nicht mehr tun kann, ist man halt hier einem grösseren Risiko ausgesetzt. Damit hätten wir auch vorerst geschlossen. Merci.

Doris Känzig: Auch die SVP-Fraktion anerkennt den positiven Geschäftsabschluss mit dem gegenüber 2015 noch verbesserten Jahresergebnis. Die Oltner Kunden haben das Stromnetz 2015 3 % mehr genutzt. 2016 hat diese Entwicklung noch einmal um 1 % zugenommen. Im letztjährigen Bericht ist für 2016 eine fünfprozentige Strompreissenkung vorausgesagt worden, und das ist genauso eingetroffen. Hingegen sind die Netzkosten um 5 % gestiegen. Der Grund sind Investitionen in den Oltner Entwicklungsgebieten. Die Preisentwicklung für die Stromkunden wird 2017 laut diesem Bericht noch einmal positiv

ausfallen. Die Netznutzungskosten werden wieder sinken, ebenfalls die Energiepreise in der Grundversorgung. Es gibt neue Marktanschlüsse, die dieser optimierten Beschaffung zu verdanken sind. 2016 hat der Stadtrat in der Antwort auf das Postulat Matthias Borner bis 2017 eine Strompreissenkung bis zu 30 % vorausgesagt. Diese Senkung ist bereits jetzt erfolgt und wird nach vorliegendem Bericht 2017 noch einmal um 12 % sinken. Das ist erfreulich und eine gute Voraussetzung für die kommende Stromliberalisierung. Auch beim Erd- und Biogas sind Preissenkungen erfolgt. Die Wasserqualität ist praktisch einwandfrei. Das Nitrat praktisch am Zielwert, was schlussendlich überlebenswichtig ist. Wir nehmen somit die geleistete Arbeit sowie den Bericht und die Rechnung dankend zur Kenntnis.

Sonja Bossart Meier, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion wird den Geschäftsbericht der sbo genehmigen und auch den übrigen Beschlussesanträgen zustimmen. Wir haben diesen Bericht positiv entgegengenommen. Die Zahlen sind erfreulich, und anders, als im letzten Jahr, sind auch wieder Vergleiche mit dem Vorjahr vorhanden. Es ist auch uns ein Anliegen, an dieser Stelle der Führung, aber auch allen anderen Mitarbeitern der sbo bzw. genauer der a.en für ihr Engagement zu danken. Wir sind alle abhängig von der zuverlässigen Versorgung mit Strom, Wasser und Wärme, die meisten von uns auch von Gas, wenn nicht alle. Wir hatten an der Fraktionssitzung drei Vertreter der sbo zu Besuch: Herr Caspar, Herr Scheiwiller und Herr Erne. Sie haben uns viele Fragen ausführlich beantwortet. Wir haben viele Punkte angesprochen, und ich möchte nur ein paar wenige ansprechen, die zum Teil auch schon gesagt worden sind. Wir haben gefragt – ich glaube, das war auch in der GPK ein Thema – ein Kontokorrent zwischen Stadt und sbo. Dort hat man uns erläutert, die sbo habe ein Bankkonto von der Stadt übernommen. Es sei ein Kundenkonto gewesen, und es mache Sinn, dass dies jetzt auf den Namen der sbo laufe. Es ist uns ebenfalls gesagt worden, dass die sbo eben durchaus in der Lage wäre, die Schuld, die es ja jetzt ist, die Schuld gegenüber der Stadt zurückzuzahlen, aber dass die Stadt eigentlich im Moment kein Interesse habe, dass dies angesichts der Zinssituation bezahlt werde. Wir haben auch über die Leistungen zwischen Stadt und sbo diskutiert. Diese sind uns auch erläutert worden. Wenn man den Bericht auf Seite 3 anschaut, sieht man die Fr. 900'000.— Gewinnsteigerung, vergliche mit dem letzten Jahr, wo vor allem – das ist auch schon gesagt worden – Erdgas, Biogas und Wärme die grösste Steigerung verzeichnen konnten. Ich glaube, das hatte unter anderem auch mit dem kühlen Winter zu tun. Es ist natürlich schon sehr grossen Schwankungen unterworfen. Aber es hat auch einen höheren Absatz bei Grossverbrauchern und Neuerschliessungen gegeben. Hingegen ist im Bereich Elektrizität der Gewinn, verglichen mit dem Vorjahr, nicht gestiegen bzw. zurückgegangen. Im Bereich Elektrizität hat uns Herr Caspar gesagt, es sei wichtig zu beachten, dass die eigentliche Kerntätigkeit der sbo die Netznutzung und nicht der Verkauf von Strom ist. Das Netz gehört nicht der sbo. Aber sie hat die Konzession, und wer das Netz nutzen will, muss der sbo etwas zahlen. In diesem Bereich haben wir keinen freien Markt. Auch die Unternehmen, die den Strom nicht bei der sbo beziehen, müssen etwas an die Netznutzung zahlen. Im Bereich Verkauf von Strom, wo der Markt liberalisiert ist, haben sie uns geschildert, dass sie Grosskunden verloren haben, weil sie einfach auch nicht entsprechende Preise anbieten konnten. Sie haben auch betont, dass sie hier nicht versuchen, um jeden Preis Kunden zu akquirieren, und sie werden nicht unter Einstandspreisen offerieren, was wir natürlich positiv entgegengenommen haben. Dann ist uns noch beim Wasser geschildert worden, um was es bei Gratisabgabe, Verlust usw. geht. Dort konnten sie uns erklären, dass man hier im letzten Jahr die Wasserverluste recht massiv verringern konnte, weil man Kontrollen gemacht hat und Lecks beheben konnte. Zur Rechnungslegung möchte ich auch noch etwas sagen. Da habe ich eine persönliche Meinung und die ist, dass ich nicht unbedingt sehe, wieso man auf einen anerkannten Standard wechseln müsste. Das würde sicher Mehraufwand bedeuten. Aber wer dieser Meinung wäre – das hat uns Benvenuto Savoldelli vorher gerade geschildert – da wären wir hier im Parlament am richtigen Ort, um einen Vorstoss zu machen und nicht wieder jedes Jahr im Rahmen der Rechnung diskutieren, ob es jetzt sinnvoll ist oder nicht, ob man OR oder einen anerkannten Standard anwenden soll. Ich glaube, es liegt in der Kompetenz des Parlaments und eben nicht der Geschäftsleitung und des VR der sbo. Vielleicht auch in dem Sinne, dass wir hier nicht mehr eine Stunde über dieses Thema diskutieren.

Michael Neuenschwander: Selbstverständlich dankt auch die grüne Fraktion zuerst einmal der sbo/a.en für diesen soliden, guten Jahresabschluss. Es ist erfreulich. Erfreulich ist auch, dass mit den Steuern zusammengekommen 3,5 Millionen Franken an die Stadt zurückfliessen an Leistungen wie Brunnenwasser, Weihnachtsbeleuchtung usw. Auch dass die neue AWAG, die Beteiligung an der AWAG gelungen zu sein scheint, freut uns natürlich sehr. Offensichtlich ist der Bereich Gas eigentlich die Milchkuh der sbo, wenn man betrachtet, dass vier Fünftel des Gewinns aus diesem Bereich herauskommen. Da hätten wir eine kleine kritische Anmerkung als Beispiel. Vielleicht könnte man dann dort auch den Kleinstkunden preislich etwas entgegenkommen. Es ist nämlich heute so, dass wer nur mit Gas kocht und eigentlich nur die Anfangsmenge braucht, bevor der grosse Rabatt, der Mengenrabatt kommt, für die Kilowattstunde Gas, das ja ein viel weniger edles Produkt als Elektrizität, Strom ist, genau gleich wie für Strom im Hochtarif zahlt. Dort könnte man also gerne den Kleinkunden entgegenkommen. Etwas zur Elektrizität: Es ist dort eine neue Photovoltaikanlage auf dem Dach des neuen a.en-Gebäudes geplant und eigentlich fertig projiziert, das ja dann einmal kommen sollte. Dieser Planungsprozess ist abgeschlossen. Es steht einfach noch nicht. Wir würden uns natürlich wünschen, dass man dort auch weitergeht und etwas ehrgeiziger in die Zukunft schaut. Auf Nachfrage ist dort im Moment eigentlich nichts geplant. Gerade wir Grüne hoffen jetzt auch, dass das neue Energiegesetz am Sonntag durchkommt und wir dann auf weitere Sicht schauen müssen, wie wir diesen AKW-Strom mit der Zeit ersetzen können. Das heisst, das ist ein Prozess, und es wird nicht einen grossen Kübel geben. Also sollte man sich dort, gerade wenn man einen guten Geschäftsabschluss hat, ehrgeizige Ziele setzen können und schauen: Wo können wir weitergehen? Wo können wir Photovoltaik im besten weiterhin einsetzen, und was wollen wir investieren? Noch etwas zum Wasser: Es ist jetzt zweimal von zwei Seiten gesagt worden, das sei ja überhaupt kein Problem. Wenn man aber Seite 11 des Berichts anschaut, sieht dies etwas anders aus. Wir sind zwar in Olten von diesen drei Kurven gerade noch am besten drin. Das ist ja erfreulich für uns hier in Olten. Wir sind aber auch dort eigentlich im obersten Segment des Grenzwerts, und wir haben auf Nachfrage gehört, dass diese Bestrebungen im Gang sind. Das ist natürlich ein langsamer Prozess, bis das Nitrat einmal weg ist. Schutzmassnahmen im Gheid sind getroffen usw. Wenn man aber schaut, was im Gäu passiert, und das geht uns doch auch etwas an, da immerhin das Wasser ja auch von dort kommt, dann muss man sagen, dass die jetzigen Nitratwerte im Trinkwasser nicht sehr erfreulich sind. Es sieht auch nicht so aus, als würden sie in absehbarer Zeit schwer bessern. Hier möchten wir Euch schon ermuntern, auch Euer Gewicht, Eure Verhandlungsmasse einzusetzen, damit man dort mit der Landwirtschaft und auch mit den zuständigen Stellen von Bund und Kanton grössere Anstrengungen unternimmt. Was man unternehmen muss, ist ja eigentlich allen klar. Es geht Richtung extensive Landwirtschaft, es geht Richtung biologische Landwirtschaft, es geht Richtung weniger einbringen an Dünger, im Speziellen an Kunstdünger. Dort würden wir uns erhoffen, dass man auch etwas ehrgeiziger drangeht, gerade wenn es einem eigentlich sonst geschäftsmässig ja gut geht. Zum Schluss noch etwas zu den Investitionen: Einen Betriebsaufwand von etwa 51 Millionen hatte die sbo und dabei Nettoinvestitionen von 7,7 Millionen Franken. Das scheint etwa genau dort zu sein, wo man so rechnet, dass die Investitionen in einem gesunden Betrieb sein sollen. Wenn wir dies jetzt mit der Einwohnergemeinde Olten vergleichen – ich habe zuerst noch einmal im Budget geschaut – sind dort 8 Millionen Nettoinvestitionen bei einem Gesamtaufwand von 102 Millionen geplant. Das ist also gleich das Doppelte der sbo, haben wir also in der EGO für das Jahr 2016 geplant. 8 Millionen. Das ist ein wenig mehr als die sbo mit dem halben Aufwand, mit dem halben Budget. Merci, Felix. Er hat mir nämlich die Zahlen der Nettoinvestitionen gemäss Rechnung 2016 gegeben, und da haben wir Nettoinvestitionen von 5,1 Millionen. Das wäre dann gerade noch ein Drittel weniger, als die sbo investiert hat. Diese Zahlen zeigen einfach auf, dass wir ganz offensichtlich in der Stadt Olten einen Investitionsstau haben und im Moment unten durch sind. Jetzt müssen wir halt einmal vorwärts schauen und auch auf der Einnahmenseite – ich möchte dies hier wieder einmal betonen – schauen, wie wir unsere nötigen Investitionen, wo wir alle wissen, dass in den nächsten Jahren einige anstehen, wieder hinauffahren und finanzieren können. Zum Schluss: Klar stimmen wir der Rechnung sbo zu.

Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP: Dieses Geschäft hat für einmal in meiner Fraktion nicht so viel zu diskutieren gegeben, vor allem, wenn man es mit den Vorjahren vergleicht, wo ja auch hier immer sehr lebhaft und engagiert diskutiert worden ist. Wir sind sehr zufrieden mit dem Jahresbericht, der vorliegt, und wir werden dieser Vorlage so zustimmen. Das Wichtigste ist ja schon gesagt worden. Ich möchte mich dem Dank an die Geschäftsleitung und die Mitarbeitenden anschliessen. Wir schätzen natürlich neben der Arbeit, der Grundversorgung, die geleistet wird, auch sehr die Beiträge, von denen die Stadt profitieren kann. Es ist auch schon gesagt. Brunnen, Steuern, Verzinsung und all dies. Ich denke, hier können wir uns glücklich schätzen, dass es dieser Firma so gut geht. Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass viele Sachen, die hier und auch von uns in den vergangenen Jahren schon angeregt wurden, jetzt mittlerweile aufgenommen und eingeflossen sind. Wir möchten eigentlich die sbo, wie es der Sprecher der Grünen schon gesagt hat, auch weiter ermuntern, in diese Richtung zu gehen, eben auch hinsichtlich Energiewende, ökologische Stromproduktion und solche Sachen. In diesem Sinne: Die Fraktion Junge SP/SP wird zustimmen und dankt allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet und zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Merci.

Markus Wyss: Auch die FdP dankt vor allem den Mitarbeitern für den tollen Einsatz und der Gesellschaft zum positiven Geschäftsabschluss. Wir sind über das Ergebnis sehr erfreut. Bei uns hat zu längerer Diskussion geführt, was wir vorher schon gesagt haben, und zwar die Rechnungslegung. Da vorher Benvenuto Savoldelli bereits alles gesagt, möchte ich mich hier noch einmal wiederholen. Zum Schluss: Auch die FdP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht und den Jahresabschluss mit Freude zur Kenntnis und stimmt dem Bericht und der Rechnung grossmehrheitlich zu. Danke vielmals.

Urs Knapp: Ich bin Einzelsprecher, war aber nicht an der Fraktionssitzung. Ich durfte Ferien geniessen. Mir geht es hier um Themen, die mir als Politiker ganz wichtig sind. Es ist eine vorbildliche und transparente Politik. Wenn mich Benvenuto vorher mit seinen braunen Augen so angeschaut hat und mir in Rechnungslegung doziert hat, möchte ich doch auch noch etwas dazu sagen. Für mich ist die zentrale Frage bei dieser Rechnung: Haben wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die letztlich die Vertreterinnen und Vertreter der sbo-Eigentümer, des Volks sind, genügend Informationen, dass wir unsere Aufsichtspflichten umfassend wahrnehmen können? Positiv ist, dass wir jetzt immerhin auch noch einen Vorjahresvergleich haben. Das hat zwar jede Vereinskasse. Aber letztes Jahr hatten wir dies nicht. Ich bin froh, dass wir dies jetzt drin haben. Wenn wir es aber etwas grundsätzlich betrachten, ist in den letzten zehn Jahren, bezogen auf die Transparenz, gerade im Unternehmertum sehr viel passiert. Stichwort dazu ist: Man hat eine ausgebaute Corporate Governance nach dem Cash der Finanzkrise. Wir hatten gesellschaftliche und politische Vorstösse wie die Minder-Initiative, die Vergütungsdiskussionen, die in diesem Jahr jetzt wieder stark drin sind. Öffentliche und auch private Unternehmen werden heute viel stärker gefordert. Von ihnen wird auch viel mehr Transparenz gefordert und zwar von allen gesellschaftlichen Gruppen, von den Eigentümern, von der Politik, von Interessengruppen. Dem muss auch jedes Unternehmen Rechnung tragen. Wenn man schaut, ist ein wichtiger Punkt die Art der Rechnungslegung, die Transparenz schaffen kann. Die sbo rapportiert nach Obligationenrecht. Das darf sie. Das ist gesetzmässig. Aber es ist auch ein minimaler Standard. Gemäss Obligationenrecht – das ist der grosse Nachteil dieser Rechnungslegung aus Sicht der Berechenbarkeit und Transparenz – kann man stille Reserven bilden und auflösen. Man muss es niemandem sagen. Ein Controller, ein Buchhalter würde sagen: Man kann einen Abschluss so gestalten. Etwa dort wird es sein, wo er sein sollte. Das ist auch absolut rechtmässig. Es gibt auch im OR keine ausgebaute Pflicht zur Offenlegung, zum Beispiel mit Interessenbindungen, zum Beispiel bei Vergütungen. Vielleicht noch als Korrektur zu Sonja und Benvenuto: Verantwortlich für die Art der Rechnungslegung ist ganz klar Artikel 716a Obligationenrecht. Das ist der Verwaltungsrat. Das ist nicht ein Parlament. Das sind «unentziehbare und nicht delegierbare Aufgaben des Verwaltungsrates», Artikel 716a OR, der unter anderem auch die Art der Rechnungslegung entscheidet. Transparenter als das OR ist eine andere Rapportierung, zum Beispiel Swiss GAAP FER. Jede soziale Institution – ich habe das letztes Jahr schon kurz erwähnt – die im Kanton Solothurn Subventionen oder Unterstützung vom Staat will, muss nach Swiss GAAP FER Rechnung

stellen. Viele Energieunternehmen machen dies auch, zum Beispiel die EBM, der neue Partner der sbo in der AVAG. Er rechnet selbstverständlich nach Swiss GAAP FER ab. Selbstverständlich stellen sie nach Swiss GAAP FER Rechnung. Natürlich gibt es auch andere Beispiele. Herr Stadtrat und Herr Verwaltungsrat der sbo, Benvenuto Savoldelli, haben dies erwähnt. Die Frage ist einfach, an welchem Koordinatensystem wir unsere Politik ausrichten wollen. Wollen wir das Minimum einhalten, wollen wir Intransparenz pflegen oder Offenheit machen? Es kommt noch ein anderer dazu, der indirekt damit zusammenhängt. Der Stadtrat sagt seit Jahren nicht schriftlich, was seine Eigentümerstrategie ist. Auch hier können wir wieder lernen: Wenn eine IWB, eine EBM, x andere Sachen – das ist im Internet erkennbar: Was ist die Strategie? Was ist die Vision? Der Bund macht dies bei der Post, bei Swisscom, bei Skyguide, bei der SRG öffentlich. Was ist die Eigentümerstrategie? Jedes Jahr gibt es einen Bericht. Beispielsweise im Kanton Aargau alle Spitäler. Das ist öffentlich einsehbar. Bei den IWB könnt Ihr auf dem Netz nachschauen. 12 Seiten ist die Eigentümerstrategie für den Kanton Basel-Stadt für die IWB. Wir haben dies bei der Stadt Olten nicht, leider nicht. Ich vermute, in der Eigentümerstrategie steht auch – ich weiss es nicht – was Bar- und Sachleistungen sind, welche die Stadt Olten erwartet. Bei dieser Rechnung stelle ich einfach fest, dass wir zwar einen Drittel höheren Reingewinn, aber wir haben die tiefste Ausschüttung an die Stadt Olten in den letzten drei Jahren. Wir haben gut 3 Millionen Reingewinn, aber die Ausschüttungen sind tiefer als letztes und vorletztes Jahr. Auch hier ist eine Frage: Muss man die Eigentümerstrategie definieren? Welche finanziellen Mittel erwarten wir von dieser sbo? Wie viele stille Reserven sollen sie bilden? Wofür soll sie das Geld einsetzen? Welche finanzielle Bedeutung hat sie auch? Auch das gehört eben zur Transparenz und Berechenbarkeit. Meiner Meinung nach ist es keine Begründung, dass man sagt: Man will sich nicht dem Markt aussetzen. All die Unternehmen, die ich erwähnt habe, stehen mindestens gleich stark im Markt wie die sbo und können trotzdem erfolgreich oder vielleicht sogar deswegen erfolgreich sein, weil sie transparent und berechenbar sind. Aufgrund dieser Ausführungen – es tut mir leid, dass ich es noch einmal sagen musste, aber steter Tropfen höhlt hoffentlich irgendeinmal den Stein – werde ich bei Beschlussesantrag 3 nicht zustimmen.

Felix Wettstein: Ich muss etwas korrigieren, was Doris Känzig vorhin gesagt hat. Du hast gesagt, sowohl beim Gas wie bei der Elektrizität habe der Absatz zugenommen. Das stimmt bei der Elektrizität nicht. Dort ist der Gesamtdurchlauf durch das Netz um etwa 1 % zurückgegangen und der spezifische Stromabsatz durch die sbo um 2,5 %, und das ist eine gute Meldung. Wir haben in den letzten vier Jahren insgesamt in der Stadt Olten um etwa 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner zugenommen. Das wisst Ihr. Wir haben sinkenden Stromabsatz, weil diese Massnahmen anfangen zu greifen, die man auch im Bereich von Effizienz braucht. Das ist einfach einmal eine Supermeldung. Das verdient, erwähnt zu werden. Grundsätzlich ist es natürlich bei jeder Art von Energieträger ein Ziel, wo wir jetzt wirklich vorwärts machen müssen, insbesondere auch beim Gas. Dort haben wir gehört: Klar, der Witterungsverlauf ist eine wichtige Erklärung, warum es dann leider wieder zugenommen hat. Aber es ist eben auch ein Zeichen, dass wir in Sachen Gebäudesanierungen in der Stadt Olten noch nirgends sind. Es geht wahnsinnig zögerlich vorwärts. Die Gebäude, die eben schon eine ordentliche Sanierung erfahren haben. Das ist sicher nicht nur Aufgabe der sbo. Das sind andere beteiligte Players, die hier etwas dazu tun können, damit in diesem Bereich auch etwas passiert. Gesamtschweizerisch sind wir seit dem Jahr 2000 im CO₂-ausstossenden Energieverbrauch schon um 16 bis 17 % tiefer. Auch hier: Grundsätzlich geht es in die richtige Richtung. Jetzt müssten wir dies nur noch sinngemäss bei uns abgebildet sehen. Ich weiss, wir reden immer, wenn wir Kennzahlen haben, gerne von den Finanzkennzahlen. Das ist ja grundsätzlich okay, dass dies eben trotzdem mindestens ähnlich geblieben oder sogar leicht gestiegen ist, auch wenn gewisse Energieträger mengenmässig geringer ausfallen. Dort habe ich einfach auch noch ein Anliegen – ich sage es auch nicht zum ersten Mal - was die Transparenz anbelangt. Ich müsste aufgreifen, was Urs Knapp gesagt hat. Wir haben immerhin jetzt die Vorjahreszahlen daneben. Aber wir haben nach wie vor keine Gegenüberstellung von Budget und Rechnung. Normalerweise ist bei allen, auch bei allen Vereinen, wo ich die Jahresrechnung abnehme, und auch bei allen öffentlichen Ämtern, wo ich bis jetzt war, der eine Vergleich zwischen Vorjahr und jetzigem abgeschlossenem Jahr, und der andere Vergleich ist zwischen Budget

und Rechnung. Das ist einfach schon mindestens etwas, das ich brauche, damit ich mir eine Vorstellung machen kann, ob das, was jetzt hier im vergangenen Jahr abgelaufen ist, in etwa entsprechend den Zielsetzungen war. Wenn es Abweichungen gibt, ist dies okay, wenn man es begründet hat. Aber ich muss es wissen. Das Andere ist, dass die Zahlen bei der Erfolgsrechnung schon sehr zusammengezogen sind. Dort wäre das Mindeste, dass man auseinandernimmt, was Brutto- und Nettoerlöse sind und dass man sie nach den drei Energieträgern unterteilt. Wir haben jetzt allein die Zahl des Nettoerlöses aus Elektrizität, Gas und Wasser kumuliert. Da können wir eigentlich fast nichts damit anfangen.

Sonja Bossart Meier: Ich möchte nur kurz Urs Knapp entgegenen. Es steht explizit in den Statuten der sbo, dass man die Rechnungslegung nach OR führen müsse. Ich bin einfach, was den Standard anbelangt, der festen Meinung, dass der Verwaltungsrat die Statuten insofern nicht selber ändern könnte, dass man Swiss GAAP FER anwenden müsste. Wenn dies der Wunsch von jemandem in diesem Parlament wäre, müsste man einen Vorstoss machen. Das wäre einfach, als jedes Jahr wieder darüber zu diskutieren.

Dr. Arnold Uebelhart: Wir hören hier natürlich sehr interessiert zu. Ich habe auch noch vom letzten Jahr gehört und habe dies einmal durchgelesen. Über Seiten geht es, und Thomas Rauch hat ja dort gesprochen. Was ich mich aber jetzt wieder gefragt habe – ich weiss, wir diskutieren ja hier nicht so bilateral – ob es denn nicht möglich ist, dass man dies einmal im Sinne eines Vorstosses bringt? Ich meine, heute haben wir vom Ländiweg zehn Fragen und zehn Antworten. Im Gericht muss ja immer der Präsident sagen, man dürfe fragen. Was ist der Grund, dass man hier nicht aktiv vom Parlament vorgehen kann? Was Du kritisierst hast – das war nämlich letztes Jahr auch schon – oder was Du jetzt gesagt hast: Es geht ja nichts in einem Jahr. Was ist hier der Grund?

Parlamentspräsident Matthias Borner: Wir sind hier in einer Debatte. Aber wenn natürlich jemand das Wort möchte, das Recht nehmen möchte, als Einzelsprecher noch einmal zu reden, kann er dies gerne gebrauchen.

Urs Knapp: Ich kann jetzt nur für mich sprechen. Ich bin sehr gesetzestreu. Es steht ganz klar im Obligationenrecht, dass «die Rechnungslegung zu den unentziehbaren und nicht übertragbaren Aufgaben des Verwaltungsrats» gehört. Wir dürften uns nicht anmassen, als Parlament einen Vorstoss zu machen. Meine Meinung. Es gibt Juristen, die anderer Meinung sind.

Heinz Eng: Ich finde, man muss schon aufpassen, dass man das ganze Werk hier nicht wieder zerredet. Ich arbeite in einer Bude, die auch Geschäftsberichte macht. Unser Geschäftsbericht ist von den Zahlen her etwa doppelt so hoch und von der Länge her etwa die Hälfte so lang wie dieser. Wir hatten die GV. Das ist alles i.O., okay. Wir machen auch nach OR und so weiter und so fort. Der freisinnige Regierungsrat des Kantons Bern, Hansjörg Käser, hatte einmal gesagt: Es kann nicht sein, dass die Buchhalter die Welt regieren. Irgendwie muss hier noch die unternehmerische Freiheit dahinter sein. Dem Ganzen ist Genüge getan. Da ist ein Lagebericht enthalten. Da ist Corporate Governance drin. Da sind die entsprechenden Energietätigkeiten aufgelistet. Wir haben hinten die Anmerkungen zur Bilanz, Erfolgsrechnung usw. Was will man denn da noch mehr? Man muss doch unserer eigenen Unternehmung nicht noch Fesseln anlegen, noch irgendetwas einbinden, dass sie schlussendlich fast noch die unternehmerische Freiheit verliert. Er ist aussagekräftig. Es ist eingangs von der Revisionsstelle auch erwähnt worden. Es reicht. Da müssen wir uns selber lieb sein, das Ganze nicht zerreden und einmal denken: Es ist gut. Okay. So weiterfahren. Wir halten den Finger drauf. Wir haben die Augen drauf. Wegen eines Budgets: Felix, auf Seite 3 oder 4 steht ja etwas drin. Auf Seite 3 steht: Kennzahlen Budget 2017. Etwas Weniges steht auch drin. Der langen Worte kurzer Sinn: Gute Sache. Diese Geschichte hier so annehmen, und nachher so weitermachen. Dann sind alle zufrieden.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Arnold Uebelhart hat sich noch einmal gemeldet. Oder möchtest Du dieses Begehren zurückziehen?

Dr. Arnold Uebelhart: Ich ziehe kein Begehren zurück. Das Begehren ist ja eine unbewusste Tätigkeit, die man manchmal nicht so steuern kann. Urs, Du hast aber eigentlich nicht nur von Rechnungslegung gesprochen. Du hast eigentlich von Strategie geredet. Ich schreibe hier immer etwas auf. Ich finde dies wirklich interessant. Ich möchte einfach sagen: Bleib am Ball! Du hast nicht nur vom OR und der Rechnungslegung gesprochen. Du hast von Strategien geredet. Du hast von Eigentümern gesprochen. Du hast davon, welche Wünsche wir haben, geredet. Ich würde dies gut finden.

Stadtrat Thomas Marbet: Noch eine Ergänzung: Michael Neuenschwander, Du hast das Nitrat erwähnt. Ich kann sagen, dass wir unlängst ein Jubiläum mit dieser Nitratkommission gefeiert haben, die man jetzt schon 20 oder 25 Jahre hat und die grosse Fortschritte und auch grosse Aktivitäten an den Tag legt, die Nitratinbringungen, vor allem durch die Landwirtschaft, zu reduzieren. Hier ist die Geschäftsleitung, insbesondere auch der CEO sehr aktiv. Er geht hier eigentlich fast von Bauer zu Bauer, putzt Klinken und versucht, die Einbringung zu reduzieren, auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton und dem Bund. Ihr habt es ja vielleicht auch gesehen. Die Schutzzone 2 um die eigentlichen Pumpwerke wird ja vergrössert. Das ist vielleicht auch der Grund, weshalb ein Verein hier etwas leiden muss, weil er dann nach Ablauf des Baurechts diesen Platz, diesen Tennisplatz, ganz konkret gesagt, ja nicht mehr dort betreiben kann. Man nimmt dieses Thema in der Geschäftsleitung wirklich ernst, auch im Verwaltungsrat der sbo, so ernst, dass man den einen oder anderen auch verärgert.

Beschlüsse

1. einstimmig
2. einstimmig
3. Mit 43 : 2 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt
4. einstimmig
5. einstimmig

Gesamtbeschluss

Mit 45 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2016 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2016	vor Verzinsung	CHF	3'915'114.41
b)	Verzinsung Dotationskapital	zu 7 Prozent	CHF	-980'000.00
c)	Jahresgewinn 2016	nach Verzinsung	CHF	2'935'114.41
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	546'170.45
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	2'344'284.35
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	44'659.61
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an gesetzliche Gewinnreserven

d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	7'698'936.39
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	82'291'676.18

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 27. März 2017 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der sbo Geschäftsbericht 2016 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.
4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.
5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2017 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

Mitteilung an:

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Abteilung Gemeinden, Prisongasse 1,
4502 Solothurn (durch unterzeichneten Geschäftsbericht und Rechnungen 2016)

Verwaltungsrat sbo

Revisionsstelle sbo

Geschäftsleitung sbo (4)

Leiter Finanzen und Dienste (3)

Finanzverwaltung

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 57

Dringliche Interpellation Fraktion SP/Junge SP bezgl. Öffentlicher Raum für Alle/Beantwortung

Am 16. Mai 2017 hat die SP Olten/Junge SP Region Olten zuhanden der Parlamentssitzung vom 18. Mai 2017 folgende dringliche Interpellation eingereicht:

«Aufgrund der anscheinend gehäuft vorkommenden Wegweisungen im Bereich des Ländiwegs in der letzten Zeit, wird der Stadtrat ersucht zu den Beweggründen Stellung zu nehmen.

1. Wie viele Wegweisungen hat es seit dem 1.4.2017 gegeben? Ist diese Anzahl höher als in vergangenen Zeitabschnitten?
2. Wie wurden die jeweiligen Wegweisungen begründet?
3. Welche alternativen Ansätze wurden geprüft?
4. Was ist die Position des Stadtrats zu den in letzter Zeit vermehrt vorkommenden Wegweisungen? Welche Rolle übernimmt der Stadtrat dabei und welches sind seine Handlungsmöglichkeiten?
5. Wie wird die Verhältnismässigkeit der Massnahme der Wegweisung begründet? Wie wird insbesondere die Grösse der Zone gerechtfertigt? (vgl. Bild im Anhang)
6. Wie wird sichergestellt, dass bei einer Wegweisung, die das Bahnhofsareal umfasst, die persönliche Freiheit nicht unverhältnismässig eingeschränkt wird?
7. Werden alle anwesenden Personen gleichermassen kontrolliert, wenn eine Personenkontrolle in der Zone durchgeführt wird?
8. In welcher Form und mit welcher Häufigkeit wurden Drittpersonen von den jeweils weggewiesenen Personen belästigt oder gar gefährdet, so dass eine Wegweisung gerechtfertigt war? Wie weiss der Stadtrat oder die Polizei bestimmt, dass er tatsächlich die Personen erwischt hat, die sich gem. Art. 37 des Solothurner Polizeigesetzes fehlerhaft verhalten haben?
9. Was versteht der Stadtrat unter der bestimmungsmässigen Nutzung des öffentlichen Raums am Ländiweg (und Umgebung)? Ist es möglich, dass Personen, die sich keinem Vergehen schuldig gemacht haben, der Zone verwiesen werden?
10. Wie gedenkt der Stadtrat mit diesen aus unserer Sicht mutmasslichen Grundrechtsverletzungen umzugehen? Wie wird der Stadtrat diesbezüglich intervenieren (bspw. beim Kanton)?

Nach Presseberichten über verschiedene unangenehme Vorfälle sind am Ländiweg in den vergangenen Wochen nahezu täglich Polizeikontrollen durchgeführt worden.

Die Fraktion SP/JSP setzt sich dafür ein, dass gewährleistet ist, dass unabhängig von gesellschaftlichem Status, Religion, Hautfarbe, Nationalität und äusserem Erscheinungsbild, alle Passant*innen auf gleicher Basis behandelt werden.

Insbesondere soll gewährleistet sein, dass allfällige willkürliche Wegweisungen mit allen Mitteln verhindert werden und die einschneidende Massnahme der Wegweisung nur in klar begründeten Fällen angewendet wird.»

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zu den Fragen der Interpellanten

1. *Wie viele Wegweisungen hat es seit dem 1.4.2017 gegeben? Ist diese Anzahl höher als in vergangenen Zeitabschnitten?*

Die Polizei Kanton Solothurn hat seit Anfang Jahr mehrere Spezialkontrollen am Ländiweg durchgeführt. Zudem wird dieser Bereich (inkl. Bahnhof) mehrmals täglich in die ordentliche Kontroll- und Patrouillentätigkeiten miteinbezogen. Die Polizei ist demzufolge am Ländiweg in verschiedenen Ausprägungen präsent. Von Januar bis Mitte Mai 2017 fanden 72 Kontrollen (2016: 108 Kontrollen für das ganze Jahr) statt.

2. *Wie wurden die jeweiligen Wegweisungen begründet?*

Die administrative Wegweisung und Fernhaltung setzt kein strafbares Verhalten voraus. Die Kontrollen zeigen jedoch, dass auch strafbare Handlungen festgestellt werden: In erster Linie handelt es sich um Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, konkret Besitz (meist im Bereich der Ordnungsbussen) oder Handel mit Drogen. Hinzu kommen Verstösse gegen kantonale Gesetze, z.B. unanständiges Benehmen in der Öffentlichkeit, Littering, Missachten der Leinenpflicht und Verstösse gegen amtliche Auflagen (bspw. Ausländer/Asylbewerber, die sich nicht in dem Gebiet aufhalten dürfen). Es werden auch Personen angetroffen, die im Bundes-Fahndungssystem ausgeschrieben sind. Oft geht es hierbei um Aufenthaltsnachforschung oder Umwandlungshaft, weil Bussen/Geldstrafen nicht bezahlt wurden. Es soll nicht verschwiegen werden, dass im Jahre 2017 auch leider zwei Gewaltstraftaten zu verzeichnen waren. Aus all diesen Gründen finden am Ländiweg vermehrt Kontrollen statt.

Gestützt auf § 37 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11) wurden 2017 im Rahmen dieser Kontrollen 47 Wegweisungs-beziehungsweise Fernhalteverfügungen eröffnet. Es dürfte kaum überraschen, dass sich die Verfügungen vom Ländiweg gestützt auf Buchstabe d des genannten Paragraphen als notwendig erwiesen haben. Die Bestimmung bezweckt, Dritten (z.B. Passanten, Anwohnern) die bestimmungsmässige Nutzung des öffentlichen Raums zu ermöglichen. Wer Drittpersonen durch belästigendes oder gefährdendes Verhalten daran hindert, kann weggewiesen werden. Konkret erfolgten die Wegweisungen, weil es zu Pöbeleien gegenüber Passanten kam, ihnen der Durchgang versperrt wurde, das Areal durch freilaufende Hunde und übermässig laute Musik übermässig genutzt wurde, es zu lautstarkem Streit oder Handgreiflichkeiten innerhalb von Personenansammlungen oder zur Verunreinigung des Geländes durch herumliegende Flaschen und anderem Abfall kam. Es handelte sich jeweils um eine eigentliche Inbeschlagnahme des Ländiwegs, welche geeignet war, Dritten Angst einzuflössen und sie an der bestimmungsgemässen Nutzung zu hindern. Die Polizei Kanton Solothurn wahrt die Recht- und die Verhältnismässigkeit. Auffallend ist im Übrigen, dass die meisten weggewiesenen Personen nicht in Olten wohnen.

3. *Welche alternativen Ansätze wurden geprüft?*

Der Stadtrat hat unter der Leitung der Sozialdirektion eine Projektgruppe «Sicherheit im öffentlichen Raum» eingesetzt. Die Arbeitsgruppe dient als Gefäss zur Meinungsbildung im Zusammenhang mit der aktuellen Sicherheitssituation im öffentlichen Raum. Mögliche Massnahmen können diskutiert, bewertet und vorgeschlagen werden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden umgehend dem Stadtrat mitgeteilt.

Gestützt auf erste Ergebnisse und die Berichterstattung hat der Stadtrat folgende Aufträge formuliert:

- Erarbeitung von Grundlagen für einen Entscheid bezüglich Videoüberwachung
- Erarbeitung von Grundlagen für die Erweiterung der Öffnungszeiten der Stadtküche
- Abklärungen der Möglichkeiten aufsuchender Sozialarbeit
- Schaffung einer Platzordnung mit Alkoholverbot prüfen.

4. *Was ist die Position des Stadtrats zu den in letzter Zeit vermehrt vorkommenden Wegweisungen? Welche Rolle übernimmt der Stadtrat dabei und welches sind seine Handlungsmöglichkeiten?*

Der Stadtrat unterstützt die Massnahmen der Polizei Kanton Solothurn wie auch die Wegweisungen. Die Wegweisungen haben gezeigt, dass es sich bei 95% um Personen handelt, welche nicht in Olten oder der umliegenden Region ansässig sind. Der Aufenthalt dieser Personen beinhaltet ungerechtfertigtes und gesetzwidriges Verhalten. Der Stadtrat toleriert am Ländiweg, wie auch auf dem ganzen Stadtgebiet nur rechtmässiges Verhalten, auch in Bezug auf den Aufenthalt im gesamten öffentlichen Raum.

Seit der Integration der Stadtpolizei in die Polizei Kanton Solothurn finden regelmässige (alle drei Wochen) Sitzungen zwischen dem Leiter Öffentliche Sicherheit und dem Regionenchef Olten statt, in welchem die Sicherheitsbelange im öffentlichen Raum eingebracht, koordiniert und abgesprochen werden.

Die Sicherheitsdirektorin wird laufend über besondere Ereignisse, wie zum Beispiel am 21. April 2017, über die vorgesehenen täglichen Kontrollen durch den Regionenchef Olten informiert. Die intensiveren Kontrolltätigkeiten hat der Stadtrat nach den vorhergehenden Vorkommnissen und den darauffolgenden Medienberichten begrüsst.

5. *Wie wird die Verhältnismässigkeit der Massnahme der Wegweisung begründet? Wie wird insbesondere die Grösse der Zone gerechtfertigt? (vgl. Bild im Anhang)*

Der Stadtrat hat Zonen für Freihalteverfügungen auf Empfehlung der Polizei Kanton Solothurn, früher Stadtpolizei Olten, bestätigt. Der festgelegte Perimeter soll insbesondere dazu dienen, eine Verdrängung an andere Örtlichkeiten und die Bildung neuer unerwünschter Brennpunkte zu verhindern. Aus diesem Grund umfasst die Zone neben dem Bahnhofsgelände auch Schul- und Parkanlagen.

Der Umfang der Zone wird daher als zweckmässig und verhältnismässig betrachtet. Bislang wurden mit dieser Zonenlegung keine nachteiligen Erfahrungen festgestellt.

6. *Wie wird sichergestellt, dass bei einer Wegweisung, die das Bahnhofsareal umfasst, die persönliche Freiheit nicht unverhältnismässig eingeschränkt wird?*

Die Verhältnismässigkeit wird insbesondere dadurch gewahrt, dass eine Fernhalteverfügung den (längerdauernden) Aufenthalt in der Zone verbietet. Das Durchqueren der Zone bleibt selbstverständlich zulässig. Somit ist der direkte Weg, beispielsweise vom Bahnhofplatz zur Suchthilfe, oder ein Arbeitsweg über den Bahnhof Olten gestattet.

7. *Werden alle anwesenden Personen gleichermassen kontrolliert, wenn eine Personenkontrolle in der Zone durchgeführt wird?*

Es ist keineswegs verboten, sich am Ländiweg aufzuhalten. Am Ländiweg und rund um den Hauptbahnhof Olten halten sich vor allem bei wärmeren Temperaturen Personen mit unterschiedlichsten Bedürfnissen (Pendler, Erholungssuchende, Anwohner) auf. Verbunden mit der Enge des Weges kann dies zu Verunsicherungen führen.

Personenkontrollen dürfen nur durchgeführt werden, wenn diese zur Aufgabenerfüllung nötig und geeignet sind. Ausserdem hängt die Anzahl Kontrollierter von den verfügbaren polizeilichen Einsatzkräften ab. Neben der Notwendigkeit der Kontrolle ist eine Priorisierung deshalb unumgänglich. Dabei wird den polizeilichen Erfahrungswerten Rechnung getragen.

8. *In welcher Form und mit welcher Häufigkeit wurden Drittpersonen von den jeweils weggewiesenen Personen belästigt oder gar gefährdet, so dass eine Wegweisung gerechtfertigt war? Wie weiss der Stadtrat oder die Polizei bestimmt, dass er tatsächlich die Personen erwisch hat, die sich gem. Art. 37 des Solothurner Polizeigesetzes fehlerhaft verhalten haben?*

Wir verweisen auf die Antworten zu den Fragen 2 und 7. Ergänzend fügen wir an, dass die Fernhalteverfügungen aufgrund von Feststellungen und Beobachtungen der kontrollierenden Polizeiangehörigen erfolgen. Im Übrigen kann sich jede betroffene Person im Rahmen der Gewährung des rechtlichen Gehörs zu den Vorhaltungen und der beabsichtigten Fernhalteverfügung äussern. Daneben kommt es zu Meldungen betroffener Dritter an die Polizei. Seit Anfang März 2017 beispielsweise verzeichnet die Polizei Kanton Solothurn vermehrt Meldungen von Passanten, welche Angst haben, am Ländiweg vorbei zu gehen. Neben dem Versperren des Weges gingen Meldungen über anstössiges Verhalten ein. Ähnliche Meldungen wurden bezüglich Bahnhofareal gemacht.

Der Stadtrat vertraut in Bezug auf die Kontrolle von Personen vollumfänglich der Polizeiarbeit und erwartet dabei rechtmässiges und verhältnismässiges Handeln.

9. *Was versteht der Stadtrat unter der bestimmungsmässigen Nutzung des öffentlichen Raums am Ländiweg (und Umgebung)? Ist es möglich, dass Personen, die sich keinem Vergehen schuldig gemacht haben, der Zone verwiesen werden?*

Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Ländiweg und das Aaremürli als Aufenthaltsraum genutzt wird. Es muss aber bei so engen Platzverhältnissen klar sein, dass gegenseitige Rücksichtnahme unabdinglich ist. Der Stadtrat versteht unter bestimmungsmässigem Nutzen des öffentlichen Raums am Ländiweg und in der ganzen Stadt, dass sich Personen jeglichen Alters und Geschlechts zu jeder Tageszeit bewegen und aufhalten können und dabei andere Personen in ihrer gleichwertigen Nutzung nicht behindern. Auch in Bezug auf Ruhe und Ordnung wird anständiges und rücksichtsvolles Verhalten gegenüber aller Personen erwartet.

10. *Wie gedenkt der Stadtrat mit diesen aus unserer Sicht mutmasslichen Grundrechtsverletzungen umzugehen? Wie wird der Stadtrat diesbezüglich intervenieren (bspw. beim Kanton)?*

Der Stadtrat stellt keine Grundrechtsverletzungen fest und sieht in Bezug auf die Wegweisungen keinen Handlungsbedarf. Für die verhältnismässigen Grundrechtseinschränkungen besteht die notwendige Rechtsgrundlage und das überwiegende öffentliche Interesse. Im Übrigen steht jeder betroffenen Person ein individuelles Beschwerderecht zu. Für den ordentlichen Aufenthalt hat der Stadtrat eine Projektgruppe (siehe Antwort zur Frage 3) eingesetzt. Diese Projektgruppe erarbeitet für die Stadt mögliche Handlungsmassnahmen, wie die Erteilung einer Platzordnung und/oder die Anbringung von Videoaufzeichnungsgeräten, usw.

- - - - -

Luisa Jakob, Fraktion SP/Junge SP: Zuerst möchte ich einmal im Namen der Fraktion ganz herzlich für die ausführlichen und sauberen Antworten und die Zeit, die Ihr Euch so kurzfristig genommen habt, danken. Man kann es erwarten. Ich habe vielleicht auch ein paar etwas kritischere Anmerkungen. Einerseits bleibt bei Frage 1 offen, wie die Kontrollen in den letzten kürzeren Zeiten, in den letzten eineinhalb Monaten seit dem 1. April zugenommen haben. Bei Frage 4 weist der Stadtrat darauf hin, dass es sehr viele auswärtige Personen hat. Aber für die Nutzung des öffentlichen Raums ist dies eigentlich kein entscheidendes Kriterium. Etwas fraglich ist Antwort 8, und zwar bleibt offen, wie viele Meldungen es dann von Drittpersonen gegeben hat, die sich beschwert haben. Es bleibt deshalb auch fraglich, wie dort die Herleitung eines überwiegenden öffentlichen Interesses gegeben ist. Ansonsten sind wir mit dieser Antwort eigentlich sehr zufrieden, auch wenn wir inhaltlich nicht mit jeder Haltung davon einverstanden sind, und danken dem Stadtrat.

Stadträtin Iris Schelbert: So nach dem Sturm vor den Wahlen, wo der Ländiweg ein Thema war, kommt mir diese Interpellation eigentlich gerade recht. Ich muss aber dazu sagen, dass wir dies natürlich nicht allein beantworten konnten. Die Fragen 1, 2, 5, 6, 7 und 8 sind hauptsächlich vom Chef Regionenposten, Harry Niggli, von der Polizei, beantwortet worden. Ich bin zwar am 21. April orientiert worden, dass von diesem Tag an täglich Kontrollen durchgeführt werden. Sonst habe ich zur Polizeiarbeit keine näheren Informationen. Was ich aber sicher festhalten kann, ist, dass auch die Polizei Kanton Solothurn, wie vorher die Stadtpolizei, dazu angehalten wird, verhältnismässig und vor allem rechtmässig zu reagieren. Hier würde ich sagen: Davon können wir ausgehen. Wenn Luisa sagt, sie möchte eigentlich wissen, wie viele Wegweisungen es in der näheren Vergangenheit gab, dann müsste ich Dich auch an Harry Niggli weiterleiten. Das Jahr ist ja noch nicht so alt. 47 Wegweisungen hatten wir. Es ist leider eben nicht detaillierter. Bei den vielen, vielen Auswärtigen, die halt eine Wegweisung erhalten haben, ist es wirklich kein Argument. Es dürfen sich alle Leute im öffentlichen Raum aufhalten. Das ist ganz klar. Wir wollen Gäste in Olten. Wir sind auch eine offene Stadt. Es ist mehr im Zusammenhang damit, dass das Areal so gross ist, und man kann ja dann nicht mehr vorbeigehen. In diesem Zusammenhang ist es eben wichtig. Diejenigen, die in Olten zu Hause sind, die zum Teil vielleicht sogar im Areal wohnen, dürfen selbstverständlich vorbeigehen. Sie dürfen zur Arbeit gehen. Sie dürfen zum Bahnhof gehen. Sie dürfen einfach nicht verweilen. Das ist mehr in diesem Zusammenhang vielleicht auch ein Argument. Ich bin ganz klar der Meinung, dass dies ein öffentlicher Raum ist, einer der schöneren. Ich habe kürzlich bei einer Arbeit von zwei Lernenden mitgeholfen. Sie haben mich lange angeschaut, als ich vom Ländiweg erzählt habe. Irgendeinmal haben sie mich angestrahlt und haben gesagt: Meinen Sie das «Aaremüürl»? Ja. Also das «Aaremüürl». Das darf benutzt werden. Aber es ist halt wie überall im öffentlichen Raum, und das verlange ich von den Leuten. Die eigene Freiheit geht genau so weit, bis man den Nächsten einschränkt. Ohne gegenseitige Rücksichtnahme und ohne, dass man den Platz so verlässt, wie man ihn gerne antreffen möchte, geht es einfach nicht. Das verlange ich von

den Leuten. Nicht mehr und nicht weniger. Dass man halt wirklich Rücksicht nimmt und sich bewusst ist: Es ist ein schöner Platz. Es ist ein enger Platz. Im Moment können wir diese Enge nicht verändern. Das kostet viel Geld. Wir können auch nicht einfach das Gelände entfernen und eine Treppe in die Aare hinunter bauen. Unsere Aare ist eng. Sie zieht. Es wird sehr schwierig, wenn man sie noch enger machen will, gerade wegen der Hochwasser, die wir auch haben. Sie ist nicht gestaut wie in Solothurn, wo man mit der Luftmatratze auf der Aare herumschippeln kann und nicht einmal vorwärts kommt. Bei uns kommt man dann relativ schnell Richtung Winznau vorwärts. Das ist alles, was ich dazu ergänzend noch sagen möchte. Ich kann nicht mehr weder an die Vernunft und Verantwortlichkeit von jedem für sich selber appellieren.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Ich kann kurz eine Würdigung von Seiten der SVP abgeben, und ich bin jetzt ein Stück weit erstaunt, dass hier von der SP nicht mehr kommt, nachdem man gross ankündigt, reisserische Fragen einreicht und nach meinem Dafürhalten Klientelpolitik betreibt, kommen zwei, drei Sätze, und that's it. Ich dachte, wir könnten darüber debattieren, aber offenbar ist dies nicht wirklich der Fall. Vielleicht wäre es eben manchmal trotzdem besser, wenn man es nicht dringlich einreichen würde, dann hätte man nämlich etwas mehr Zeit, dieses «Zeug» durchzulesen und sich auch ein Votum zu überlegen oder allenfalls aufzuschreiben, wenn man dies nicht spontan machen kann. Noch eine kurze Wortmeldung zur Äusserung der SP-Sprecherin: Sie hat vom öffentlichen Interesse und der Anzahl Meldungen gesprochen. Das öffentliche Interesse hat nichts mit der Anzahl Meldungen zu tun, weil das öffentliche Interesse die öffentliche Ordnung und Sicherheit ist. Ich glaube, das ist unbestritten. Das steht in jedem Buch, in jeder Fachliteratur so nachzulesen. Das Andere hat dann mehr mit der Verhältnismässigkeit zu tun. Aber man kann nicht sagen: Aufgrund einer gewissen Anzahl Meldungen hat man ein öffentliches Interesse oder nicht. Entscheidend ist, dass die öffentliche Ordnung und Sicherheit gewährleistet wird. Wenn dies eben nicht der Fall ist, muss man entsprechend eingreifen. Wenn man das Ganze durchliest, kann man feststellen, dass die Kantonspolizei die Kontrolltätigkeit intensiviert hat, und ich möchte namens der SVP festhalten, dass wir dies begrüssen, dass wir dies richtig finden, und dass wir der Polizei dafür auch danken. Zu einzelnen Fällen kann ich mich selbstverständlich nicht äussern, wie dies wahrscheinlich niemand hier kann, ausser er oder sie war dabei und ist persönlich davon betroffen. Das habe ich bis jetzt nicht gehört. Sonst finde ich es müssig, über Einzelfälle zu diskutieren, weil wir schlicht diese Fakten nicht haben, also müssen wir eigentlich das Gesamtbild betrachten. Wenn man einfach schaut, was in den letzten Jahren dort unten am «Müürli» gelaufen – das ist so, wie Iris es jetzt gesagt hat, im Fachjargon redet man vom «Müürli» und zwar weit über die Region hinaus. Hier sind Luzerner, Basler, Zürcher und Berner am «Müürli», nicht nur, weil es schön ist, sondern vor allem auch, weil dies über die letzten Jahre hinweg ein Drogenumschlagplatz war und zwar im grösseren Stil. Ich rede nicht von Gras, sondern von Crack und Amphetamin etc. In den vergangenen Jahren hat es dort unten, wie ich es bereits angetönt habe, immer wieder relativ massiven Drogenhandel gegeben. Man hat nach meinem Dafürhalten von den Stadtbehörden weggeschaut. Man hat dies beschönigt und gesagt: Das trifft so nicht zu. Man hat zwar immer gesagt: Wir tolerieren dies nicht. Aber wirklich durchgegriffen hat man nicht. Dadurch hat es halt immer grössere Ansammlungen gegeben, und es ist immer zu stärkeren Gesetzesverstössen gekommen. Es hat dort unten in den vergangenen Jahren auch mehrfach Messerstechereien gegeben, was man zum Teil nicht in den Medien gelesen hat. Es hat dort unten Belästigungen gegeben, auch sexueller Natur und so weiter und so fort. Es ist einfach regelmässig zu Verstössen gekommen. Ihr könnt es mir glauben oder nicht. Aber dort unten hat man wirklich ziemlich jeden Stoff erhalten. Da hast Du gewusst: Am «Müürli» bekommst Du einfach den entsprechenden Stoff. Das ist eine Tatsache. Ich habe auch in meiner beruflichen Tätigkeit mehrfach dort etwas hineingesehen und masse mir an, dies ein Stück weit beurteilen zu können. Wie gesagt: Über Jahre hinweg hat man dies eigentlich beschönigt und weggeschaut. Man hat dann mit der Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei auch noch gedacht: Es kommt jetzt so schlechter, und die Sicherheit in Olten wird abnehmen. Was ist passiert? Es ist das Gegenteil passiert. Die Kontrollen sind intensiviert worden, und jetzt hat die Polizei eigentlich wirklich durchgegriffen, führt intensive Kontrollen durch, und wenn man diesen Antworten

entnimmt, sieht man auch, dass dies nicht einfach aus dem hohlen Bauch heraus passiert und dort einfach Leute unnötig schikaniert werden, sondern dass es halt wirklich in verschiedener Art und Weise zu Verstössen kommt und man dies jetzt ahndet. Dafür möchten wir als SVP-Fraktion der Polizei danken. Es hat jetzt, wenn man vorbeigeht – ich bin gerade gestern vorbeigegangen – nicht keine Leute dort unten. Aber es hat einfach Leute dort unten, die sich anständig benehmen. Es soll dort unten jeder sitzen, Zeit verbringen, auch ein Bier trinken dürfen. Dann ist er völlig unproblematisch. Aber es hat jetzt keine streunenden Hunde mehr. Es hat keine Leute mehr, die einen anpöbeln. Das ist mir selber auch schon passiert, nur, weil ich mit einem Anzug vorbeigegangen bin. Wahrscheinlich Geld verdient habe, von dem der Andere profitiert, bin ich beschimpft worden. Ich möchte es jetzt hier nicht wiedergeben, weil dieser Wortlaut allzu unanständig wäre, um in einem Parlament gesagt werden zu können. Aber es hat nach wie vor dort unten relativ viele Leute. Aber jetzt herrscht Ordnung, und das ist entscheidend. Das ist die Aufgabe des Staats, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Einfach noch kurz in Bezug auf Einzelfälle, die ich, wie gesagt, überhaupt nicht beurteilen: Jeder und jede, der oder die das Gefühl hat, er oder sie sei zu Unrecht weggewiesen worden, kann sich rechtlich dagegen zur Wehr setzen. Das ist jedem oder jeder unbenommen. Ich finde es billig, wenn man jetzt hier von Grundrechtsverletzungen spricht. Wenn jemand das Gefühl, es ist nicht rechtmässig und ordentlich abgelaufen, soll er sich dagegen zur Wehr setzen. Dann kann er Beschwerde machen, was auch immer. Gegen Verfahrenshandlungen der Strafverfolgungsbehörde ist bekanntlich eigentlich eine Beschwerde immer möglich. Ich möchte noch einmal der Polizei danken dafür, dass sie dort jetzt endlich Ordnung geschafft hat, nachdem man über Jahre hinweg weggeschaut hat, und ich möchte auch noch einmal betonen, dass es nach meinem Dafürhalten nach wie vor richtig wäre, dort unten zwei, drei Videokameras zu installieren, nicht um die Leute irgendwie unnötig zu überwachen oder zu schikanieren, aber um Straftaten zu verhindern, und falls es dann doch wieder zu solchen kommen sollte, nachher bei der Aufklärung das Material zur Verfügung haben und diese Leute auch dingfest machen zu können.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Nach meinen Informationen trauen sich viele Leute nicht mehr, den Ländiweg zu benützen, weil sie sich dort wegen des Verhaltens der dort versammelten Menschen nicht sicher fühlen, die halt auf sie häufig bedrohlich wirken. Es ist deshalb nötig, dass die Polizei dafür sorgt, dass Passanten jeden Alters – ich denke insbesondere an Frauen, ältere Personen, Familien mit Kindern – jederzeit wieder ohne Angst dort vorbeigehen können. Insbesondere sollte es dort so sein, dass man keine Verletzungsgefahr hat, speziell, wenn man im Sommer in Sandalen oder ähnlichem herumgeht, durch Bierdosen oder Glassplitter. Wir vertrauen darauf, dass die Polizei wie jede staatliche Institution ihre Aufgaben gemäss Verfassung und Gesetz ausführt. Deshalb sind wir erstaunt, dass die SP von Willkür und Grundrechtsverletzungen schreibt, ohne natürlich genaue Fakten vorlegen zu können. Wir haben bisher keinen Grund anzunehmen, dass die Kantonspolizei dort widerrechtlich gehandelt hat. Wir danken der Kantonspolizei auch dafür, dass sie ihre Arbeit gründlich, aber trotzdem immer mit Augenmass wahrnimmt, und wir verlangen auch, dass die Leute darauf aufmerksam gemacht werden, ihren Abfall wegzuräumen. Schliesslich haben wir ja auch das Littering-Verbot, und theoretisch gibt es Bussen dafür. Wir dulden nicht, dass am Ländiweg ein Drogenumschlagsplatz entsteht. Dann müssen wir noch auf die SBB hinweisen. Wir haben natürlich dort eine starke Verzahnung mit der SBB, die in Olten ein grosser Arbeitgeber ist und auch Arbeitgeber von ein paar Parlamentsmitgliedern. Insbesondere sie wissen ja, welche riesigen Probleme die SBB mit Vandalismus hat, dass sie eine Bahnpolizei aufstellen mussten und sonst riesige Kosten damit hatten. Es ist sicher nicht im Interesse der SBB, wenn wir dort am Ländiweg ein Potenzial oder ein Reservoir von Leuten, die dann möglicherweise einmal in den Zug einsteigen und bei der SBB Schäden machen.

Felix Wettstein: Wir hatten nicht Gelegenheit, uns gross zu verständigen, was die Haltung der Fraktion ist. Ich spreche in diesem Sinne zwar jetzt als einer der Fraktion, aber halt doch so, wie ich es allein formulieren würde. Mir hat diese Interpellation nicht gefallen. Die Fragen, so wie sie formuliert sind, sind eine Geradeaus-Fortsetzung der Facebook-Diskussion –

dieses Stichwort ist heute schon gefallen – und es kommt nicht so daher, als ob es den Anspruch hätte, von der Systematik, der Reflexion her einen etwas höheren Stellenwert zu haben. Wir wissen alle, dass es die Kantonspolizei ist, die zuständig ist, um diese polizeilichen Aufgaben wahrzunehmen. Also wäre zuerst einmal der Kanton der richtige Adressat. Man hat es jetzt ins städtische Parlament hineingetragen. Man hat innert zwei Tagen verlangt, dass der Stadtrat seine Haltung zu diesen Sachen, die der Kanton verantwortet, darlegt. Ich finde es grossartig, dass man in dieser Ausführlichkeit und dieser Präzision in dieser Zeit die Antwort erhalten haben. Die Antworten sind konzis, in dem Sinne, dass man eben überall liest, wie sich der Stadtrat selber zu diesen Fragen stellt, auch dort, wo er selber gar nicht die Verantwortung für das konkrete Handeln haben kann. Was können wir daraus lesen? Es ist tatsächlich richtig, dass man, wenn man sich allein auf dieser Basis ein Urteil bilden will, die Karte zur Fernhalteverfügung erhält – wie gesagt, nicht die Stadt, sondern der Kanton hat diese Karten ausgestellt – und den rot eingerahmte Rayon betrachtet und versucht, sich dies praktisch vorzustellen, dass man denkt: Ja, das kann es ja nicht sein. Das muss tatsächlich eine Grundrechtsverletzung sein. Es ist nicht möglich, von der einen Flussseite auf die andere zu kommen, wenn jemand nicht das Recht hat, in diesen Rayon einzutreten. Es ist nicht möglich, zum Bahnhof zu kommen. Es ist nicht möglich, eine Buslinie zu nutzen und aus der Stadt hinaus zu gehen, weil eben alle in diesem roten Bereich fahren. Es war eine wichtige Zusatzinformation, die man diesem Blatt entnimmt, das eben Fernhalteverfügung heisst, nämlich dass sich dies auf sich längere Zeit aufhalten bezieht. Iris Schelbert hat es vorher gesagt. Wenn jemand einfach zum Bahnhof oder vom Bahnhof weggeht, wenn jemand einfach vorbeigeht und mit einem Bus durchfährt, ist dies alles nicht Grund für eine Fernhaltung, nur dann, wenn man länger Aufenthalt hat. Das ist eine wichtige Zusatzinformation, wo man beim Kanton tatsächlich einfordern müsste, dass dies mitkommuniziert wird, wenn man mit einer solchen Verfügung über bestimmte Leute ein Urteil fällen will. Aber noch einmal: Letztlich sind wir hier nicht das richtige Gremium.

Urs Knapp: Es ist in erster Linie wie bei Felix Wettstein für Urs Knapp, weil wir dies nicht vorbesprechen konnten. Meine Legitimation zum Reden, wahrscheinlich auch im Namen der Fraktion, ist, dass wir das Thema Ländiweg seit 2011 immer wieder verfolgen. Ich glaube, ich hatte 2011 das erste Gespräch mit Iris. 2012 hat es auch einmal einen Vorstoss gegeben. 2015 habe ich dann einmal versucht, mit Silvia Forster etwas auf die Beine zu stellen. Zuerst bin ich etwas erschrocken, als Iris angefangen hat. Nachher muss ich sagen, dass ich die klaren Worte, die Du; Iris, heute gebracht, sehr gut finde und danke Dir dafür. Du hast zuerst gesagt: So ein Sturm vor den Wahlen. Ich glaube, das wäre falsch. Es war nicht wegen der Wahlen, dass es einen Sturm gab, sondern es hat dort unten zwei massive kriminelle Akte gegeben, welche die Diskussionen, die es dort schon seit Jahren gibt, halt wieder angeheizt hat. Es gibt eine gefühlte und eine tatsächliche Sicherheit. Die gefühlte Sicherheit am Ländiweg ist schon seit Jahren für viele Bevölkerungsgruppen, inklusive für mich zu bestimmten Zeiten, nicht gegeben, und es gibt die tatsächliche Sicherheit, die zum Teil eben auch nicht gegeben war. Was aber nachher von der Stadträtin gesagt wurde, diese klaren Worte – ich will nicht in die Vergangenheit gehen – habe ich sehr berechtigt gefunden. Es geht nicht darum, dass man einfach bestimmte Gruppen von Menschen heruntermacht, aber es geht darum, dass man Verhaltensregeln macht. Wenn ein enger öffentlicher Raum da ist, sind auch die Anforderungen für alle, dass man sich vernünftig drin aufhält, hoch. Das muss man einfordern. Die Polizei ist die erste Massnahme. Das ist vielleicht etwas, das ich noch bis jetzt noch vermisste. Polizeiliche Massnahmen allein genügen nicht. Die Polizei kann dafür sorgen, dass man die Situation so beruhigen kann, wie sie wahrscheinlich jetzt langsam ist, dass man intervenieren könnte. Deshalb möchte ich vielleicht auch den Stadtrat einladen. Eine ehemalige Kollegin von Euch, Silvia Forster, hat 2014, 2015 einen Vorschlag zu aufsuchender Arbeit gemacht, der gesagt hat: Wir wollen diesen Raum wieder für die Leute zurückerobern. Wir wollen nicht Sicherheitsleute, einen privaten Sicherheitsdienst machen. Es geht gar nicht darum. Aber wir wollen eigentlich, wie man dies auch andernorts gemacht hat, unter anderem in Bern, mit Leuten dorthin gehen. Sie sind einfach dort. Sie haben halt einmal den Mut und sagen: Hör zu, es geht einfach nicht, dass Du jetzt diese Glasflasche herunterschmeisst. Den Ghetto-Bluster hört man auch mit 90 Dezibel noch genug. Es müssen nicht 110 sein. Ich glaube, es braucht auch solche Sachen. Es gab dort

Diskussionen. Ich weiss es indirekt. Die Stadt hat die Chance, die der Vorstoss von Frau Forster auch bot, zu wenig entschlossen genutzt. Man hat vor allem die Risiken gesehen. Wo ist denn der juristische Graubereich? Ich glaube, dort wäre vielleicht noch einmal ein Denken da. Ob Frau Forster noch einmal bereit wäre, darauf einzugehen, weiss ich nicht. Aber es braucht auch noch so etwas. Man kann nicht allein mit Polizei dort eine Regel machen. Es braucht eine Rückeroberung dieses Raums. Man muss die Voraussetzungen dafür schaffen. Sie sind jetzt gemacht worden. Man muss klare Worte finden – die sind jetzt von Iris Schelbert auch gesprochen worden – dass man dies nicht akzeptiert, dass man alle Leute akzeptiert, die sich so verhalten, wie man es im öffentlichen Raum erwartet, dass man aber nicht akzeptiert, dass kleine Gruppen diesen Raum für sich beanspruchen und dass man nicht akzeptiert, dass dort unten Rechtsverletzungen stattfinden. Von daher danke ich für die Antwort. Ich habe am Anfang gesagt: Eigentlich ist die Interpellation nicht dringlich. Aber ich glaube, nur schon wegen der Antwort, die wir jetzt von der Stadträtin gehört haben, hat es sich gelohnt, dies heute zu behandeln.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich möchte jetzt auf das, was gesagt wurde, einfach noch zwei Sachen ganz klarstellen, worum es uns geht. Es geht ganz sicher nicht um illegale Sachen. Dass die Polizei bei illegalen Sachen eingreift, ist völlig unbestritten. Ich glaube, das ist jenseits. Wenn wir vielleicht Bedenken oder Fragen haben, geht es um etwas Anderes. Dann geht es nämlich um Toleranz, es geht um die Gleichbehandlung, und es geht um die Regeln des Umgangs im öffentlichen Raum. Es geht darum, ob man hier sozusagen Monokulturen will. Es geht darum, ob man aber auch eine gewisse Divergenz will, dass man toleriert, dass eben nicht alle Leute die gleiche Vorstellung vom Leben haben, dass es verschiedene Lebenspläne gibt und dass man akzeptiert, dass im öffentlichen Raum Leute mit ganz verschiedenen Lebenszielen und verschiedenen Lebensplänen zusammenleben. Unser Ziel wäre eigentlich, dass dies problemlos funktioniert. Deshalb geht es auch darum, mit welchen Mitteln man dies erreicht. Ich muss sagen, dass ich jetzt von der Diskussion im Grossen und Ganzen positiv überrascht bin. Es hat nämlich noch niemand gesagt, er wolle jeden, der ein Fläschchen Bier trinkt, dort vertreiben, vielleicht mit einer Ausnahme. Aber die meisten haben eigentlich jetzt hier eine recht tolerante Haltung vertreten. Ich hoffe schon, dass man dies auch wirklich so meint und es auch so umgesetzt wird. Aber ganz klar: Es geht hier nicht um illegale Sachen. Es geht darum: Wie lebt man im öffentlichen Raum zusammen?

Stadträtin Iris Schelbert: Merci für die gute Aufnahme dieser Antworten, auch für die gute Diskussion. Vielleicht einfach noch zwei oder drei Präzisierungen. Bei den Video-Kameras sind wir an der Arbeit. Wir machen selbstverständlich alles in Zusammenarbeit mit der Polizei Kanton Solothurn, weil sie es ja dann auch kontrollieren müssen. Es ist dort einfach etwas schwierig. Wo platzieren wir sie? Wenn wir sie an den gleichen Ort platzieren wie die Lampen, dass sie abgeräumt, zerstört oder weiss was werden, dann sieht man nur «Chäppis». Es wird dort schon eine Herausforderung sein. Wo platziert man die Video-Kameras? Sie müssen eine sehr gute Qualität haben, damit man überhaupt etwas erkennt. Aber dort sind wir an der Arbeit. Den Ordnungsdienst von Silvia Forster haben wir angeschaut. Wir haben dies diskutiert, selbstverständlich auch wieder mit der Polizei Kanton Solothurn. Sie hatte dort sehr Bedenken und hat gesagt: Erstens müssen diese Leute ein Stück weit ausgebildet werden. Zweitens ist es eine Versicherungsfrage, weil es kenngezeichnete Personen gewesen wären, die an den Ländiweg zum «Aaremüürli» gegangen wären, um mit den Leuten zu reden. Wenn dann nachher irgendjemand von diesen Personen in der Aare landet, ist dies überhaupt gar nicht lustig. Man hat die Risiken wirklich eher etwas schwerer als den Nutzen gewichtet. Wir sind aber daran, vielleicht die aufsuchende Suchthilfe dazu motivieren zu können, wobei wir dies nicht gratis erhalten. Noch eine kleine Bemerkung: Es ist natürlich nicht so, dass die Polizei erst jetzt Kontrollen macht. Vorher hat die Stadtpolizei dies durchaus auch gemacht, auch wenn es um Drogen und harte Drogen ging, immer in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Aber jetzt ist das neue Bedrohungsmanagement der Kantonspolizei wirklich voll zum Tragen gekommen. Sie haben gesagt: Das ist ein Hotspot, und hier gehen wir jetzt wirklich verstärkt. Das ist auch eine Frage der personellen Ressourcen. Sie kommen manchmal vier, fünf Stunden später in

den Feierabend. Es ist also ein «Chrampf» für die Leute, die es machen müssen, und das kann man nicht allzu lange machen. Man kann dann wieder aussetzen und schauen, was es gebracht hat, und wieder einsetzen. Aber das ist schon auch eine Frage der personellen Ressourcen. Das Ganze ist wetterabhängig. Wenn es schön ist, haben wir dort Leute, wie überall. Wenn es weniger schön ist, etwas weniger.

Simone Sager: Ich hatte jetzt etwas Mühe zuzuhören. Einerseits, Christian Werner, gehe ich einig mit Dir. Danke für Dein Votum. Wir diskutieren hier über eine Todesecke, weil die Signalisation nicht gut ist. Wir diskutieren hier über die Winkelkreuzung, weil man dort keine gute Signalisation hat. Aber wenn es nachher um einen Hotspot geht – ich glaube, Iris hat es vorher richtig betitelt – wie der Ländiweg, wo man etwas verhindern will, bevor etwas Schlimmeres passiert als jetzt schon, kommt es ins Parlament, und wir diskutieren jetzt irgendwie eine halbes oder dreiviertel Stunde über so etwas. Dazumal, als es darum gegangen ist, ob wir die Stadtpolizei abschaffen oder nicht, ist genau der Ländiweg benannt worden, wie gefährlich er dann sei, man könne ihn dann nicht mehr kontrollieren etc. Jetzt sind zwei Sachen passiert. Die Kantonspolizei hat noch mehr Kontrollen gemacht, und schon ist es auch wieder nicht recht. Muss es wirklich auch dort unten so lange gehen, bis jemand in der Aare landet und nicht mehr herauskommt oder noch Schlimmeres? Lieber jetzt handeln und jetzt reagieren als später, wie man bei der Todesecke und bei der Winkelunterführung auch jetzt schon handeln will, wo ich persönlich es in Ordnung finde, wenn man dort etwas macht. Aber diesen hier finde ich fast noch wichtiger, weil es dort brennt. Zu Deinem Votum, Noldi, von der gegenseitigen Toleranz muss ich Dir ehrlich sagen, dass sie bei mir aufhört, wenn ich dort als normaler Bürger vorbeigehe und von irgendwelchen Leuten sehr primitiv und unter jeder Gürtellinie angepöbelt werde. Hier muss ich sagen: Es hört irgendwo auf. Das sind ja auch diejenigen, die nachher je nachdem weggewiesen werden. Das hat für mich auch mit Toleranz zu tun, und dafür ist die Polizei da, für Recht und Ordnung. Deshalb lieber wieder einmal etwas Anderes, als über etwas, wo man jetzt reagieren soll, bevor es zu spät ist.

Heinz Eng: Der Aareraum ist immer etwas attraktiv für die Leute gewesen, und dort sind auch Sachen passiert. Ich kann mich noch gut erinnern. Es hat ja einige ältere Semester in diesem Parlament. Vor 40 Jahren usw. Der «Vofi» hat dort jeweils den einen oder anderen abgeschlagen. Der «Munzi» hat einmal einen von der alten Brücke in die Aare geworfen usw. Dort unten war eigentlich immer Betrieb. In diesem Sinne war auch die Polizei immer öfters dort. Hingegen muss ich hier jetzt doch sagen, und ich bin auch erschreckt von diesem ganzen Bericht, in der Kürze, in der ich ihn gelesen habe. Wenn Ihr unter Punkt 2 von den Antworten herschaut, ist es wie ein Kabinett der Straftaten, die möglich sind. Es fehlt vielleicht noch Mord und Totschlag. Dort steht: «Die Kontrollen zeigen jedoch, dass auch strafbare Handlungen festgestellt werden». In erster Linie Zuwiderhandlung Betäubungsmittel, Handel mit Drogen usw. Das ist absolut nicht hinnehmbar. Ich bin dann gespannt, wie die Presse mit ihrem Linksdrall mit diesen Informationen umgeht. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Olten ein grosses Interesse daran, dass man ihnen dies auch klar und deutlich sagt. Nachher steht im zweiten Alinea unter Punkt 2, dass im Jahr 2017 bereits 47 Wegweisungen stattgefunden haben. Wir haben jetzt heute den 18. Mai. Das schöne Wetter kommt erst. Dort unten wird in den nächsten paar Monaten noch eine rechte Kilbi sein. Wir haben jetzt schon 47. Hier steht von mir aus gesehen je nachdem ein Hot Summer bevor. Da ist einfach null Toleranz. Mich hat erstaunt, Ruedi Moor, dass Du vorhin gesagt hast – ich lege viel Wert auf Dein Urteil – es passieren keine illegalen Sachen. Lies einmal diesen Bericht richtig. So ist es jedenfalls herübergekommen. Hier muss man natürlich Einhaltung gebieten. Für mich ist es einfach erschreckend. Ich meinte: Okay, da unten passiert das eine oder andere, ist aber im Grossen und Ganzen alles unter Kontrolle. Aber diese Antworten zeigen ein erschreckendes Bild. Dort unten muss effektiv Law and Order gelten. Sonst haben wir dort nachher wirklich einen heissen Sommer.

Myriam Frey Schär: Ich wollte eigentlich nichts sagen, weil ich froh wäre, wenn wir bald beim Parkleitsystem wären. Aber ich kann es mir jetzt doch nicht verkneifen. Ich möchte eigentlich wirklich noch einmal darauf hinweisen, dass niemand irgendein Problem damit hat,

dass dort unsere bestehenden Gesetze umgesetzt werden. Ich glaube, da sind wir uns wirklich einig. Aber ich möchte wirklich auch noch einmal darauf hinweisen, und einzelne haben es uns auch so gesagt, und ich finde das gut, dass das Empfinden von Bedrohung sehr subjektiv ist. Ich gehe dort mehrmals in der Woche vorbei, ich jogge dort mehrmals in der Woche durch, ich sehe auch aus, als würde ich Geld verdienen. Ich hatte nie ein Problem. Ich würde es einmal meinen. Vielleicht auch nicht. Dann würde ich irgendwie hoffen, dass mir jemand in der Pause eine Stilberatung gibt. Ich finde diesen Ort nicht bedrohlicher als einen anderen Ort. Ich kann absolut verstehen, wenn dies jemand macht und dies für jemanden ein Problem ist. Aber ich finde es problematisch, wenn man es mit anderen Orten wie eine Winkelunterführung oder die Todesecke vergleicht, wo man nicht einfach zehn Meter weiter oben vorbeigehen könnte, wenn es einem nicht so wohl ist. Aber wenn es einem wirklich nicht wohl ist, hat man dort die Möglichkeit, mit einem Verlust von ca. 30 Sekunden oben zu gehen. Einfach, damit wir dies nicht vergessen. Im Verkehr hat man diese Option nicht unbedingt. Deshalb möchte ich jetzt nicht unbedingt Äpfel mit Birnen verglichen haben.

Yabgu Ramazan Balkaç: Sicherheit, Recht und Ordnung gelten ja für die ganze Stadt und nicht nur für den Ländiweg. Das heisst, die Polizei macht auch auf der Kirchgasse, und es gibt noch ganz andere Orte, die ja Drogenumschlagplätze sind. Ich finde, es ist schade, wenn man jetzt mit diesen Ausdrücken so auf dieses Thema fokussiert und irgendwie ablenkt. Eigentlich wollen wir ja eine entspannte Lage am Ländiweg, die eigentlich allen Ansprüchen gerecht wird. Klar muss dort auch Recht und Ordnung herrschen. Aber es geht eigentlich mehr um uns Oltner. Es ist auch das Thema Auswärtige gekommen, aber es geht um uns Oltner. Was wollen wir dort? Ich denke nicht, dass hier in Frage gestellt wird, dass die Polizei dort Kontrollen macht, sondern es geht um Grundsätzliches. Wir wollen uns dort aufhalten, und wir wollen uns wohlfühlen, wir Oltner, und wir sind keine Drögel.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich möchte auch darauf aufmerksam machen. Ich sehe, es gehen sehr viele Hände in die Höhe. Es könnte länger dauern. Ich werde selbstverständlich alle Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher entgegennehmen. Aber seid Euch einfach bewusst: Wenn dies so weitergeht, sind wir wahrscheinlich um 22.00 Uhr noch beim Ländiweg.

Deny Sonderegger: Ich werde mich kurzhalten und entsprechend auf die Zeit schauen. Aber gleichwohl zwei, drei Voten. Erstens ein kleines Votum zu Felix Wettstein: Ich finde eben schon wichtig, dass dies auf städtischer Ebene eingereicht worden ist, weil wir mit der Antwort der Stadt auch ein klares Signal haben, ob der Stadtrat dies toleriert oder nicht. Heute hören wir, dass es schlussendlich nicht toleriert wird. Entsprechend bin ich froh, dass dies auch auf städtischer Ebene so behandelt wird. Dann auch ein kleines Votum zu Myriam: Schlussendlich ist es halt eben schon so, dass die Toleranzdiskussion dort anfängt, wenn ich mich für einen Umweg entscheiden muss, weil ich mich nicht mehr wohl fühle, wenn ich auf dem direktesten Weg in die Stadt hineinkomme. Hier ist für mich als oberster Touristiker der Stadt halt auch noch etwas eine andere Perspektive wichtig. Es ist das Einfallstor in unsere Stadt. Es ist der Ausgang der SBB. Es gehen sehr viele Pendlerinnen und Pendler dort vorbei. Wir haben entsprechend Touristen, die diesen Weg begehen. Wir haben mehrmals – Iris kann dies bestätigen – auch von touristischer Seite darauf aufmerksam gemacht, dass wir, wenn es stattfindet, uns wünschen, dass dort eine gewisse Kontrolle gemacht wird. Entsprechend bin ich wirklich froh, dass dies jetzt auch so aufgenommen wurde und scheinbar das Bewusstsein im Stadtrat auch vorhanden ist.

Michael Neuenschwander: Merci, Heinz. Du hast darauf aufmerksam gemacht, dass jede junge Generation im Moment immer wieder die schlimmste ist. In Olten hat es schon immer etwa ein wenig wildere Zeiten gegeben, und sie haben auch immer verschoben. Jetzt sind sie halt offenbar gerade eher etwas am Ländiweg. Es war früher auch schon etwas mehr bei der Chilestäge oben und an anderen Orten. Gut. Jetzt sind wir gerade beim Ländiweg. Eine lebendige Stadt ist natürlich vor allem im Sommer lebendig, wenn die Leute draussen sind. Das heisst für uns eigentlich aber auch, dass wir den Blick beim Ländiweg, über den wir

auch schon geredet haben, auch wieder etwas öffnen müssen, nur zur Ermunterung, auch etwas baulich dort wieder schauen, was man mit einfachen Mitteln machen könnte. Es ist einfach eine sehr enge Stelle. Wenn sich 20 Personen dort an diesem Ländiweg aufhalten und noch etwas miteinander schwatzen möchten, gibt es schon einen Trubel, wo kaum jemand mehr vorbeikommt. Dort könnte man sicher, abgesehen von allen anderen Massnahmen, jetzt einfach darauf aufmerksam machen. Wir haben hier schon Vorschläge gesehen. Mit einfachen Mitteln etwas Tribünen machen, damit man vielleicht dort oben noch sitzen könnte.

Luc Nünlist: Ich probiere mich kurz zu halten. Ich kann es mir nicht verkneifen und habe jetzt auch einige Reaktionen auf die vorherigen Sprecher. Zuerst einmal danke an den Stadtrat für die Ausarbeitung. Mir hat in der Beantwortung ein klares Bekenntnis noch etwas gefehlt. Aber das ist nachher mündlich nachgeliefert worden, dass der öffentliche Raum für alle zugänglich ist und allen gehört. Das finde ich sehr wichtig und ist eigentlich auch Kern dieses Vorstosses. Felix, selbstverständlich sind alle Fragen vorher der Kantonspolizei zugeschickt worden, und die Kantonspolizei hat sich dazu geäussert. Der SVP-Sprecher wollte am Anfang den Grundprinzipien über Gott und die Welt lieber nicht lauschen. Man will nicht über Einzelfälle diskutieren, aber aufgrund von doch diffusen Vermutungen lieber den öffentlichen Raum überwachen. Er weiss offenbar sehr explizit und konkret über den Drogenhandel, der dort stattfindet, Bescheid. Christian, aber Du hast jetzt aus dem Parlament jemanden angepöbelt. Du bist ein Pöbler. Du hast jemandem grundlos gesagt, er profitiert, er schmarotzt von Deinem Geld, ohne dass Du diesen Passanten kennst. Das ist jetzt meine Vermutung. Jetzt pöble ich herum.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich möchte bitten, persönliche Angriffe zu unterlassen. Merci.

Luc Nünlist: Ich werde es mir merken. Polizeiliche Massnahmen genügen nicht. Da sind wir uns auch alle einig. Wir wollen dort eine Verbesserung des Raums. Wir wollen einen grösseren Raum schaffen, damit dies eigentlich ein attraktiver Aufenthaltsraum für alle wird. Wir wollen diesen Raum bespielen. Wir wollen ihn nicht unterdrücken und mit repressiven Massnahmen verbinden.

Sarah Früh: Eigentlich hat Deny Sonderegger genau das gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich kann einfach noch so viel sagen. Ich habe vielleicht etwas weniger Mut, oder vielleicht kann ich einfach etwas weniger gut schwimmen als Myriam. Ich weiss es nicht. Von daher gesehen nehme ich diesen Umweg. Es ist mir ehrlich gesagt sehr lange gar nicht bewusst gewesen, dass ich dies einfach tue. Aber es ist so. Das ist dann irgendwo, wenn man es sich einmal überlegt, eigentlich auch eine Einschränkung. Obwohl ich meinen Dialekt nun halt einmal habe, bin ich doch auch Oltnerin.

Stephan Hodonou: Primäre Aufgabe des Staats ist Sicherstellung von Law und Order. Wenn dies nicht ist, haben wir ein Riesenproblem. Das sehen wir an Orten, wo es eben nicht passiert, wo es dann zusammenbricht. Niemand hier hat gesagt, dass man bestimmten Menschengruppen verwehren will, am Ländiweg zu sein, wenn sie sich an Recht und Ordnung halten. Das ist die Voraussetzung. Ich kenne in Olten auch noch ganz andere Hotspots, inklusive Drogenumschlagplatz, gerade auch auf der rechten Stadtseite, wo ich auch Führungen machen könnte. Was mich an der Interpellation stört, ist so der unterliegende Ton oder auch Vorwurf von Grundrechtsverletzungen, ohne dass Ihr jetzt wirklich Fleisch am Knochen gebracht habt. Hier steht bei Euch: Quasi mutmasslich nach Eurer Ansicht Grundrechtsverletzung. Ich finde, das ist doch ein rechter Vorwurf an die Polizei, der nicht belegt ist. Man hört immer wieder, dass es ein subjektives und ein objektives Gefühl gibt. Wenn man einmal angepöbelt wurde, wenn man einmal überfallen wurde, wenn man einmal zusammengeschlagen wurde, nützt es mir nicht, wenn die Zahlen sagen, es passiere gar nicht. Mir ist es dann passiert. Wenn bei mir eingebrochen wurde, und ich einem Einbrecher gegenüberstehe, dann ist es passiert und nicht: Es passiert nicht.

In diesem Zusammenhang ist es eben schon noch wichtig, was die Leute fühlen. Es gibt einen Grund, weshalb sich die Solothurnerinnen und Solothurner in den letzten Monaten mehr Waffen zugelegt haben. Das ist auch ein Fakt. In den letzten Monaten haben sich die Solothurnerinnen und Solothurner mehr bewaffnet. Das ist nicht gut, wenn man dies macht. Ich bin dagegen. Aber es hat mit dem Gefühl zu tun. Deshalb muss man hinschauen, wenn ein Hotspot besteht und etwas tun, bevor es irgendwie eskaliert.

Marlène Wälchli Schaffner: Bei Frage 3 hat mich gefreut, dass jetzt eben der Stadtrat folgende Anträge, welche die Iris noch erläutert hat, aufgenommen hat. Ich finde es eigentlich wirklich sehr begrüßenswert und positiv, dass man dort auch aufsuchende Sozialarbeit prüfen würde. Eigentlich ist alles gesagt, und alles ist eingeleitet. Besten Dank.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Vielleicht ist es jetzt gerade etwas unangemessen, aber sogar der Blick schreibt jetzt vom Ländiweg über 159 Einsätze. Mir scheint gerade, wir sind hier irgendwie live dabei.

Simone Sager: Ich muss mich halt gleichwohl noch einmal kurz melden. Vor allem auf das Votum hast Du wahrscheinlich damit gerechnet. Dass Du oben gehen kannst, weiss ich. Das mache ich auch, weil ich fand, ich gehe einmal unten vorbei. Alle erzählen, Du wirst angepöbelt. Ich bin vorbeigegangen, und es passiert. Für mich ist dieser Platz erledigt. Logo, ich gehe oben durch. Es gibt andere Plätze in der Stadt, Kirchgasse, wo Du leider dieser Geschichte nicht aus dem Weg gehen kannst. Aber das ist ein anderes Thema. Das Andere, Äpfel und Birnen, habe ich in diesem Sinne nicht miteinander verglichen. Mir geht es eigentlich mit dem Vergleich der zwei Sachen, die ich erwähnt habe, darum, dass wir über Sachen, über Todesecke und Winkel, diskutieren, über Leute, die etwas tun, wo Du siehst, dass es gar nicht gut kommen kann. Also musst Du nicht eine Verkehrsstrasse überqueren, wo es keinen Fussgängerstreifen hat, wo Du aber am Ländiweg unten, wenn Du es nicht kennst, gar keine andere Möglichkeit hast. Mir ist es mehr darum gegangen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Die Interpellantin hat ihre Befriedigung zu dieser Interpellation ausgedrückt. Vielen Dank. Weiter kann zu diesem Thema in der Gruppe Olten oder jetzt auf Blick gelesen werden.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Franco Giori (2)
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 58

Motion Gökhan Karabas (SP/Junge SP-Fraktion) betr. Beschilde- rung der Unterführungen

Mit Mail vom 24. Januar 2017 hat Gökhan Karabas (Fraktion Olten/Junge SP Region Olten) folgenden zuhanden des Stadtrats folgende Motion eingereicht:

„Zur Attraktivierung der Unterführungen wird der Stadtrat wie folgt beauftragt:

1. Die Wegweiser und Beschilderungen der Unterführungen sind aus Sicht einer Person ohne Ortskenntnisse zu prüfen und wo nötig zu verbessern.
2. Am Trottoir-Ende beim „Winkel“ an der Unterführungsstrasse soll ein Fussgängerverbotsschild aufgestellt werden.

Begründung

Die Eingänge zu den Unterführungen und die Abzweigungen in den Unterführungen sind teilweise nicht oder unzureichend beschildert. Immer wieder kommt es vor, dass Ortsunkundige sich verirren, oder die Kantonsstrasse verbotenerweise zu Fuss überqueren. Für noch gefährlichere Abenteuer sorgt der plötzlich endende Fussgängerbereich auf der Südseite der Unterführung, wo immer wieder Ortsunkundige zu beobachten sind, die sich auf dem Radstreifen durch die Unterführung bewegen.“

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert beantwortet die Motion im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zur Form des Vorstosses:

Gemäss § 12 des Strassengesetzes des Kantons Solothurn (BGS 725.11) sind die Signalisierung und Markierung von Strassen sowie das Einrichten von Anlagen zur Verkehrsregelung Sache des jeweiligen Gemeinwesens, im konkreten Fall der Einwohnergemeinde Olten. Diese wird gemäss Art. 40 der Geschäftsordnung des Stadtrats von Olten (SRO 122) in allen städtischen Aufgaben, die nicht einem andern Organ übertragen sind, durch den Stadtrat vertreten. Somit kann der vorliegende Vorstoss vom Gemeindeparlament nicht als Motion, sondern lediglich in der Form eines Postulats behandelt werden.

Zum Inhalt des Vorstosses:

Trotz fehlender Fussgängerampel und fehlendem Fussgängerstreifen überqueren immer wieder einzelne zu Fuss Gehende die Postkreuzung. Der Stadtrat ist daher bereit, Massnahmen zu prüfen, insbesondere die Situation bei der Winkelunterführung zu überprüfen und den Eingang zur Unterführung zu verbessern. Deshalb empfiehlt er dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Gökhan Karabas: Ich danke und habe dem eigentlich nichts mehr beizufügen. Ich finde es gut, dass vorgeschlagen wird, dies so umzusetzen, und wüsste nicht viel mehr dazu zu sagen. Die Sache ist soweit klar. Danke.

Stadträtin Iris Schelbert: Es ist so, dass dies schon umgesetzt ist. Die Schilder stehen schon. Merci vielmals für das Aufmerksam machen. Aber jetzt einfach so wegen der Effizienz: Ein Telefon hat eigentlich so als erster Schritt auch gereicht. Du könntest Dir etwas Arbeit ersparen und wir auch. Aber es ist umgesetzt. Die Schilder stehen, und ich hoffe tatsächlich, dass jetzt weniger Leute über die Kreuzung marschieren. Das war jeweils wirklich sehr, sehr mutig. Ich habe dies auch beobachtet.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben unser Büro oberhalb der Winkelunterführung, und dann haben wir ab und zu Besuch. Sie kommen mit dem Zug und wollen bei der Aare vorbeigehen und fragen: Wie komme ich jetzt über diese Strasse? Dort ist es wirklich unübersichtlich. Wie kommt man dort vorbei? Es geht um Unterführungen, zum Beispiel bei der Winkelunterführung und auch bei anderen Unterführungen. Wir sind einstimmig dafür, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Immer wieder sieht man auswärtige Fussgängerinnen und Fussgänger, die auf dem Weg von der alten Brücke zurück in ihr Hotelzimmer über die Hauptstrasse und dann halt auf dem Veloweg gehen, weil es tatsächlich recht schwierig, den Eingang und Ausgang dieser Winkelunterführung zu finden. Deshalb ist es sehr gut, wenn man dies besser beschildert. Auch der Veloweg auf der westlichen Seite der von-Roll-Strasse ist recht gefährlich für falsch gehende Fussgängerinnen und Fussgänger. Schon in meiner Antwort auf die Interpellation zur Todesecke habe ich auf diese gefährliche Stelle hingewiesen, weil es unten eine recht unübersichtliche Kurve hat. Dort wäre es sicher gut, wenn oben bei der alten Aarauerstrasse ein Fussgängerungsverbot auf dem Velostreifen aufgemalt wird und unten, vor dieser kritischen Ecke, nochmals ein Velo aufgemalt wird, damit man einfach merkt: Achtung, dort kommen ab und zu recht schnell Velos. Ich finde es super, dass dieser Vorstoss eigentlich schon umgesetzt wurde. Deshalb überweisen wir das Postulat.

Franziska Erzinger, SVP-Fraktion: Wir würden vor allem an die Selbstverantwortung appellieren. Wir sind überzeugt, noch einmal mehr Schilder lösen das Problem noch nicht. Ich würde eher sagen, man könnte einen Blumentopf hinstellen, der den Weg allenfalls versperren würde. Es hat dort Ketten. Vorbei kommen diejenigen, die dies wollen und keinen anderen Weg sehen, ohnehin. Wir sind einfach wirklich grundsätzlich gegen noch mehr Beschilderungen oder halt eben allenfalls ein Blumentopf – der allerdings wieder etwas Arbeit gibt – oder so ein graues Element, das man auch auf den Autobahnen braucht, um die Fahrtrichtungen abzusperren, einfach etwas Heftiges, wo man wirklich nicht mehr drüber gehen kann.

Stadträtin Iris Schelbert: Franziska, ich verstehe ich Dich total und möchte auch an die Vernunft der Menschen appellieren. Aber da sehe ich im Bifang oben, wo es Ketten hat, eine

alte Dame mit zwei Einkaufstaschen über die Ketten klettern, um gerade über die Bifangkreuzung zu gehen. Ja, es gibt Sachen, die man einfach nicht verhindern kann. Ich hoffe jedesmal. Aufpassen.

Christian Werner: Einfach noch kurz zur Form: Das ist ja eine Motion, die hier eingereicht wurde. Der Form halber müsste der Motionär noch erklären, dass er mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist. Sonst muss man es ablehnen. Diese Erklärung hat er nicht gegeben. Von daher kann man es nicht als Postulat behandeln. Es ist eine Motion.

Gökhan Karabas ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Beschluss

Mit 40 : 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird die Motion als Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Öffentliche Sicherheit/Franco Giori (2)
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 59

Motion Arnold Uebelhart und Mitunterzeichnende (SP Olten): Beschriftung Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof Meisenhard

Am 26. Januar 2017 hat Arnold Uebelhart und Mitunterzeichnende (Fraktion SP Olten) die Motion betreffend «Friedhofreglement Art. 12, 1, f. Gemeinschaftsgräber» und «2, ... Auf dem Gemeinschaftsgrab dürfen keine Beschriftungen angebracht ... werden» eingereicht.

Begründung

Die Motion verlangt vom Stadtrat, dem Gemeindeparlament eine Reglementsänderung vorzulegen, die Namenstafelchen an einem geeigneten Ort im Bereiche der Gemeinschaftsgräber ermöglicht.

Als Begründung wird von den Motions-Unterzeichnenden angefügt: Aus eigener Anschauung, aber auch von Berichten anderer Personen, die an Abdankungen am Gemeinschaftsgrab teilgenommen haben, ergab sich die Empfindung, dass ganz ohne Namensbezeichnung der hier Begrabenen ein öffentliches Gedenken ausbleibt. *Stat rosa pristina nomine, nomina nuda tenemus* (die Rose von einst steht nur noch als Name, uns bleiben nur nackte Namen) schreibt Adson von Melk im Angesicht seines Todes in Umberto Ecos «Der Name der Rose», als Schlussworte.

Für die Einrichtung einer allfälligen Stele und auch die Herstellung der Namenstafelchen wäre zu prüfen, den Fonds 29110.24 (HRM 29 «Eigenkapital», 291 «Fonds») zu gebrauchen.

- - - - -

Stadträtin Iris Schelbert beantwortet die Motion im Namen des Stadtrats wie folgt:

Der Stadtrat ist bereit, die Beschriftungsmöglichkeit bei Bestattungen im Gemeinschaftsgrab umzusetzen. Deshalb empfiehlt er dem Gemeindeparlament, die Motion zu überweisen.

- - - - -

Dr. Arnold Uebelhart: Ich danke für die freundliche Aufnahme des Stadtrats dieses Anliegens. Es geht wie beim Vorstoss von Gökhan auch um Schildchen. Aber es soll eigentlich keinen Weg zeigen, sondern es ist ein Andenken an einen Weg, der einmal vorläufig zu Ende gehen. Unsere Christine von Arx – ich nehme gleich noch die Opposition ein – hat gesagt, sie sei hier vehement dagegen. Bei anonymen Gräbern habe es keine Namenstafelchen. Aber es ist ja kein anonymes Grab. Es gibt ja die sieben Möglichkeiten,

die wir in der Friedhofverordnung haben, und es ist ein Gemeinschaftsgrab. Ich bitte, der Überweisung zuzustimmen, und dann werden wir es sehen. Danke vielmals.

Stadträtin Iris Schelbert: Ja, dieses Anliegen nehmen wir gerne auf. Es ist tatsächlich so, dass unser Gemeinschaftsgrab ist ein sogenanntes Namenlosengrab ist. Das wollte man damals so. Wenn man jetzt gerne ins Gemeinschaftsgrab gehen und einen Namen zum Andenken haben möchte, nehmen wir dies sehr gerne auf. Es gibt hier ganz verschiedenste Ausgestaltungen von sehr aufwändig schön und auch poetisch bis zu praktisch. Es gibt hier wirklich alles. Wir werden etwas Schönes zur Umsetzung finden. Man kann sich dort immer noch anonym bestatten lassen. Es ist ja dann kein Zwang, dass man seinen Namen dort anbringt. Von daher würde ich sagen: Das ist dann wirklich allen Leuten Recht getan.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Ein absolut berechtigtes und zeitgemässes Anliegen verlangt Noldi mit seiner Motion. Wir stimmen zu und widmen auch dem Stadtrat ein Kränzchen. Genauso ist es richtig, wenn man sieht, dass ein Vorstoss zur Überweisung empfohlen werden kann. Einen Monat nach der Einreichung die Überweisung beantragen, und wenn sie eine Mehrheit findet, dann mit der Arbeit beginnen. Sollte sie abgelehnt werden, ist nichts in den Sand gesetzt. Das ist die Effizienz, die wir uns vom Stadtrat wünschen.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP: Auch unsere Fraktion unterstützt das Anliegen der vorliegenden Motion und überweist sie einstimmig. Die Möglichkeit einer Besetzung im Gemeinschaftsgrab mit Namensgebung ist eine sinnvolle Erweiterung der bereits bestehenden Bestattungsvarianten. Der Motionär schlägt für die Errichtung von Stelen und Tafelchen oder in welcher Form auch immer einen Fonds vor. Falls dieser Fonds dafür nicht tauglich ist oder nicht verwendet werden kann, müsste man dann wahrscheinlich, wie es bei den anderen Bestattungsmöglichkeiten ist, halt für dieses Tafelchen und die Beschriftung eine Gebühr verlangen. Selbstverständlich scheint uns natürlich auch, dass dann diese Tafelchen nicht auf ewig bleiben können, sondern einfach der allgemeinen Grabesruhe, die in unserem Friedhofreglement festgelegt ist, unterstehen. Aber im Grossen und Ganzen ist es eine gute Sache. Man sieht ja, dass der Friedhof immer wie leerer wird. Es hat immer weniger Erdbestattungen und Urnengräber, und man könnte sich ja dann in einem weiteren Schritt auch einmal vorstellen, dass man vielleicht eines dieser leeren Grabfelder auch zu einem Gemeinschaftsgrab macht, wo man die Urnen einzeln in den Boden versenken lassen kann und nicht so wie beim Gemeinschaftsgrab, das wir hinten auf der Motion haben, wo es auf diesem Feld ja nicht möglich ist. In diesem Sinne ist es aber eine gute Idee und sicher für viele eine gute Variante, weil es auch kostengünstiger als die anderen sein wird. Unser neues Friedhofreglement zeigt ja auch, dass unser Gebührentarif stark angehoben wurde. Ich glaube, das merkt man bei vielen Leuten einfach auch, dass sie dies nicht immer so toll finden.

Ernst Eggmann: Auch die SVP unterstützt das Anliegen von Arnold. Es ist oft ein diffiziles Thema, und darum wollen wir Dir, Arnold, auch danken, dass Du dies angesprochen hast. Es geht um das Nichtvergessen werden. Es ist ja nicht so, dass, wer sich kremieren lässt, automatisch ganz vergessen werden will, in die Anonymität versinken möchte. Es ist auch nicht so, dass er, wenn er im Gemeinschaftsgrab ist, er oder die Angehörigen möchten, dass man diese Person ganz vergisst. Deshalb ist dieses Anliegen richtig, wie es auch schon gesagt wurde. Es ist richtig zeitgemäss, dass man auch hier diese Möglichkeit gibt, für den Verstorbenen, der dies wünscht, oder für die Hinterbliebenen, dass man die Möglichkeit hat, ein Tafelchen zu machen, damit diese Person nicht ganz vergessen geht. In diesem Sinne tragen wir dieses Anliegen voll und ganz mit, unterstützen dies und möchten Euch auch bitten, dies zu unterstützen.

Beschluss

Einstimmig wird Überweisung beschlossen.

Mitteilung an:
Stadtschreiber/Markus Dietler
Direktion Öffentliche Sicherheit/Franco Giori (2)
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 60

Postulat Eugen Kiener (SP/Junge SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Lärmschutz aus Glas an der südlichen Bahnhofausfahrt/Beantwortung

Am 23. Juni 2016 haben Eugen Kiener namens der Fraktion SP und Junge SP und Mitunterzeichnende ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, ob die westlichen Lärmschutzwände entlang der Bahngeleise im Bereich der Unterführungsstrasse und der Bahnhofstrasse durch Wände aus durchsichtigem Glas ersetzt werden können.

Begründung

Aus allen Zügen der Bahnlinien Basel-Luzern, Zürich-Bern und Basel-Bern könnten die Passagiere einen kurzen Blick auf unsere Altstadt erhaschen. Doch Lärmschutzwände aus Beton verunmöglichen dies. Würden die Betonwände im Bereich der Unterführungsstrasse und der Bahnhofstrasse durch Glaswände ersetzt, wäre dies eine willkommene Werbung für unsere Stadt.



Aktuelle Situation an der Bahnhofstrasse (links) und an der Unterführungsstrasse.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Die bestehenden Lärmschutzwände entlang der Tannwaldstrasse und Bahnhofstrasse wurden überwiegend im Zuge der ordentlichen, landesweiten Lärmsanierungsmassnahmen, gestützt auf die Plangenehmigungen des Bundesamtes für Verkehr vom 13.06.2002 und 09.06.2005 durch die SBB erstellt. Vorbestanden waren die Lärmschutzbaute entlang der Überdachung von Gleis 12 (Bahnhof Ost) und die in Zusammenhang mit dem Doppelspurausbau Olten - Olten Hammer errichtete, 2,85 m hohe Lärmschutzwand ausw Beton-Elementen entlang der Bahnhofstrasse (Abschnitt Winkel/Unterführungsstrasse, s. Postulat linkes Foto). Die daran anschliessende 2.00 m hohe Wand entlang der Gäubahnlinie und die Glas- und Betonwände entlang der Tannwaldstrasse wurden im besagten ordentlichen Verfahren errichtet. Im Zuge dessen hatte sich die Stadt mittels Stellungnahmen und einer Einsprache mitunter für gestalterische Anliegen eingesetzt.

Die Lärmsanierungen der Bahn basieren auf den Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes und der eidgenössischen Lärmschutzverordnung. Im Sinne eines Ausführungsgesetzes und zur Erstreckung der Sanierungsfrist wurde am 24.03.2000 das Bundesgesetz über die Lärmsanierung der Eisenbahnen (BGLE) erlassen. Die Sanierung der Bahn wurde neu auf Ende 2015 befristet. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgte die Finanzierung über den am 29.11.1998 vom Volk genehmigten Fonds zur Modernisierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FinöV). Seit Ablauf der Frist müssen zusätzliche oder neue Sanierungsmassnahmen nach dem USG verursachergerecht finanziert werden.

Für die Umsetzung des ordentlichen Lärmsanierungsprogramms waren die SBB zuständig, das BAV Genehmigungsinstanz im eisenbahnrechtlichen Verfahren. Aus finanziellen Gründen und zum Erreichen der gesetzlichen Sanierungsziele verhielten sich die SBB sehr restriktiv gegenüber Änderungsanträgen der Kantone, Gemeinden und Privaten.

Im ordentlichen Verfahren verbauten die SBB Lärmschutzwände in der Regel aus 2 m hohen Stahlprofilen und dazwischen eingeschobenen, senkrechtstehenden, schallabsorbierenden Wandelementen von 4 m Länge. Glaswände wurden nur in begründeten Ausnahmen eingesetzt, weil Glas den Schall annähernd vollständig reflektiert, was zusätzliche Sanierungsbedarfe auf der gegenüberliegenden Seite verursachen kann. Glaswände sind überdies mit erhöhten Erstellungs- und Unterhaltskosten verbunden. Um die Interessen des Orts-, Natur- und Landschaftsschutzes zu wahren, wurden bei der Projektierung namentlich das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) und das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (BLN) sowie entsprechende kantonale und kommunale Verzeichnisse konsultiert – bezogen auf den Einsatz von Glaswänden die Schutzzonen gemäss kommunalem Zonenplan. Diese Kriterien sind in der Lärmschutzverordnung verankert und gelten auch bei künftigen Sanierungen.

Im Umfeld des innerstädtischen Gleiskorridors bestehen keine Schutzzonen. Die Altstadt ist von den Lärmschutzwänden optisch nicht tangiert, ein Umgebungsschutz kann nicht geltend gemacht werden. Das Siedlungs- und Landschaftsbild für den Bahnreisenden ist für die SBB und gemäss Gesetzesgrundlagen kein Kriterium. Die Bahnhofquartiere auf der rechten Aareseite sind im ISOS als bedeutend, aber nicht besonders qualitativ oder erhaltenswert charakterisiert (Kategorie C). Die Häuserzeile an der Tannwaldstrasse ist als „Quartier mit bescheidenen Stilmerkmalen“ der Kategorie B zugeteilt. Mit Rücksicht auf die exponierte Situation wurden hier dennoch Glaselemente eingesetzt.





Die Lärmschutzwände an der Unterführungsstrasse und in der Bahnhofstrasse sind keine optische Bereicherung. Es liegen aber keine objektiven Gründe für eine Beeinträchtigung des Ortsbildes vor. Ein ästhetisch motivierter Ersatz durch Glaswände ginge vollumfänglich zulasten der Einwohnergemeinde. Die Kosten für die in den Jahren 2002-2005 durchgeführte ordentliche Sanierung wurden auf 4,4 Mio. CHF veranschlagt. Für die Umrüstung auf Glas müssen die Wände inkl. Foundation und Trägern vollständig ersetzt werden. Gemäss Postulat wären total 203 m Länge zu ersetzen, mit Kosten in der Grössenordnung von 1 Mio. CHF.

In einem ersten Schritt müssen bei einer Überweisung ein Lärmgutachten und Vorprojekt erstellt werden (Kosten rund 20'000 CHF). Eigentümerin und Bewilligungsinstanz sind die SBB, Genehmigungsinstanz das Bundesamt für Verkehr im eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren (Art. 18 EBG).

Zur weiteren Abklärung empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -
Parlamentspräsident Matthias Borner: Hier war ich etwas verwirrt, weil auf der Traktandenliste Postulat SP/Junge SP steht, und hier steht Postulat Eugen Kiener. Ich gebe vorsichtshalber das Wort einmal Eugen Kiener, und er kann dies kurz klarstellen. Merci.

Eugen Kiener: Vielleicht habe ich es nicht so klar formuliert. Aber es ist ein SP-Postulat, das ich vorbereitet habe. Dem Stadtrat besten Dank für die Beantwortung dieses kleinen Postulats und die Empfehlung, dieses zu überweisen. In der Antwort geht der Stadtrat eigentlich nicht direkt auf das Anliegen ein. Es geht ja um den touristischen Aspekt einer durchsichtigen Wand. Er geht auch nicht auf die Schönheit von vorbeifahrenden Zügen ein, was für viele Leute durchaus auch ein Aspekt wäre. Dafür gibt es interessante Ausführungen zum Lärmschutz, zur Schönheit von Betonelementen und zu den Kosten. Die Kosten sind tatsächlich höher, als ich mir dies vorgestellt habe, als ich diese Anregung fraktionsintern gemacht habe. Allerdings ist dies vielleicht eben auch die Folge davon, dass es vielleicht nicht ganz präzise formuliert ist. Man muss aus dem Gesamten schliessen. Das Anliegen ist, dass man beim Blick aus dem Zug auch einen Moment unsere Altstadt sehen kann. Das ist nur möglich, wenn es im Bereich, wo die Bahn über die Unterführungsstrasse geht, und dort, wo die Bahnhofstrasse die Fortsetzung der alten Aarau-Strasse bildet, durchsichtige Wände hat. Es geht mir nicht darum, dass auf der ganzen Westseite dem Winkel entlang durchsichtig gemacht wird. Beschränkt man die Glaswand auf diese zwei Strassen, gibt es nur noch 50 Meter. Wenn man eine andere Bauseite, also eine günstige Situation, wenn es sonst schon gebaut wird, und eine günstige Variante findet, ist dies sicher irgendwie machbar. Ich bin überzeugt, dass es dann eine Postkartenansicht unserer Stadt gibt, eine wunderbare Price-Per-View-Rate. Für diejenigen Zugfahrerinnen und Zugfahrer, die ununterbrochen ins Tablet oder ins Handy schauen, kann dann Olten Tourismus das gleiche Bild ins Internet aufschalten. In diesem Sinne freue ich mich, wenn Ihr dieses Postulat unterstützt und überweist.

Christian Ginsig, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Diese Idee scheint aus erster Sicht sicher positiv. Es gibt aber eigentlich vier klare Gründe, die gegen dieses Ansinnen sprechen. Man muss aus dem ersten Punkt sehen, dass es um die lärmtechnischen Wirkungsgrade von Glaswänden geht. Diese Lärmschutzwände sind nicht ohne Grund aus porösem Betonmaterial. Bei Glaswänden reflektiert dies entsprechend der Schall und trägt dies mitten in der Stadt über diese Glaswände hinaus, was von den Leuten, die vor Ort sind, sicher nicht positiv eingeschätzt wird, wenn erhöhte Lärmimmissionen in einem Kernnetz des Bahnhofs Olten vorhanden sind. Zweitens darf man nicht unterschätzen, dass Glaswände auch eine sogenannte Blendwirkung haben. Wenn man bei der Unterführungsstrasse schaut, hat man dort gerade von Westen her die Abendsonne, die dann natürlich auch die Autofahrer blenden kann. Man weiss aus Erfahrungen, dass dies zu Störeffekten führen kann. Das Dritte, und das ist auch ein Punkt, den man nicht unterschätzen darf, ist der Tierschutz. Solche Glaswände werden erfahrungsgemäss von Vögeln nicht als Barriere erkannt, und sie fliegen entsprechend hinein. Das Vierte und Letzte, das klar dagegenspricht, ist, dass diese Glaswände einen ungenügenden Selbstreinigungsgrad haben. Sie müssen laufen gereinigt werden. Wenn dies nicht gemacht wird, verschmutzen sie. Die Leute, welche die Wand beim Altersheim Rüttigen kennen, wissen, dass sie trüb milchig geworden ist. Der letzte Punkt ist, dass sich Glaswände halt leider auch für Graffiti, Sprayereien eignen, und dementsprechend ist dies auch ein Anziehungspunkt. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat sich aus diesem Grunde entschlossen, auf dieses Postulat nicht einzutreten und sieht es nicht als sinnvoll an, dass hier rund 1 Million Franken verbaut werden sollten.

Raphael Schär: Die Grüne Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrates und wird das Postulat zur weiteren Abklärung überweisen. Wir finden diesen Vorschlag gut, um die Sichtbarkeit der Stadt für Durchreisende zu erhöhen. So hört man in der Schweiz vielleicht

auch weniger: Olten, ah, dort kenne ich nur den Bahnhof. Ergänzend wollen wir noch ein paar Anstösse für die Abklärungen mitgeben, sofern es dann überweisen wird. Wieviel Prozent der Baukosten sind nach diesen 12 bis 15 Jahren bereits abgeschrieben? Wäre die SBB allenfalls bereit, sich in diesem Rahmen zu beteiligen? Lässt sich der Ersatz etappieren? Zuerst der wichtige angesprochene Teil, wo man die Altstadt sieht, und allenfalls später die Betonelemente entlang der Tannwaldstrasse? Könnte man diese Elemente weiterverkaufen und so die Gesamt- und Entsorgungskosten reduzieren? Zuletzt unterstütze ich den Vorredner, dass man natürlich darauf schauen sollte, dass die Vögel diese Wände klar erkennen. Aber da gibt es Massnahmen, um dies zu machen, genauso wie man es vielleicht anwinkeln könnte, damit es nicht blendet.

Ernst Eggmann, SVP-Fraktion: Die Silhouette der Altstadt ist garantiert sehr reizvoll und wirklich ein schöner Anblick. Kein Wunder, dass der Postulant diese Altstadtansicht auch so hervorhebt und sie etwas besser zur Geltung bringen will, damit die Fahrgäste diese Silhouette besser wahrnehmen könnten. Fakt ist aber, dass durch die verlängerte Öffnung dieser Wand der Blick auf die Altstadt um ein paar Bruchteile einer Sekunde verlängert, weil je nachdem, wie schnell sie durchfahren, nehmen sie es nicht einmal wahr, dass es länger war. Das wäre ganz sicher zu wenig lang, um ein Bedürfnis zu generieren, nachher in diese Stadt einzukehren. Als ehemaliger Inhaber einer Druckerei und Werbeprofi weiss ich, dass der Erfolg einer Werbeaktion vom Streuverlust abhängt. Hier wäre der Streuverlust enorm hoch. Der Aufwand von 1 Million steht ganz sicher in keinem Verhältnis zum Resultat. Wie auch schon der Vorredner der EVP gesagt hat, können Schallschutzwände eines gut: Sie schlucken den Schall. Glas dagegen fehlt diese Eigenschaft total. Das Resultat wäre in der gesamten Umgebung ein weitaus höherer Schallpegel, weil das Glas eben den Schall ungehindert zurückschleudert und das x-fach. Einsprachen der Betroffenen wären uns sicher. Ebenfalls noch als Tontechniker, der ich auch schon einmal war – ich habe eben schon ein langes Leben hinter mir – weiss ich sehr genau, wovon ich rede, wenn es um Schallrückkopplungen geht. Einen Schallpegel zu reduzieren ist in sich schon eine sehr knifflige Angelegenheit. Aber Glas ist wirklich gar nicht geeignet. Eine klare Glaswand an dieser Stelle birgt auch die Gefahr – Ihr habt es auch schon gehört – Vögel, die gegen diese Glasscheiben fliegen. Ich möchte dort kein Massengrab für die Vögel, also sicher nicht. Glas muss auch häufig gereinigt werden. Auch das kostet Geld, was zur Million hinzugerechnet werden muss. Stellt Euch einmal vor, wieviel Kaffee, Döners oder Menüs in der Stadt dadurch mehr gekauft werden müssen, damit man von deren Steuern dies nachher bezahlen könnte. Ich glaube nicht, dass man dies schaffen würde. Aber vielleicht kann dies Deny Sonderegger dann besser beantworten. Es gibt aber eine Variante, wo wir meinen, dass sie denkbar wäre. Man könnte die Altstadtsilhouette auf eine Stoffbahn drucken und sie dort aufhängen. Das würde den Schallpegel höchstens positiv verändern und hätte wahrscheinlich die gleiche Wirkung. Deny, vielleicht nimmst Du als Olten Tourismus-Chef diese Idee einmal auf. Die Idee, die Schallschutzwände mit Glaswänden zu ersetzen, findet bei uns keinen Anklang. Deshalb sind wir einstimmig gegen die Überweisung, aber für Abschreibung.

David Tschan, FdP-Fraktion: Ich kann es relativ kurz machen. Ich zeige einmal die Pro-Seite dieses Vorschlags, dieses Postulats auf, und die Pro-Seite ist: Man gewinnt beim Durchfahren höchstens fünf Sekunden Sicht auf die Altstadt, beim Einfahren der Züge, wo sowieso die meisten, wie wir es vorher schon gehört haben, auf das Smartphone schauen. Das ist die Pro-Seite. Die Kontra-Seite sind 1 Million Kosten für 200 Meter. Der dritte Punkt: Kosten/Nutzen nicht gegeben. Wir lehnen es ab.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach noch etwas zu Ernst sagen. Du hast gesagt, es seien Mikrosekunden. Die Durchfahrtsgeschwindigkeit ist 90 Kilometer. Das ergibt bei 25 Metern eine Sekunde. Wenn ein Pendler 200 Tage durchfährt, ergibt dies 400 Sekunden pro Jahr. Das ergibt durchaus eine Zeit, die auch aus werbetechnischen Gründen attraktiv sein könnte.

Muriel Strub: Die Idee finde ich sympathisch. Aber wir haben die Gründe, die dagegensprechen und deshalb schon überwiegen, gehört. Da ich mich vorher beim Ländiweg nicht geäussert habe, möchte ich jetzt doch auch noch etwas sagen. Noch sympathischer wäre es, wenn man eigentlich nicht so viel Negatives über unsere Stadt sagen oder schreiben würde, weil ich glaube, die Sache im Blick, wie gefährlich es in Olten ist, geht für den Tourismus und das Ansehen von Olten eigentlich viel mehr kaputt, als man hier jetzt mit einer teuren Massnahme wiedergutmachen kann. Berichten wir doch lieber das Positive über Olten, damit dies mehr in der Presse kommt und haben wir auch etwas mehr Vertrauen, sei es in die Kantonspolizei oder in den Stadtrat. Das würde ich noch viel sympathischer finden.

Deny Sonderegger: Ich habe ja nicht gewusst, dass wir heute Abend an einem Tourismus-Symposium sind. Aber es freut mich, dass sich in Olten so viele für den Tourismus interessieren. Ich finde den Input gut und nehme dies auf. Bezüglich meiner persönlichen Haltung kann ich mich den Vorrednern anschliessen. Ich glaube, Kosten/Nutzen ist in einem geringen Masse.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vielleicht bekommen wir ja diesen Prüfungsauftrag, vielleicht auch nicht. Dann prüfen wir auch nicht. Ein Argument, das es im Stadtrat noch gab, wieso wir für die Prüfung waren, ist nicht nur die Durchfahrt einer Sekunde oder wie viel, sondern wenn Ihr die Bildchen anschaut – deshalb haben wir sie reingestellt – sind sie vielleicht nicht so schön farbig, wird das Stadtbild natürlich zerschnitten. Wenn Ihr zum Beispiel von Dulliken herkommt, seht Ihr an eine Betonwand. Einfach städtebaulich: Das Erscheinungsbild der Stadt ist auch noch etwas, nicht nur der Blickwinkel der durchfahrenden SBB-Kunden.

Eugen Kiener: Ich möchte doch noch einmal etwas für mein Anliegen plädieren. Ich merke, es sind einfach vorgemachte Fraktionsmeinungen. Bei der Antwort habe ich gesagt, das sei nicht gut verstanden worden. Es geht mir vor allem um den Bereich der Unterführungsstrasse. Soviel ich weiss, ist sie nicht 200 Meter breit. Dann könnte man dies auch mit massiv geringeren Kosten realisieren. Ich bitte Euch, diese Sache doch noch einmal zu überdenken und zur Prüfung weiterzugeben.

Beschluss

Mit 20 : 25 Stimmen wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an
Stadtplanung/Lorenz Schmid
Baudirektion/ Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 61

Interpellation Ernst Eggmann (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklung der Buslinie 504/Beantwortung

Dass der Stadtplaner höchstpersönlich eingesteht, die Vision über das Quartier „Olten Süd-West“ müsse angepasst werden, man sei zu optimistisch an die Sache herangegangen, lässt aufhorchen!

Nach einem Jahr Buslinie 504 ist darum eine Standortbestimmung zwingend angebracht. Nur dies ermöglicht dem Parlament eine realitätsnahe zukünftige Einschätzung der Entwicklung des Quartiers Olten Süd-West und der damit generierenden nötigen Massnahmen.

Bitte für Schöngrund und Olten Süd-West jeweils immer getrennt ausweisen.

1. Frage
Mit welcher Auslastung der Linie 504 wurden damals prognostiziert?
2. Frage
Wie präsentiert sich die Linie 504 heute in absoluten Zahlen?
3. Frage
Wie präsentiert sich der Vergleich zu Budget und tatsächlichen Kosten heute? Weiss man, wo der Break-Even-Point der Linie 504 liegt?
4. Frage
Wie sehen die detaillierten Statistiken aus, welche Ziele die Fahrgäste wann bevorzugt anfahren?
5. Frage
Sollte die 2. Bauetappe realisiert werden, mit welchen Mehraufwendungen sind für die Linien 504 zu rechnen? Gibt es mehr Haltestellen in Olten Süd-West?

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

1. Grundsätzliches

Das Gemeindeparlament hat am 25. Juni 2015 einen zweijährigen Versuchsbetrieb für eine Buserschliessung Olten SüdWest mit jährlichen Kosten von rund 300'000 Franken mit 36:1 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt. Die Buserschliessung ist Teil des Mobilitätskonzeptes, mit dem die in den Sonderbauvorschriften gesetzten Mobilitätsziele erreicht werden sollen. Im Mobilitätskonzept wird die Massnahme wie folgt beschrieben:

„Eine neue Busachse durch das Quartier mit – im Endausbau – drei neuen Haltestellen (in der 1. Etappe nur bis zur Haltestelle am Baufeld 4) erschliesst Olten SüdWest optimal mit dem ÖV und bindet es an das Stadtzentrum an. Es soll mindestens ein 30-Minuten-Takt angeboten und ein Viertelstundentakt als langfristiges Ziel angestrebt werden. Attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr fördern dessen Nutzung und tragen dazu bei, Autofahrten zu verlagern.“ Für die Umsetzung wurde festgelegt, dass zum Zeitpunkt des Bezuges im Baufeld 4 eine Stadtbuslinie im 30-Minuten-Takt eingerichtet werde, so dass bereits den Bewohnern des Baufelds 4 eine Buserschliessung angeboten werde.

Die neue Stadtbus-Linie führt seit Dezember 2015 während der Hauptverkehrszeit (HVZ) im 20-Minuten-Takt vom Bahnhof via Innenstadt über die Mühlegasse und Schützenmatte ins Südwest-Quartier. In der Nebenverkehrszeit (NVZ) fährt der Bus alternierend einmal pro Stunde die Schlaufe Bahnhof Olten – Innenstadt – Schöngrund – Innenstadt – Bahnhof und zweimal auf der Hauptlinie ins Südwest-Quartier.

Die neue Linie ist Montag bis Samstag seit gut einem Jahr in Betrieb. Ein abschliessendes Urteil ist somit noch verfrüht; die Zahlen des ersten Jahres liegen indessen deutlich unter den Erwartungen: Transportiert wurden 58'745 Fahrgäste (HVZ: 34'542, NVZ: 24'209); erwartet wurden rund 100'000 Fahrgäste. Erfüllt werden die Erwartungen in der HVZ am Morgen und am Abend, wo wie erwartet ein grosser Teil der Pendlerinnen und Pendler das Busangebot nutzt und sich der Einsatz von Normalbussen bewährt. In der NVZ ist die ÖV-Nutzung jedoch – zurückzuführen vermutlich auf den spezifischen Bevölkerungsmix mit nur sehr wenigen Familien und darauf, dass sich eine Mehrzahl der Bewohnerinnen und Bewohner tagsüber auswärts aufhalten – deutlich unter den Erwartungen geblieben. Die eingesetzten Kleinbusse weisen entsprechend eine geringe Belegung auf. Nicht unerwartet ist auch die Nutzung der „Schöngrundschlaufe“ ungenügend. Aus zeitlichen Gründen kann auf einer 20-Minuten-Fahrt mit der Linie 504 aber kein grösseres Gebiet im Schöngrund erschlossen werden.

Die BOGG AG hat im vergangenen Jahr mit Marketingaktionen, einmal entlang der Linie 504 und zweimal in Olten SüdWest, auf das Busangebot aufmerksam gemacht, um Fahrgäste zu gewinnen. Sie hat angekündigt, auch im zweiten Betriebsjahr Anstrengungen zu unternehmen, um die Fahrgastzahlen zu verbessern. Die anvisierten 100'000 Fahrgäste dürften aber mit dem aktuellen Wohnungs- und Arbeitsplatzmix nicht erreicht werden.

Um einen genügenden Kostendeckungsgrad zu erreichen, müsste das Angebot reduziert werden, etwa durch ein Angebot nur noch in der HVZ oder durch eine Taktverkürzung und damit Kostenreduktion. Im Rahmen des neuen Buskonzepts OGG visiert der Stadtrat zusammen mit den kantonalen Behörden indessen eine neue Lösung ab, welche eine vorübergehende Erschliessung von Olten Südwest ohne Mehrkosten und ohne Kosten für die Stadt Olten ermöglicht: Die Linienführung der aus dem Gäu kommenden Linie 511 soll so geändert werden, dass der Bus über Kleinwangen – ERO – Olten SüdWest – Bahnhof Olten geführt wird und so auch für Olten SüdWest Fernverkehrsanschlüsse am Bahnhof sicherstellt. Diese Möglichkeit wird durch Änderungen der Buserschliessung im Gäu erreicht und stand im Jahr 2015, als das Angebot der Linie 504 diskutiert wurde, noch nicht zu Verfügung. Wermutstropfen bei der neuen Lösung: Die Verbindung nach Olten SüdWest würde vom 20-Minuten-Takt auf einen Halbstundentakt reduziert. Und für die ÖV-Erschliessung des Schöngrundquartiers würde kein Angebot mehr bestehen.

Spätestens wenn die nächste Etappe von Olten Südwest gebaut ist, muss die Buserschliessung jedoch neu überprüft werden. Die Lösung mit der Linie 511 dürfte dann von den Transportkapazitäten nicht mehr genügen.

2. Zu den einzelnen Fragen

1. *Mit welcher Auslastung der Linie 504 wurden damals prognostiziert?*

Das begleitende Planungsbüro 3B hatte auf Grund vergleichbarer Projekte die durchschnittlichen Fahrgastzahlen für Olten SüdWest pro Fahrt geschätzt. Es wurde angenommen, dass

- 750 Personen die Wohnungen der ersten Etappe bewohnen (Ende April 2017 waren jedoch nur 460 Personen bei der Einwohnerkontrolle angemeldet, was die «schlechten» ÖV-Nutzungszahlen relativiert!);
- davon 550 Personen erwerbstätig sind;
- 65% der Erwerbstätigen und 50% der nicht Erwerbstätigen für ihre Fahrten den PW benutzen.
- 15% der Erwerbs- und nicht Erwerbstätigen den ÖV benutzen;
- die restlichen Personen das Velo benutzen oder zu Fuss unterwegs sind;
- pro Kurs ab Olten SüdWest im Durchschnitt 4.1 Personen den ÖV benutzen, Da viele der 550 Erwerbstätigen pendeln, wurden Morgen- und Abend-Spitzen erwartet, welche die Kapazität eines Kleinbusses mit 14 Plätzen sprengen: In Spitzenzeiten wurden 20 bis 30 Personen ab Olten SüdWest erwartet; auch für diesen Fall galt es vorbereitet zu sein.
- Die BOGG AG erwartete aus dem Gebiet Schöngrund und zwischen Olten Bahnhof – Baslerstrasse und Schützenmatte insgesamt über alle Kurse eine zusätzliche Belegung von 3.4 Personen.
- Insgesamt über alle Kurse ging die BOGG AG von einer durchschnittlichen Belegung von 7.5 Personen aus.

Damit der Kanton sich nach einem Versuchsbetrieb an den Kosten beteiligt, ist ein minimaler Kostendeckungsgrad von 20% erforderlich. Mit der neuen Linie erreicht werden sollte aber ein Kostendeckungsgrad von 30%. Die BOGG AG ging davon aus, dass bis zum Ende des Versuchsbetriebs ein Kostendeckungsgrad von 30% knapp erreicht würde.

2. *Wie präsentiert sich die Linie 504 heute in absoluten Zahlen?*

In Richtung Bahnhof benutzten im ersten Betriebsjahr in den Hauptverkehrszeiten im Durchschnitt 4.6 Personen pro Fahrt die OSW-Linie, in Richtung OSW durchschnittlich 2.7 Personen. Pro Tag stiegen durchschnittlich 72 Personen in OSW ein und 81 Personen am Bahnhof aus, in umgekehrter Richtung 42 Personen am Bahnhof ein und 40 Personen in OSW aus.

In den Nebenverkehrszeiten lagen die Zahlen markant tiefer: In Richtung Bahnhof benutzten im ersten Betriebsjahr im Durchschnitt 2.1 Personen pro Fahrt die OSW-Linie, in Richtung OSW durchschnittlich 1.2 Personen. Pro Tag stiegen durchschnittlich 25 Personen in OSW ein und 26 Personen am Bahnhof aus, in umgekehrter Richtung 14 Personen am Bahnhof ein und 13 Personen in OSW aus.

Wie die Detailzahlen in der Beilage zeigen, wird die Linie nicht nur für die Verbindung OSW-Bahnhof genutzt, sondern auch für Fahrten in der Innenstadt, wo sie sich mit andern Linien überlagert.

3. Wie präsentiert sich der Vergleich zu Budget und tatsächlichen Kosten heute? Weiss man, wo der Break-Even-Point der Linie 504 liegt?

Ein Break-Even-Point, das heisst eine Kostendeckung von 100% ohne staatliche Subvention, ist in diesem Zusammenhang kein Thema. Massgebend ist wie erwähnt ein minimaler Kostendeckungsgrad von 20%, damit der Kanton sich nach einem Versuchsbetrieb an den Kosten beteiligt. Angestrebt wurden 30% in der Annahme einer durchmischten Quartierbevölkerung und einer raschen vollständigen Vermietung der 420 Wohnungen der ersten Etappe. Wie erwähnt sind jedoch derzeit laut Einwohnerkontrolle nur 460 Personen statt der erwarteten 750 angemeldet. Aktuell liegt der Kostendeckungsgrad bei rund 11,25%. Seit Jahresbeginn lagen die Fahrgastzahlen – zurückzuführen vermutlich auf die kalte und nasse Witterung Anfang Jahr – etwas höher (Spitzenwert 7335 Fahrgäste im Januar 2017); der Kostendeckungsgrad wird sich dadurch im zweiten Betriebsjahr voraussichtlich leicht verbessern.

4. Wie sehen die detaillierten Statistiken aus, welche Ziele die Fahrgäste wann bevorzugt anfahren?

Die detaillierten Zahlen können den Beilagen entnommen werden.

5. Sollte die 2. Bauetappe realisiert werden, mit welchen Mehraufwendungen sind für die Linien 504 zu rechnen? Gibt es mehr Haltestellen in Olten Süd-West?

Da eine 2. Bauetappe weder umfangmässig noch zeitlich konkretisiert ist, können zu dieser Frage noch keine Antworten gegeben werden. Wie aufgezeigt, wird derzeit eine kostenneutrale Lösung mit der Linie 511 ins Auge gefasst. Je nach Weiterentwicklung muss diese in einer späteren Phase wieder ersetzt werden, dürfte sich aber auch die Ausgangslage punkto potenzielle Busnutzerinnen und Busnutzer und damit auch punkto erreichbare Kostendeckung verändern.

- - - - -

Ernst Eggmann: Danke für die Beantwortung dieser Interpellation und die Lieferung der detaillierten Zahlen. Die jetzt vorgelegten Zahlen sind, wie von den Skeptikern erwartet, unterirdisch. Daran ändert auch die neuste Erhebung nichts. Der minimale Deckungsgrad wird verfehlt. Es hat einfach zu wenig Fahrgäste. Selbst wenn wir positiv sein wollen, nützt alles nichts. Massgebend wird sein, was der Kanton dann glaubt, in diesen Zahlen zu sehen, ob die 20 % Deckungsgrad erreicht sind oder nicht. Es ist noch lange nicht gesichert, ob er diese Linie auch übernehmen wird. Gut, wenn man für diesen Fall einen ausgearbeiteten Plan B bereithalten würde. Ich habe vor diesem möglichen Szenario gewarnt. Es steht im Protokoll. Ich hatte eine Rechnung von einem Aufwand pro Person pro Jahr von zirka Fr. 4'000.--, die man in die Linie 504 „hineinbuttert“. Aktuell sind es gar Fr. 4'166.— pro Person. Fr. 300'000.—: 72 Personen ergibt diese Zahl. Das ist eine Punktlandung. Das habe ich aufgrund der Zahlen, die das Büro 3B geliefert hat, so errechnet. Es geht in erster Linie nur um diese 72 Personen aus Olten SüdWest, denn ihretwegen haben wir diese Linie ins Leben gerufen. Wir schenken ihnen also quasi ein GA. Dies nur so am Rande. Bemerkenswert ist, dass ich mit dieser Studie des Planungsbüros 3B die heutigen Zahlen

bereits errechnen konnte, die BOGG hat dann aber ihrer eigenen Euphorie geglaubt und uns sogar 30 % vorgeschwärmt. Man könnte fast boshaft sein und sagen: Die BOGG hat unlauter gehandelt. Die Prognosen des Büros 3B waren sogar sehr genau. Heute leben inklusive 24 Kinder 460 Personen in Olten SüdWest. 15 % davon, 69, benutzen gemäss der Studie den Bus. In Tat und Wahrheit sind es 72. Ihr seht also, dass die Zahlen der 3 B sehr, sehr genau waren. Ich hege begründeten Verdacht, dass die absolut sicher prognostizierte Übernahme durch den Kanton fraglich ist. Das wäre ein Desaster. Angebot und Nachfrage stimmen zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht überein. Welche Konsequenzen sind jetzt für das laufende Jahr noch möglich? Man will offensichtlich die ganzen Fr. 300'000.— aus dem Fenster werfen und erst dann eine andere Lösung installieren. Ich meinte, eigentlich wäre die BOGG in der Pflicht, Sofortmassnahmen zu treffen, sodass der Verlust eingeschränkt wird und womöglich noch etwa Fr. 100'000.— gerettet werden könnten. Sie waren ja schliesslich auch diejenigen, die uns Sand in die Augen gestreut haben und nachher ein Ja herausgekitzelt wurde. Es kommt dazu, dass die überflüssigen Leerfahrten unnötig die Luft verpesten. Da frage ich mich dann schon, Ihr Grünen und grün Denkenden: Wo bleibt Ihr eigentlich? Stört Euch dies denn nicht? Mich stört dies sehr. Die Testphase unverändert aufrecht zu erhalten, finde ich nicht sinnvoll, sondern einfach nur schlecht. Ich würde es begrüssen, wenn man zum Beispiel im Schöngrund die Linie ausweiten würde, beispielsweise beide Altersheime anfährt und dafür die Leerfahrten in Olten SüdWest massiv reduzieren würde.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Auch Dir, Ernst, herzlichen Dank für die Fragen. An und für sich ist es das Controlling, das man ohnehin machen muss, wenn man einen Testversuch macht. Wir haben ja im Parlament diesen zweijährigen Versuch in diesem Sinne auch gebilligt. Ich kann mich auch an die Diskussion, die wir über die Linienführung geführt haben, erinnern. Welches ist die beste? Wir haben ja zwei Parlamentssitzungen braucht, um herauszufinden, was es braucht und was Olten SüdWest tatsächlich die beste Anbindung bringt. Ich glaube, seinerzeit war dort auch eine grosse Mehrheit der Meinung, dass man Olten SüdWest anbinden muss. Das hatte ja dann auch ganz verschiedene Gründe, weil wir einerseits durch die ganzen Genehmigungen von Gestaltungsplänen und Mobilitätsplänen auch eine Anbindung machen mussten. In welcher Art und Dichte ist politisch festzulegen. Wir haben aber auch gespürt und gemerkt, dass dort mit diesem Quartier zusätzlich eine relativ grosse Belastung auf die Knoten der ERO erfolgt und damit die Umlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖV schlussendlich auch sinnvoll ist, um die Knoten, die schon jetzt recht belastet sind, auch aufrecht erhalten zu können bzw. den Fluss aufrecht zu erhalten. Es ist so, und diese Fragen sind auch berechtigt. Unser Controlling und die Abklärungen haben auch ergeben, dass die Auslastung nicht so ist, dass man sagen kann: Hier kann man jetzt einfach „Augen zu und durch“ anwenden, sondern man muss dies analysieren. Wir haben dies im letzten Jahr auch schon mit dem Kanton zusammen gemacht. Ende des letzten Jahres hat man auch schon etwas Ansätze gesehen, dass die Auslastung wahrscheinlich etwas fragwürdig ist. Insbesondere auch der Schöngrund-Bus, den wir angehängt haben, war an und für sich auch nicht sehr befriedigend. Das hat auch damit zu tun, dass wir dort vielleicht eine nicht so attraktive Linienführung gemacht haben. Ich werde jetzt etwas ausführlich und nehme die Gelegenheit wahr, auch schon auf die nächste Sitzung im Juni hinzuweisen, wo der Stadtrat dem Parlament diese Sache vorlegen wird. Wie geht man damit um? Wir müssen reagieren. Wir können nicht einfach sagen: Das kann man unbesehen so belassen. Wir haben mit dem Kanton auch eine entsprechende Lösung gefunden, dass man die Linie 511 nach SüdWest führen könnte. Das würde bedeuten, dass Linie 504 dann schlussendlich heraus genommen und Linie 511 dies übernehmen würde, zwar nicht in diesem Takt, aber es hätte es in diesem Sinne auch auffangen können. Das AVT hat bei der Bebauung seiner Buslinien in Hägendorf dann aber eine Baustelle gesichtet, und dadurch kann Linie 5011 SüdWest nicht bedienen. Was auch klar aus der Statistik hervorgeht, und ich denke, dies zeigen die Zahlen auch: Wir haben eine Steigerung, insbesondere im Januar, Februar. Auch im März haben wir eine Zunahme, aber natürlich noch nicht diese Auslastung. Wir sehen aber, dass wir bei den Pendlerströmen,

denjenigen, die am Morgen zum Bahnhof gehen, und denjenigen, die zurückkommen, eine sehr gute Auslastung haben. Ich möchte nicht mit anderen Buslinien vergleichen, die wir in der Stadt haben, welche Auslastungen dies hat. Einfach zur Erinnerung: Wir geben diesbezüglich gut über 2,5 Millionen Franken für den ÖV aus. Einfach, damit wir uns auch verstehen. Aber dort gilt es jetzt, und das ist eigentlich das Letzte, was ich noch sagen möchte, auch aus der Konsequenz heraus, im Parlament im Juni eine Vorlage zu machen. Es gibt im Prinzip zwei Varianten, die wir Euch gerne vorstellen möchten. Die eine ist eine leicht reduzierte zur heutigen Linie 504. Dort haben wir auch die Zusicherung, dass es vom Kanton Subventionen gibt. Das muss übrigens immer wieder durch die entsprechenden Gremien, Kantonsrat, bewilligt werden. Wir werden auch noch eine zweite Variante ausarbeiten, die dann schlussendlich insbesondere die Pendlerströme am Morgen und am Abend auffangen soll. Das hat natürlich einen politischen Preis. Entweder sprechen wir von rund Fr. 200'000.—, Fr. 250'000.— oder von Fr. 100'000.—, abzüglich der Subventionen des Kantons. Wir möchten gerne die Gelegenheit benützen, um Euch dies im Juni vorzulegen, und dass dann auch das Parlament entscheiden kann, dass wir überbrücken. Wir warten auch noch auf eine Zusicherung des Kantons, dass dies nachher ab dem Fahrplan 2018/19 schlussendlich aufgenommen wird, die Linie 504 dann auch tatsächlich Olten SüdWest bedienen kann. Ich möchte den Vorwurf an die BOGG etwas zurücknehmen. Ich glaube, hier waren die Zahlen klar. Wir haben auch Annahmen getroffen, inwiefern sich Olten SüdWest entwickeln soll und kann. Wir wussten nicht, wie viele dann tatsächlich den Bus benützen. Es gab auch Auslastungen, die einmal höher waren. Dann ist es wieder zurückgegangen. Wir hatten in Olten SüdWest zum Teil einen sehr unstabilen Mieterspiegel. Nichts desto trotz erachtet der Stadtrat die Anbindung von Olten SüdWest mit dem ÖV als wichtig. Welchen politischen Preis dies haben darf, werden wir hier entscheiden müssen. Wichtig ist aber, dass wir keinen Unterbruch haben. Ich möchte aber jetzt nicht länger schon Ausführungen über die Vorlage vom Juni machen, sondern bitte Sie, einfach auch von den Antworten Kenntnis zu nehmen.

Myriam Frey Schär. Fraktion Grüne: Dass Olten SüdWest mit dem Bus erschlossen bleiben muss, ist für uns absolut klar. Ich meine, das gibt es einfach nicht, dass man einen Stadtteil hat, der nicht mit ÖV erschlossen ist. Man könnte allenfalls damit leben, dass er temporär mit einer solchen Schlaufe der Linie 511 erschlossen ist. Das müsste man dann im Detail betrachten. Aber ganz sicher mit dem Vorbehalt, dass wenn dies weiterentwickelt wird, weiterwächst, man die Linie 504 eigentlich so wiederherstellen kann. Die Situation im Schöngrund ist dann wesentlicher betrüblicher. Hier möchte ich diesem Busbetrieb als Bewohnerin auch noch kurz das Wort reden. Da fällt einem etwas der Spruch ein: Wenn man sicherstellen will, dass etwas nicht funktioniert, muss man es so disponieren, dass es nicht funktionieren kann. Im Moment fahren sieben Busse pro Tag in das Schöngrundquartier. Mit keinem davon kann man am Morgen zur Arbeit, am Nachmittag in die Schule oder am Feierabend nach Hause fahren. Konkret heisst dies, zu den Zeiten, wo Frequenz generiert werden könnte, gibt es einfach keinen ÖV. Hohe oder verhältnismässig hohe Frequenzen – ist es ja ein kleiner Bus – gibt es vielleicht einmal um 10.15 oder 11.15 Uhr an der Konradstrasse, wenn sieben Rentner versuchen, gleichzeitig ihre Wägelchen in den Bus zu stellen. Das ist so etwas wie 3D-Tetris. Das ist noch gut. Von mir aus müsste dieser Bus nicht siebenmal fahren, zum Beispiel viermal, zweimal für die Schülerinnen und Schüler und Pendler und zweimal für die Rentner mit ihren Wägelchen. Das könnte möglicherweise ausreichen. Die Schlaufe müsste aber auch grösser sein. Er fährt ja im Moment Bleichmattstrasse hinaus und die Grundstrasse wieder hinunter. Sie müsste sicher bis zum Föhrenweg gehen. Man müsste es halt testen. Deshalb sind wir jetzt in Bezug auf die 504-Schlaufe in den Schöngrund dafür, dass man die Versuchsanordnung einfach anpasst und nicht die Buslinie auf der Basis von einigermaßen nutzlosen Zahlen streicht.

Fritz Buser, Fraktion SP/Junge SP: Meine beiden Vorredner haben mir eigentlich schon meinen ganzen Text vorweggenommen. Ich bin nicht ein häufiger, aber gelegentlicher Benutzer dieses Busses in den Schöngrund und zurück und weiss, dass die Leute, die

diesen Bus brauchen, sehr, sehr froh darum sind. Es ist nicht so, dass im Schöngrund nur „Gestopfte“ wohnen, die ein grosses Auto und einen Parkplatz in der Stadt haben. Wir haben sehr viele Leute mit dem Rollator, wir haben Sehbehinderte, wir haben Leute wie ich, die auch das Auto nehmen könnten. Ich habe sogar einen Parkplatz. Aber ich nehme auch gerne den Bus und gehe vielleicht zu Fuss wieder hinauf. Aber wir haben wirklich, und das ist das Problem, um 11 Uhr und was noch fast schlimmer ist, wir haben um 15 Uhr den letzten Bus. Man könnte dort ruhig noch etwas zulegen, wenn wir mehr Frequenzen möchten. Öffentlicher Verkehr, der angepasst ist, funktioniert. Zwei Beispiele: Die Birsigtalbahn. Im Birsigtal hätte man eine Schnellstrasse bauen sollen. Man hat die Birsigtalbahn in ein Trämli umgebaut. Die Passagierzahlen haben sich mehr als verdoppelt, und die Schnellstrasse musste nicht gebaut werden. Vinschgau im Südtirol: Die Bahnlinie hat man aufgehoben. Man hat sie mit einem vernünftigen Fahrplan, mit vernünftigem Rollmaterial wiedereröffnet. Nach vierzehn Tagen hatte man zu wenig Rollmaterial und musste nachbestellen. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, aufgrund dieser, für diesen Fahrplan doch erstaunlich guten Frequenzen, nicht darauf zu schliessen, dass dies nicht gebraucht würde. In diesem Sinne wäre es schön, wenn man dort halt vielleicht etwas optimieren würde. Ich bin überzeugt, dass es dann auch eine bessere Auslastung gäbe.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Das Schweizer Radio hat heute eine Sendung gemacht, wo Markus Dietler über die Bussituation interviewt wurde. Der Moderator hat dort gesagt, die Stadt Olten habe im Juni dann die Wahl zwischen Pest und Cholera. Die Pest ist, dass man den Versuch, der offensichtlich gescheitert ist, einfach noch einmal ein Jahr verlängert und also Fr. 300'000.— in den Sand setzt. Oder Cholera: Man lässt den Bus weniger fahren. Man versucht, irgendetwas anderes zu machen. Der Moderator hat etwas durchblicken lassen: Warum überlegt eigentlich die Stadt Olten nicht einen dritten Weg? Ich möchte dies dem Stadtrat eigentlich auch mitgeben. Es gibt nicht nur Pest und Cholera. Es gibt zum Beispiel auch Möglichkeiten von Ruf-Taxi. Man könnte zu einem kleineren Preis eine bessere Leistung erhalten. Nach meinen Informationen haben Oltner Taxi-Unternehmen gesagt, sie könnten solche Sachen machen. Wenn die Rechnung, die Ernst gemacht hat, die ich jetzt nicht nachgerechnet habe, aber Ernst rechnet immer gut, Fr. 4'000.— pro Passagier stimmt, kann man wahrscheinlich jedem in SüdWest eine Jahreskarte für das Taxi geben. Dann kann er nach SüdWest gehen, wann er will. Ich möchte den Stadtrat doch bitten, und er hat für die Debatte, die dann im Juni stattfinden wird, noch einen Monat Zeit: Überlegt doch auch etwas Anderes, obwohl Ihr Aktionäre der BOGG sind und obwohl die BOGG noch einen kleinen Bus auslasten möchte. Aber dieser Versuch ist gescheitert. Eigentlich haben wir jetzt die Zeit und die Möglichkeit, wenn der Kanton mit der anderen Variante nicht da ist, dass man auch noch ein Jahr etwas Anderes ausprobiert, zum Beispiel mit Taxis.

Daniel Probst: Ich habe auch noch eine Anregung für die Vorlage, die im Juni kommen wird. Ich finde wichtig, dass wir nachher nicht nur für das nächste Jahr diskutieren, sondern dass man auch aufzeigt, wie dieses Buskonzept ab 2019 plus eigentlich geplant ist. So wie meine Informationen sind, wird der Schöngrund dann nicht mehr bedient. Die Linie 511 – das ist auch richtig – wird nachher noch Olten SüdWest abdecken und fährt dann zum Bahnhof. Ich glaube, wenn wir dann die Gesamtbetrachtung für das nächste Jahr und die folgenden Jahre anschauen, müssen wir wissen, wie das Buskonzept im Gesamten aussieht.

Stadtrat Peter Schafer: Ich habe nicht das Gefühl, dass dieser Versuch gescheitert ist. Der Versuch ist nicht so erfolgreich, wie man angenommen hat, weil in Olten SüdWest nur 460 Personen gemeldet sind. Man ist zu optimistisch an die Sache herangegangen. Das ist sicher so. Aber man hat auch hier im Parlament immer etwas schlecht über Olten SüdWest gesprochen. Das muss man auch sagen. Es hat vielleicht die eine oder andere Person auch abgehalten, dort unten Wohnsitz zu nehmen. Wegen des Buskonzepts, das Daniel vorher noch angesprochen hat: Dieses Buskonzept ist eigentlich klar. Die Linie 504 ist ein Versuchsbetrieb, und sobald die Linie 511 durchfährt, braucht es 504 nicht mehr. Dann gibt es aber auch keinen Bus in den Schöngrund mehr. Das müsste dann wieder eine Forderung

des Parlaments sein, dass man den Schöngrund weiterhin erschliessen würde. Das bräuchte eine neue Vorlage. Zu den Ruf-Taxis: Man muss schon sehen, es hat dann schon recht viel Potenzial, vor allem am Morgen und am Abend. Das kann man mit den Ruf-Taxis nicht abdecken. Dann müssen wir bei den Emissionen schauen. Ich denke, bei so vielen Ruf-Taxis, wie dann dorthin fahren, bist Du vielleicht mit einem Bus gleichwohl sauberer unterwegs. Daran muss man auch denken. Ernst, Du hast gesagt, man solle Sofortmassnahmen ergreifen, man solle diese Linie gleich aufheben. Diese Linie hat eine Konzession vom Bund. Diese Linie hat ein Fahrplanfeld, 504, hat die Konzession bis zum Fahrplanwechsel. Man kann jetzt Sofortmassnahmen ergreifen und einfach nicht mehr fahren. Das geht nicht. Man hat eine Verpflichtung gegenüber dem Bund. Von dort kommen auch Subventionen. Dies einfach zur Klarstellung.

Ernst Eggmann: Du musst mich richtig verstehen. Ich habe nicht gesagt, man solle Olten SüdWest überhaupt nicht bedienen. Dass Olten SüdWest in den Stosszeiten bedient werden soll, ist ein Muss. Das ist ganz klar. Ich würde es auch wahnsinnig bedauern, wenn zum Beispiel die Schöngrundlinie aufgehoben würde. Die Leute dort oben haben sich jetzt daran gewöhnt. Sie freuen sich etwas. Wenn dies jetzt aufgehoben wird, wäre dies bereits das zweite Mal, wie ich sagen hörte, wo sie einen solchen Versuch gemacht haben. Deshalb seien sie schon gar nicht so richtig auf den zweiten aufgestiegen. Jetzt kommt dann wiederum der zweite. Ganz aufheben würde ich auch nicht unbedingt sehen. Ich würde meinen, man müsste hier die Hirnmasse wirklich etwas rauchen lassen und etwas studieren, was man hier dafür noch machen könnte. Aber Olten SüdWest am Morgen und am Abend bedienen – ich habe dies schon einmal gesagt und weiss, dass dies mit dem Fahrplan usw. eine komplizierte Geschichte ist – aber Linie 504 könnte mit einem mehr fahren, und dann wäre Linie 503 auch noch entlastet. Man würde oben durchfahren und auf dem Heimweg auf die andere Seite. Das wäre für mich auch noch eine Variante. Ihr müsst auch noch wissen, dass die Linie 503 jetzt am Morgen in den Stosszeiten überlastet ist. Dort muss so oder so etwas passieren. Mit den guten Zahlen bin ich sehr zufrieden. Dankeschön.

Mitteilung an:
Stadtentwicklung/Lorenz Schmid
Baudirektion/Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 62

Interpellation Luisa Jakob (Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Notschlafstelle in Olten

Am 15. Dezember 2016 reichten Luisa Jakob (Junge SP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss zuhanden des Gemeindeparlamentes ein:

Ausgangslage

In einem Zeitungsartikel im Oltnen Tagblatt vom 12. Dezember 2016 hat der Verein für Notschlafstellen (Sitz in Zürich) die Notwendigkeit für eine solche in Olten herausgestrichen. Der Verein stützt diese Notwendigkeit auf einen Testlauf, der in Olten vor zwei Jahren durchgeführt wurde. Auch andere Hilfsorganisationen haben in unterschiedlichem Ausmass diese Notwendigkeit betont. Zum heutigen Zeitpunkt existieren in der Stadt Olten keine Notschlafstellen. Zum Zeitpunkt des Artikels war zwar ein Projekt in der Region Olten geplant, aber noch nicht fortgeschritten.

In einigen Städten (bspw. Biel, Zürich, Basel, Bern) werden Notschlafstellen entweder von der Stadt selber oder durch Vereine betrieben, die durch die betreffende Stadt subventioniert und durch einen Leistungsauftrag gebunden sind.

Fragen

1. Beurteilt der Stadtrat die Notwendigkeit für eine Notschlafstelle gleich wie die verschiedenen Hilfsorganisationen?
2. a) Wenn ja: Plant der Stadtrat auf die Hilfsorganisationen zuzugehen und in Planung stehende Projekte zu unterstützen?
b) Wenn nein: Wie erklärt der Stadtrat die Schlüsse aus dem oben erwähnten Testlauf?
3. Wie wird verhindert, dass Personen obdachlos werden?
4. Wie wird einer obdachlosen Person in einer akuten Situation geholfen?
5. Wie viele Obdachlose gibt es, die aus Olten stammen?
6. Wie viele Obdachlose halten sich in Olten auf, welche aus anderen Gemeinden stammen?

- - - - -

Stadtrat Peter Schafer beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. *Beurteilt der Stadtrat die Notwendigkeit für eine Notschlafstelle gleich wie die verschiedenen Hilfsorganisationen?*

Nein.

Bis anhin konnte für alle Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten, die sich auch vor Ort aufhalten und mit den zuständigen Stellen zusammen arbeiten, Obdach gefunden werden. Personen ohne zivilrechtlichem Wohnsitz im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten, welche sich vor Ort aufhalten und die sich bei den zuständigen Stellen melden, werden nothilfemässig dahingehend unterstützt, an den Ort ihres zivilrechtlichen Wohnsitzes zurückzukehren und sich dort bei den für sie zuständigen Stellen zu melden. In wenigen Ausnahmefällen schreitet auf Antrag die KESB ein, wenn sich Personen vor Ort aufhalten, die offensichtlich nicht (mehr) dazu in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu wahren. Personen ohne geregelten Aufenthalt, die die öffentliche Ordnung stören, werden von den dafür zuständigen Ordnungskräften aufgegriffen.

2. *a) Wenn ja: Plant der Stadtrat auf die Hilfsorganisationen zuzugehen und in Planung stehende Projekte zu unterstützen?*

Nein.

Bis anhin sind keine Hilfsorganisationen mit entsprechenden Projekten vorstellig geworden. Solche Projekte und damit verbundene Anträge auf Unterstützung würde der Stadtrat jederzeit sorgfältig prüfen.

- b) Wenn nein: Wie erklärt der Stadtrat die Schlüsse aus dem oben erwähnten Testlauf?*

Dem Stadtrat liegen keine Berichte über solche Testläufe vor, weshalb daraus auch keine Schlüsse gezogen werden können.

3. *Wie wird verhindert, dass Personen obdachlos werden?*
4. *Wie wird einer obdachlosen Person in einer akuten Situation geholfen?*

(Die Fragen 3 und 4 werden zusammen beantwortet.)

Obdachlosigkeit zu verhindern, ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Personen selber. Droht eine Wohnungsausweisung, wird in der Regel die Sozialregion im Voraus informiert. Die Betroffenen müssen sich selber melden und um Hilfe ersuchen. Mit Überbrückungshilfen können Mietausstände beglichen und Ausweisungen verhindert werden. Mit der Erschliessung von Sozialhilfe erhalten Betroffene die Möglichkeit, ein Zimmer oder eine Unterkunft im Rahmen der bestehenden Richtlinien zu mieten. Vermieter erhalten auf Wunsch die Bestätigung, dass Mieten (im Rahmen der Richtlinien) solange direkt an den Vermieter überwiesen werden, als Sozialhilfebedürftigkeit besteht. Im Ausnahmefall und bei besonderer Härte kann ausnahmsweise die Sozialregion selber als Mieter auftreten. Ist eine Person aus erwachsenenschutzrechtlich relevanten Gründen nicht selber dazu in der Lage, Abhilfe zu schaffen, prüft die KESB Massnahmen.

5. *Wie wird einer obdachlosen Person in einer akuten Situation geholfen?*

Personen mit zivilrechtlichem Wohnsitz im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten wird wie oben beschrieben (Antwort auf Fragen 3 und 4) geholfen.

Personen ohne zivilrechtlichen Wohnsitz können im Rahmen der Nothilfe für eine Nacht untergebracht werden und Hilfe zur Rückreise an den Ort ihres zivilrechtlichen Wohnsitzes erhalten.

6. Wie viele Obdachlose gibt es, die aus Olten stammen?

Personen, die zivilrechtlichen Wohnsitz im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten haben und obdachlos sind, sind immer Einzelfälle. Eine solche der Sozialregion Olten bekannte Person ist sogar verbeiständet, verweigert aber die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen. In diesem Einzelfall prüft jeweils die KESB, ob die Voraussetzungen für eine fürsorgerische Unterbringung erfüllt sind.

7. Wie viele Obdachlose halten sich in Olten auf, welche aus anderen Gemeinden stammen?

Obdachlose ohne zivilrechtlichen Wohnsitz im Einzugsgebiet der Sozialregion Olten melden sich nur ausnahmsweise bei den zuständigen Stellen und erhalten die oben beschriebenen Hilfen. Auch hier handelt es sich bisher um Einzelfälle.

- - - - -

Luisa Jakob: Ich bin nicht sonderlich erfreut über die Antworten in der Interpellation. Meiner Meinung nach fehlt jeglich humanitärer Ansatz. Zum Bedarf: Es ist so, dass verschiedenste, nicht öffentliche Stellen berichtet haben, dass es Anfragen gibt und ein Bedarf vorhanden ist, und sie mit den Strukturen, die im Moment bestehen, auch nicht gedeckt werden können. Dazu gehören das Kloster, das regelmässig Leute von der Klosterpforte wegweisen muss, weil sie sie nicht aufnehmen können, und auch die Pro Filia sowie die katholische Kirche bzw. der Sozialdienst der katholischen Kirche berichten über solche regelmässigen Fälle. Man hat dieses Anliegen auch schon früher beim Stadtrat, vor allem beim Stadtpräsidium, platziert. Es ist also eigentlich nichts Neues. Die Antworten halte ich für bedenklich und eigentlich ungenügend, weil sie eben nicht im Kleinsten in diesem Sinne einen humanitären Gedanken erkennen lassen. Es gibt so ein Sprichwort, das sagt: Wenn wir unsere Gesellschaft daran messen, wie man mit den Schwächsten umgeht, sieht man, wie es uns geht. Ich finde, basierend auf diesen Antworten, müssen wir uns hier eher schlechte Noten ausstellen. Unsere Verantwortung geht meiner Meinung nach über die minimalistische rechtliche Grundlage aus. Wir hätten uns gewünscht, dass dies etwas mehr durchkommt. Wie Ihr alle auch aus der Presse vernommen habt, gibt es jetzt seit Dienstagabend einen Verein, der versucht, sich diesem Thema anzunehmen. Wir hoffen sehr stark, dass dann auf dieses Angebot, das der Stadtrat gemacht hat und das jetzt in der Presse gekommen ist, eine Zusammenarbeit durchaus vorstellbar ist, dass wir dieses Angebot dann auch wirklich bekommen und es eingehalten wird.

Stadtrat Peter Schafer: Besten Dank für die interessante Interpellation. Es ist angesprochen worden. Die Medien haben über dieses Thema in letzter Zeit ausgiebig berichtet, zuletzt auch im Regionaljournal des Radios, wo unser Stadtpräsident kompetent über diese Sachlage Auskunft geben konnte. Der Stadtrat hat die Interpellation kritisch beantwortet, aber es ist die offizielle Sicht der Einwohnergemeinde. Bis jetzt ist noch kein Unterstützungsgesuch der Trägerschaft eingetroffen. Sie ist ja auch erst gegründet worden. Aber ich kann Dir garantieren, dass ein solches Gesuch, wenn es eintrifft, sicher sorgfältig geprüft wird. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Die Antwort von Peter Schafer zeigt, dass wir in Olten genügend, alle Massnahmen haben, die eine Notschlafstelle überflüssig machen. Wir haben

mit dem Budget 2017 eine Überbrückungshilfe von Fr. 30'000.— beschlossen, um Härtefälle zu vermeiden. Zum Beispiel, wenn jemand bei einer Wohnungsausweisung wegen Mietzinsrückstand vor der Türe steht, kann man ihnen mit dieser Überbrückungshilfe helfen. Gleichzeitig haben wir die KESB, die eingreifen kann, wenn es nötig ist. Notschlafstellen schaden mehr, als sie nützen. Sie schaffen nämlich eine Ausweichstelle für Leute, die sich gegen die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt wehren. Es gibt diverse Studien, die beweisen, dass 96 % der Obdachlosen, zum Beispiel in der Stadt Zürich, psychisch krank sind. Das heisst zum Beispiel alkohol- oder drogensüchtig. Sie sind nachher in der Notschlafstelle, und die Leute, die dort arbeiten, übernehmen also Leute, die eigentlich in eine psychiatrische Behandlung gehörten. Sie haben in einer Notschlafstelle die falsche Betreuung und belasten das Personal, das gar nicht dafür ausgebildet ist. Sie belegen Plätze, die eigentlich für andere gedacht wären. Von daher ist es eben in einer Notschlafstelle nicht menschlich, wie es die Interpellantin meint. In Zürich belegen zudem Arbeitsmigranten die Notschlafstellen. Das hat man gemerkt. Jetzt nimmt Pfarrer Sieber sie auf. Es ist auch eine Ausweichstelle für Arbeitsverweigerer. Wir vermeiden für die Stadt Olten viele zusätzliche neue Probleme, wenn wir auf eine Notschlafstelle verzichten. Ich kann mich erinnern. Früher, als es dies noch gab, ist man in Olten regelmässig angehaufen worden: «Hesch mer e Stutz för d'Schliifi»? Das hat man nachher gebraucht, um Drogen zu kaufen. Das beweist ja gerade, welche Leute dort sind.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir danken Luisa für diese Interpellation. Es ist nach unserer Einschätzung absolut angebracht, im Verbund mit Nachbarregionen seriös abzuklären, ob mit den bestehenden Notschlafmöglichkeiten in Basel, Biel, Bern und Zürich genügend abgedeckt ist oder ob es nicht doch seine Berechtigung hätte, in der Mitte des Mittellandes wieder etwas einzurichten. Wenn das Bahnbillett bis Biel oder Basel schon teurer ist als ein bescheidener, aber würdiger Übernachtungsplatz, ist eigentlich schon viel gesagt. Wir finden es sehr gut, dass sich offenbar jetzt kirchliche Kreise ernsthaft damit beschäftigen. Wir begrüssen sehr, dass der Verein mit der Absicht, die Trägerschaft zu übernehmen, gegründet wurde. Und die Stadt - Achtung, ich meine wirklich die Stadt und nicht die Sozialregion – soll mitdenken und Unterstützung signalisieren. Wenn man die Antworten des Stadtrates auf die Fragen von Luisa durchliest, und hier blase ich in das gleiche Horn wie die Interpellantin selber, kreucht einem schon ziemlich viel Zweifel hinauf, ob hier wohl jemand durchdenken und Wohlwollen signalisieren mag. Die Antworten tönen unmotiviert, uninspiriert. In der Fraktionssitzung ist bei uns auch das Wort «kaltschnäuzig» gefallen. Die Interpellantin wird abgetrocknet. Man könnte es sich ja schon auch anders vorstellen. Bei der Antwort auf Frage 5. Wo werden dann diese Personen im Rahmen der Nothilfe untergebracht? Oder bei der Antwort auf Frage 6. Warum liefert man ausweichende Antworten? Man könnte doch einfach sagen, das Jahr 2015 ist das letzte Jahr, das man ausgezählt oder ausgewertet hat. In diesem Jahr waren es x Personen, die neu als obdachlos gemeldet wurden. Zum Stichtag 31. Dezember waren es y Personen. Die Fragen 3 und 4 sprechen zwei völlig verschiedene Handlungsmöglichkeiten an. Das kann man nicht zusammenfassen. Obdachlosigkeit ist sicher nicht immer selbstverschuldet. Die Politik kann auch ihren Beitrag leisten, zum Beispiel mit Förderung von preisgünstigem Wohnen. Leute stehen nicht nur dann unvermutet auf der Strasse, wenn sie vom Vermieter hinausgeworfen werden. Das kann auch ein Mitbewohner, eine Mitbewohnerin auslösen. Aber dann wird sicher nicht die Sozialregion im Voraus informiert. Wir möchten vom Stadtrat, dass er dieses Thema noch einmal traktandiert und in Ruhe und vertieft anschaut.

Marlène Wälchli Schaffner, CVP/EVP/GLP: Dass der Stadtrat vielleicht gewisse Fragen noch anders hätte beantworten, ist auch mein Thema. Ich habe jetzt gehört, dass es die Sozialregion nichts angeht. Trotzdem habe ich mir diese Fragen in der Sozialkommission dann gleich beantworten lassen. Die Meinung ist so, dass die Erfahrung einfach zeigt, dass eine Notschlafstelle in Grossstädten zu unguten Magneten führt. Es lohne sich, und so handhabt es auch Olten, dass man individuelle Lösungen sucht, zum Beispiel Hotelzimmer usw. Gemäss Auskunft ist es so, dass einmal pro Jahr jemand nach Basel in die

Notschlafstelle geschickt werden muss, weil gar nichts anderes möglich ist. Die Ursache der Obdachlosigkeit ist vielfältig, und eine Notschlafstelle ist nicht immer die passende Lösung. Für mich ist die Frage nicht gestellt: Warum hat Olten keine Notschlafstelle mehr? Aber das war ja auch nicht die Frage von Luisa.

Renata Pfeiler: Ich kann es nicht lassen und muss doch auch noch ein paar Kommentare dazu loswerden. Ich kann jetzt einfach nur von Sachen berichten, die ich tagtäglich in meiner Arbeitswelt erlebe. Wir haben schon mehrfach Billette bezahlt, haben Billette für Leute, die nach Biel oder Basel in die Notschlafstelle gehen mussten, gekauft. Wir haben Meldungen auf ein Telefon erhalten. Zum Beispiel ein Mitarbeiter, der auf einem Bauernhof arbeitet, der den Lohn nicht erhalten hat. Es war ein polnischer Mitarbeiter. Er hat sein Geld nicht bekommen. Er musste auf einer Bank übernachten. Nach der zweiten Nacht hat ihn dann einmal ein Nachbar ins Haus genommen und bei uns angerufen. Das zu Zeiten, wo die Sozialregion einfach schlichtweg nicht mehr bedient war. Dort hätte ihm sonst niemand helfen können. Es gibt Fälle von Leuten, die Rückwanderer sind, weil sie Probleme haben, die zum Teil auch zu Zeiten kommen, wenn die Sozialregion nicht geöffnet, sondern die einfach da sind, wenn sie ankommen. Ich kann nicht verstehen, weshalb man dies alles in den gleichen Topf wirft, wie es Doris Känzig vorher gemacht hat. Nicht alle sind psychisch erkrankte Leute und nicht alle sind Alkoholiker. Wenn es auch so wäre, sind wir als Gesellschaft auch in der Pflicht, für sie da zu sein und zu schauen.

Luisa Jakob ist von der Antwort offensichtlich nicht sonderlich befriedigt.

Mitteilung an:
Direktion Soziales/Hans Peter Müller
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 63

Postulat Dieter Ulrich (SP/Junge SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. öffentlicher Zugang zur Anlegestelle beim Ruderclub/Beantwortung

Ausgangslage

Am 26. September 2016 wurde im Gemeindeparlament von der Fraktion der SP Olten / Junge SP Region Olten ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

" Öffentlicher Zugang zur Anlegestelle beim Ruderclub

Der Stadtrat wird beauftragt mit dem Ruderclub Verhandlungen aufzunehmen, um einen öffentlichen Zugang zur Anlegestelle beim Ruderclub zu schaffen. Dabei sollen insbesondere die Haftungs- und Sicherheitsfragen geklärt werden.

Begründung:

In der Sitzung vom 15. Dezember 2011 wurde durch das Gemeindeparlament auf Antrag des Stadtrates beschlossen, die damals marode Anlegestelle des Ruderclubs mit ca. 770'000 CHF zu sanieren. In seiner Vorlage sprach der Stadtrat davon, dass der Ruderclub bereit wäre; im Gegenzug zur Sanierung durch die Stadt eine gewisse Öffentlichkeit zuzulassen. In der Debatte wurde ein Zugang für die Öffentlichkeit allgemein begrüsst und auch gefordert.

In der Zwischenzeit ist die Sanierung durchgeführt worden, ein Zugang für die Öffentlichkeit besteht jedoch weiterhin nicht. In Anbetracht, dass die Anlegestelle einer der wenigen Orte darstellt, an dem man direkt an die Aare gelangt und dass damals ein privater Verein mit einer nicht unwesentlichen Summe unterstützt worden ist, rechtfertigt sich ein erneuter Versuch, diesen Ort öffentlich zugänglich zu machen."

- - - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat wie folgt:

Der öffentliche Raum wird in den meisten Gemeinden und Städten der Schweiz zunehmend und intensiv von verschiedenen Personengruppen genutzt. Dadurch können in Einzelfällen Nutzungskonflikte unter den vielfältigen Anspruchsgruppen entstehen. Diese Beobachtung wird auch in Olten gemacht (siehe Beantwortung Postulat «Ländiweg» vom 02.11.2015). Ungeachtet dessen ist die Nutzung des öffentlichen Grundes auf Strassen, Plätzen udgl. durch die Bevölkerung zu begrüßen und in Olten beispielsweise mit der verkehrsbefreiten Kirchgasse unlängst auch verbessert worden.

Die Anlegestelle und die Umgebung des Ruderclubhauses sind diesem Nutzungsdruck bis heute nicht ausgesetzt. Dies hat unter anderem mit der im Gegensatz zur Bahnhofterrasse oder Ländiweg schlechteren Erreichbarkeit und der mangelnden Zugänglichkeit («Hühnertreppe» nördlich der Ruderclubhauses) zu tun. Ein Fussgängersteg in Richtung Uferweg unterhalb der Gösgerstrasse an der Eggerallee soll im Projekt Bahnhofplatz als Ausführungsvariante planungsrechtlich sichergestellt werden. Die Realisierung muss hingegen noch die entsprechenden politischen Hürden nehmen.

Der Ruderclub wehrt sich bis heute nicht gegen eine massvolle Nutzung der im Eigentum der Stadt stehenden Uferparzelle, erwartet aber bei einer Öffnung klare Benützungsregeln und eine Lösung des zu erwartenden zunehmenden Litterings, welches der Verein heute angesichts der wenigen Besucherinnen und Besucher auf eigene Kosten einvernehmlich entsorgt. Angesichts der kleinräumigen Uferparzelle ist ausserdem die Konkurrenzierung der städtischen Badeanstalt, wo Eintrittspreise verlangt werden, hingegen auch professionelle Aufsicht und Infrastruktur verfügbar ist, auch unter dem Aspekt von Haftungsfragen sorgfältig zu prüfen.

Zur vertieften Abklärung der entsprechenden Möglichkeiten empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Dieter Ulrich: Besten Dank dem Stadtrat, dass er bereit ist, das Postulat überweisen zu lassen. Gleichzeitig mit der Antwort scheint es mir aber auch nötig, noch darauf einzugehen, was die Motivationen waren oder was ich mir erwarten würde, bevor man dort unten eine irgendeine zweite Badi aufmacht. Das ist eindeutig nicht die Absicht. Es soll auf keinen Fall die Konkurrenz zu einer Badi, einem Badmeister sein. Es geht mir wirklich einmal rein um diesen Zugang. Wie ich es geschrieben habe: Man hat dort ja einmal diese Sanierungen für einen recht ansehnlichen Betrag gemacht. Nach wie vor hängt diese Kette dort, und es ist quasi als Privatgrund deklariert. Was ich in der Fraktionssitzung erfahren habe, was gar nicht der Fall ist. Das Gelände selber, ausser dem Haus, das darauf steht, ist eigentlich immer noch öffentlicher Grund. Es ist noch einmal einfach der Umstand, dass dort etwas für die Öffentlichkeit gesperrt wird, wo die Öffentlichkeit aus meiner Sicht ganz klar einen Zugang haben sollte. Das war eine Motivation, dies einzureichen, umso mehr als wir in Zusammenhang mit der Renovation der Stadtkirche, wo der Vertrag zwar nicht zustande gekommen ist, aber darauf gepocht hat, dass man das alleinige Nutzungsrecht für diesen Sockel hat. Im Gegenzug dazu finde ich es halt dann schon etwas komisch, wenn man hier einen solchen Betrag investiert hat und dann aber das Ganze wieder einmal liegen lässt. Was ich mir von der Umsetzung her vorstellen würde, ist eigentlich primär schon, dass diese Kette wekommt und dies nicht mehr irgendwie als abgesperrt zu betrachten ist. Wenn es aus rechtlichen Gründen nötig sein sollte, dass man dort noch ein Schild «Betreten auf eigene Gefahr» anbringt, dann macht man dies. Man kann auch noch einen Rettungsring anbringen für den Fall, dass es dann wirklich irgendein Problem geben sollte. Wo ich auch noch einen gewissen Nutzen sehe, ausser dass man sich dort sonnen kann – wobei dies dann schon wieder nice-to-have ist – ist halt wirklich, dass es einen Zugang zum Wasser gibt. Aber es ist auch ein Ausstieg. Wenn man in der Aare schwimmen geht, ist dies noch eine Möglichkeit, wo man dann nach der Badi überhaupt noch aus dem Wasser kommt, sprich, wenn man dort irgendwie noch eine Möglichkeit hätte, einen Steg anzubringen, damit man dort auch noch etwas einfacher auf die Plattform hinauskommt. Aber wie gesagt wäre dies für mich dann schon unter nice-to-have, wenn Ihr dies einmal prüfen könntet. Aber ich würde mir einfach eine schlanke Lösung, möglichst unkompliziert, vorstellen und dann einmal schauen, wie es läuft. In der Fraktion haben wir auch noch diskutiert, dass man einen Abfalleimer aufstellt, falls es dann dort abfallmässig wirklich ein Problem geben sollte. Aber bevor man jetzt hier

irgendwie eine Riesenübung macht: Haltet es möglichst einfach und schaut, dass man diesen Zugang dort herstellen kann! Merci vielmals.

Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich kann es kurz machen und sagen, dass wir das Postulat überweisen werden. Ich habe mir noch die Mühe gemacht und dasjenige von 2011 hervorgehoben, was wir dort eigentlich abgestimmt haben. Es ist interessant. Es war nämlich einstimmig. In diesem Bericht und Antrag stand, dass der Ruderclub diese Sanierungskosten nicht finanzieren kann. Wir haben die Sanierung gemacht. Die effektiven Kosten habe ich nicht eruiert, was es dann wirklich gekostet hat. Der Ruderclub hat sich immer dazu bereit erklärt, eine gewisse Öffentlichkeit zuzulassen. Man hat immer über Andaare fantasiert, dem Wasser entlang einen Weg zu erstellen. Wir haben hier gute Aussagen von Leuten, die noch im Parlament sind, und auch vom Stadtrat, die sagen: Es ist ganz klar, dass wir dort mit dem Ruderclub Kontakt aufnehmen und nach dieser Renovation im Jahr 2011 die Öffentlichkeit herstellen. Das hat scheinbar nicht stattgefunden. Ich habe heute kurz nachgeschaut. Diese Kette hängt wirklich, und es ist wirklich alles abgesperrt. Ich würde jetzt dort nicht hinuntergehen, obwohl ich wahrscheinlich dürfte, weil man ja dies einmal so gesagt hat und der Ruderclub dies nicht verhindert. Scheinbar hat es auch Leute unten. Es gehen auch Leute nach unten, welche dieses Privatgrundstückrecht-Schild sozusagen missachten und sich dort sonnen. Littering gibt es dort unten. Das ist logisch, wenn Leute da sind. Wir haben einfach manchmal eine etwas falsche Erziehung. Das sehen wir überall. Dass man halt das Zeug liessen lässt, das passiert. Aber eben: Mit Fr. 770'000.— kann man wahrscheinlich noch viele Abfallsäcke in die Hand nehmen und aufräumen. Ich denke, das ist etwas, das wir mit dem Ruderclub sicher angehen müssen. Hier erwarte ich natürlich auch etwas vom Stadtrat, dass er dies macht. Das hat er uns eigentlich damals versprochen, dass man diesen Zugang löst. Jetzt haben wir in der Antwort gesehen: Jetzt schaut man es dann irgendwann, so 2023/24, im Zusammenhang mit dem Bahnhof an. Das kann eigentlich nicht sein. 2012 hat man uns etwas Anderes gesagt, und es hat ein paar Personen hier, die im Dezember 2011 hier waren, und es wurde einstimmig angenommen. Jetzt würde ich eigentlich auch erwarten, dass man dies macht, so wie es der Vorredner gesagt hat.

Heinz Eng, FDP-Fraktion: Wir sind heute Abend zum zweiten Mal am Wasser oder an der Aare. Als Oltner ist man in der Jugendzeit von den Brücken gesprungen, ob Eisenbahnbrücke, Gäubahnbrücke oder alte Brücke. Die ganz Mutigen sind auch von der neuen Brücke gesprungen. Ich habe im letzten Jahr einmal voll Bewunderung zugeschaut, wie dies immer noch ein Brauch ist. Es ist zwar verboten. Mutige Jugendliche sind von der neuen Brücke gesprungen, und dann, wie Du vorhin gesagt hast, effektiv bei der Anlegestelle des Ruderclubs hinausgegangen. Dort gibt es auch Leute, die schwimmen. Das habe ich auch schon beobachtet. Die Matte ist relativ klein. Dort sonnen sich die Leute auch usw. Man kann dort auch etwas schwimmen. Es ist in gewissen Kreisen sehr wohl bekannt, dass man dorthin gehen kann, Kette hin oder Kette her. Das ist in diesem Sinne ja das Postulat von Dieter, das in diese Richtung zielt. Die Problematik wird in diesem Postulat auch angesprochen, nämlich wenn dies ein öffentlicher Raum ist und sich dort Individuen aufhalten, besteht auch ein gewisses subjektives Sicherheitsbedürfnis, also muss man dort dann auch entsprechend Massnahmen treffen, damit das Ganze dort auch geordnet ist. Ich will jetzt nicht wieder zum Ländiweg abdriften. Aber auch dort muss gewisse Law und Order, wie wir heute Abend schon mehrmals gesagt haben, herrschen respektive muss man es dort auch durchsetzen können. Auch wenn dort geschwommen wird, ist es am Wasser immer gefährlich. Dort muss man auch die Sicherheitsbestimmungen anschauen, wie dies hier auch gewünscht ist. Wir haben noch mehrere solch neuralgische Stellen am Wasser. Heute Abend ist ein Sommerabend. Wenn Ihr den Salzhüslweg hinuntergeht, seht ihr links beim Abgang zur Aare um diese Zeit lichtscheue Gestalten. Man sieht etwas Zigarettenglut und hört auch Stimmengemurmel. Ich nehme an, sie gehen nicht in die Aare. Aber sie halten sich auch dort unten auf. Das ist auch ein öffentlicher Raum. Auch dort müsste man halt einmal nachschauen, was sie überhaupt tun. Solche Stellen gibt es an der Aare bis zur Rankwoog

sehr viele. Ich bin ab und zu mit den Pontonieren mit den Sturmbooten unterwegs. An einem schönen Sommerabend wird dort links und rechts gebrätelt. In den Büschen sind irgendwelche Schlauchboote mit Aussenbordmotoren usw. versteckt. Das ist alles im öffentlichen Raum. Darum ist es auch wichtig, wenn man dies jetzt anschaut, dass entsprechend auch dort die Möglichkeiten geprüft werden, was im öffentlichen Raum überhaupt möglich ist, was zugelassen werden kann. Deshalb wird die FdP-Fraktion das Postulat im Rahmen und so, wie es der Stadtrat auch geschildert hat, zur vertieften Abklärung der Möglichkeiten überweisen.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Wir werden das Postulat nicht überweisen, weil wir uns überlegen, wer denn dort unten ist. Dort kann man sich noch mehr verstecken als am Ländiweg, und die Diskussionen heute Abend und die Antwort von Iris Schelbert haben eigentlich gezeigt, dass man die Polizeikontrollen, die sonst zeitlich schon am Limit sind, dort hinaus auch noch ausdehnen müsste, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Das Littering würde dem Werkhof einfach noch mehr Arbeit geben. Wir sehen ja aus der Antwort, dass ein Zugang im Zusammenhang mit dem neuen Bahnhofplatz geprüft wird. Deshalb finden wir es überflüssig, dies zu überweisen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Ich mache es ganz kurz. Es ist eigentlich fast alles schon gesagt. Ich kann mich auch noch gut erinnern, wie wir hier seinerzeit über dieses Projekt geredet und uns eigentlich auf den Standpunkt gestellt haben: Wenn wir dort öffentliches Geld investieren, wollen wir, dass im Gegenzug die Öffentlichkeit auch etwas davon hat. Hier sind wir auch mit der SP der Meinung, dass man diesen Zugang mit sehr einfachen Mitteln gewährleisten kann. Je eher, desto besser.

Fritz Buser: Für mich eilt es. Es ist ganz einfach. Ich bin einer derjenigen, die im Mai/Juni ins Bassin schwimmen gehen und es sautoll findet, wie schön warm es ist. Dann wird es mir zu warm. Dann gehe ich in die Aare. Jetzt habe ich aber vernommen, dass der Weg oberhalb der neuen Brücke gesperrt ist, weil der Hang rutscht. Das heisst, ich werde in Zukunft etwas weniger weit hinaufgehen und dafür entsprechend weiter hinunter schwimmen, nämlich zum Ruderclub und dort hinausgehen. Damit ich dann nicht gerade in der Badehose an diesem gefürchteten Ländiweg vorbeigehen muss, nehme ich den gelben Sack über, den man mir geschenkt habe, wo sie nämlich in Basel zu Hunderten und Tausenden den Rhein hinunterschwimmen. Bitte schaut, dass wir dies möglichst schnell machen können, diese Abklärungen gemacht werden. Ich gehe ohnehin.

Stadtrat Thomas Marbet: Merci für die ergänzenden Hinweise. Es ist sicher etwas die Balance zu finden zwischen Zugänglichkeit und auch Sicherheit. Die Hühnertreppe ist übrigens auf Kosten des Ruderclubs erstellt worden. Sie ist wirklich nicht breit. Wenn man dort der Aare entlang hinaufgeht, hat man rund einen halben Meter, Meter Platz. Es ist dann überhaupt auch nicht behindertengerecht. Das muss man sich einfach bewusst sein. Es ist dann nicht für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar, auch für Kinder nicht. Wenn dort ein Kind ins Wasser geht, ist es fort. Das muss man einfach sehen. Deshalb müssen wir uns überlegen, wie man dies lösen kann, sodass es dann – ich muss es halt schon sagen – haftungsrechtlich in ein Problem hineinläuft. Den Zaun oder die Kette wegzunehmen ist wahrscheinlich kein Problem. Es braucht sicher ein Hinweisschild. Ob man dann noch einen Rettungsschwimmring oder einen Pfahl für das Rettungsboot macht, muss man sich überlegen. Aber das werden wir mit dem Ruderclub klären. Man kann übrigens auch mit dem Ruderclub direkt reden. Er lässt die Leute auch im Haus drin hinunter. Man muss sie anfragen. Sie müssen auch dort sein. Das ist die sicherste Möglichkeit, im Haus hinunter zu gehen. Es ist aber auch eine Treppe.

Beschluss

Mit 37 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 64

Vorschlag («Volksmotion») Grüne Olten betr. «Schluss mit Parksuchverkehr und halbleeren Parkhäusern: Olten braucht endlich ein Parkleitsystem»/Beantwortung

Am 20. Februar 2017 haben die Grünen Olten folgenden Vorschlag gemäss Art. 16 GO mit 122 gültigen Unterschriften eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb von 9 Monaten nach Annahme der Motion dem Parlament ein Parkleitsystem nach dem Vorbild Aarau zur Bewilligung vorzulegen. Das Parkleitsystem umfasst (vorbehältlich der Einwilligung der Parkhauseigentümer) Parkhäuser mit 20 oder mehr öffentlich nutzbaren Parkplätzen auf dem innerstädtischen Gebiet zwischen Sälipark und Bornblick, sowie sämtliche oberirdischen Parkplätze auf öffentlichem Grund (z.B. Munzingerplatz) einzuschliessen. Zu finanzieren ist das Projekt ganz oder teilweise mit Mitteln aus dem Parkplatzfonds der Stadt Olten, der Mittel im Rahmen von 1,5 Millionen Fr. enthält.

Begründung:

Wiederholte Zählungen haben ergeben, dass die innerstädtischen Parkhäuser trotz beständig hohem Parkplatzbedarf zu wenig genutzt werden – selbst zu Spitzenzeiten sind selten mehr als 50% der Plätze belegt. Mit der Installation eines Parkleitsystems können freie Parkplätze in den teils selbst bei Einheimischen wenig bekannten Parkhäusern schneller gefunden werden. Dadurch entsteht weniger Suchverkehr, was sich positiv auf die Aufenthaltsqualität und das Klima in der Oltnen Innenstadt auswirkt.»

- - - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorschlag im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im März 2012 hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament eine Vorlage für ein Parkleitsystem unterbreitet, das die Parkplatzsuchenden über die aktuelle Belegungssituation in den Parkhäusern orientieren, ihnen den Weg dahin weisen und den Parksuchverkehr reduzieren sollte (vgl. Beilage 1). Die Investitionskosten betrugen rund 1,8 Mio. Franken, die von der Stadt bezahlt worden wären. Aufgrund der Interessenlage der Parkhausbetreibenden sowie der Lage der Parkhäuser und der damit verbundenen Nutzungen konzentrierte sich der Vorschlag unter Einbezug des Parkhauses Winkel auf den Bereich der Innenstadt; das System hätte aber bei Bedarf erweitert werden können. Alle Betreiber der an das Parkleitsystem angeschlossenen Parkierungsanlagen hätten sich anteilmässig an den Betriebskosten von geschätzten 50'000 Franken beteiligt und zwar im Verhältnis der bezahlten Parktickets.

Es war geplant, in das Parkleitsystem nur öffentlich zugängliche Parkplätze zu integrieren. Diese sollten in Anlagen zusammengefasst sein, welche über kontrollierbare Zu- und

Wegfahrten verfügen. Ins System integriert wurden daher «nur» 835 öffentlich zugängliche Parkplätze, nicht hingegen 309 weitere, eher dispers auf dem Gebiet der Innenstadt verteilte Parkfelder, unter anderem 57 Parkplätze auf dem Munzingerplatz und rund 60 am Amthausquai Süd und Klosterplatz. Deren Einbindung wäre mit grossen Kosten verbunden gewesen und hätte die Nutzungsflexibilität eingeschränkt.

Damit das Parkleitsystem eine gute bzw. erwünschte Wirkung erzielen könnte, war geplant, den Tarif für die in der Innenstadt nicht ins Parkleitsystem integrierten öffentlichen oberirdischen Parkplätze auf der linken Aareseite in der Kernzone von aktuell 1 auf neu 2 Franken pro Stunde zu erhöhen. Die Tarife für die Parkplätze in der Schützenmatte sollten hingegen vorläufig unverändert bleiben.

Das Parlament hat diese Vorlage mit 30:18 Stimmen zurückgewiesen. Die Gegner störten sich daran, dass nicht alle Parkplätze im System integriert waren – insbesondere jene nicht, die den Suchverkehr ihrer Meinung nach eigentlich verursachten. Zudem wurde eine App-Technologie vermisst, obwohl von Seiten des Stadtrates darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sich eine solche auf ein Grundsystem stützen müsste, wie es damals geplant war. Ferner wurde die Frage gestellt, ob sich die Ausgangslage nicht massgeblich durch die Eröffnung der ERO und die dadurch neue Zufahrt zur Innenstadt verändern würde.

Der nun eingereichte Vorschlag nennt die Stadt Aarau, wo seit 2008 ein dynamisches Parkleitsystem mit 12 angeschlossenen Parkings und 20 Signalstandorten in Betrieb ist (vgl. Beilage 2), als Referenz und nimmt damit exakt das Vorhaben, wie es der Stadtrat bereits vor fünf Jahren verfolgte, wieder auf. In der Zwischenzeit ist es vier Jahre her, seit die ERO eröffnet wurde, und liegen somit auch Erfahrungen vor, wie diese das Parksuchverhalten beeinflusst. Auch die diesbezüglichen Apps wurden in der Zwischenzeit weiterentwickelt. Der Stadtrat ist daher der Ansicht, der Zeitpunkt sei gegeben, um über die Einführung eines Parkleitsystems erneut zu befinden, und beantragt dem Parlament daher die Überweisung des Vorstosses.

- - - - -

Anna Engeler: Zuerst einmal vielen Dank, dass ich hier für dieses kurze Gastspiel in den Rat zurückkommen darf. Tatsächlich ist es so, dass das Parkleitsystem schon vor über zehn Jahren ein Thema war, als ich das erste Mal in diesem Gemeinderatssaal gesessen habe. Es hat von diversen Seiten, von unserer Seite, ich glaube, auch von der SP, immer wieder Vorstösse gegeben. Es ist auch in der Bevölkerung immer wieder diskutiert worden, dass es ein solches Parkleitsystem braucht. Das zeigt eigentlich vor allem zwei Sachen auf. Zum einen, dass dies ein Thema ist, das den Leuten wirklich unter den Fingern brennt, und das schon sehr lange, und zum anderen, dass die Mühlen der Politik doch sehr langsam mahlen. Das mag bei gewissen Themen in der Politik seine Berechtigung haben. Bei dieser Diskussion um die Einführung des Parkleitsystems ist dies aber eigentlich völlig unangebracht. Bei den paar Diskussionen zum Parkleitsystem, bei denen ich selber dabei war, hatte ich selten eine solch überparteilich grosse Einigkeit darüber, dass dies eigentlich eine Notwendigkeit ist und dass man diese Investitionen tätigen sollte. Der Bedarf ist ganz klar gegeben. Die Zählungen der Parkplätze, welche die Grünen mehrfach wiederholt haben, zeigen auf, dass wir nicht ein Problem von fehlenden Parkplätzen haben, sondern das Problem ist, dass die Autofahrer diese nicht auffinden. Ein Parkleitsystem würde genau hier eingreifen. Mit der Eröffnung der ERO und der Begegnungszone um die Kirchgasse herum hat sich das Problem eigentlich sogar noch verschärft. Es halten sich immer mehr Leute in der Innenstadt auf, die dort auch flanieren. Der Langsamverkehr und der Autoverkehr mischen sich immer mehr. Dann wird der Parksuchverkehr nicht nur störender, sondern auch gefährlicher. Zudem ist die Finanzierung eines solchen Parkleitsystems nicht einmal fraglich.

Wir haben diesen Parkplatzfonds, wo 1,5 Millionen drin sind, und die letzte Vorlage hat eigentlich gezeigt, dass dies zu einem grossen Teil reichen würde, um die Kosten eines solchen Parkleitsystems zu decken. Das heisst, wir haben dies sogar fast zu einem grossen Teil, wenn nicht sogar komplett finanziert, je nachdem welche Variante wir dann wählen. Deshalb freut es mich als Mitinitiantin dieser Volksmotion und sicher auch die zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer dieser Volksmotion, dass der Stadtrat bereit ist, das Geschäft zu überweisen und noch einmal einen neuen Anlauf zu nehmen, der dann hoffentlich nicht nur im Rat als Idee Befürworter findet, sondern auch in der Umsetzung, damit das leidige Thema, das wir jetzt doch schon ein paar Mal diskutiert haben, nicht in weiteren zehn Jahren immer noch auf dem Tisch ist. Deshalb würde ich Euch bitten, dieses Anliegen zu unterstützen und die Volksmotion zu überweisen.

Dr. Rudolf Moor, SP/Junge SP: Wir haben dies in der Fraktion ziemlich intensiv diskutiert. Es ist auch ausgekommen, dass es in unserer Fraktion nicht ganz zu all diesen Fragen eine einheitliche Meinung gibt. Es gibt zum Teil unterschiedliche Ansichten. Zum Teil hat man relativ radikale Ansichten vertreten, dass man eigentlich besser alle Parkplätze in der Innenstadt aufheben und das Geld für den Langsamverkehr ausgeben würde. Das ist ein relativ radikaler Ansatz. Es ist auch die Frage gestellt worden: Soll die Stadt wirklich noch mehr Geld für den motorisierten Verkehr ausgeben? Dann war die Frage eines Passivsystems gegen ein Aktivsystem. Ein Passivsystem, das einfach sagt: Dort gäbe es Parkplätze, wo man aber nicht sieht, wie viele wirklich frei sind. Da sind die Meinungen auch auseinandergegangen. Nachher war die Frage Einbezug des Klosterplatzes und des Munzingerplatzes. Die Volksmotion fordert dies explizit. Ich muss auch sagen, dass wir, als wir es damals zurückgewiesen haben, in unserer Fraktion gespalten waren. Das war damals schon das Hauptthema für diejenigen unserer Fraktion, die damals für Rückweisung waren, dass man gesagt hat: Ohne Klosterplatz und Munzingerplatz macht es keinen Sinn, weil jeder Autofahrer, der mit dem Auto in die Stadt fahren will, zuerst nachschaut, ob es auf dem Klosterplatz und dem Munzingerplatz freie Parkplätze hat. Wenn sie nicht dabei sind, nützt es einfach nichts. Wir haben nachher in der Fraktion noch einen Konsens gefunden. Am Schluss waren wir einstimmig für Überweisen dieser Volksmotion. Wir erwarten aber vom Stadtrat, dass er auch Varianten aufzeigt, dass er Varianten innerhalb des Spielraums, den die Volksmotion lässt, aufzeigt, weil die Volksmotion zum Teil relativ stark einschränkt. Aber wir erwarten vom Stadtrat, dass man wirklich schaut, welche Varianten es gibt und vielleicht nicht nur mit einem fixen Vorschlag kommt, sondern dass man eigentlich den Handlungsspielraum aufzeigt, was geht bezüglich Technologie, bezüglich Umfang und bezüglich den Konzepten, die man dazu anwenden möchte. Aber wie gesagt sind wir einstimmig für Überweisen.

Franziska Erzinger, SVP-Fraktion: Bei uns hat es auch Diskussionen gegeben. Mehrheitlich sind wir gegen das Parkleitsystem und zwar mit der Begründung, dass die meisten Autofahrer, die in die Stadt kommen, möglichst nahe, wo sie einkaufen, parkieren. Zudem bin ich überzeugt, dass Parkhäuser nur aufgesucht werden, wenn sie auch sauber und freundlich, sprich hell, sind. Da möchte ich gleich einmal das Beispiel Neuhard, wo ich diese Woche zweimal war, anführen. Es ist Horror, wenn man dort ist. Es hat blutverspritzte Treppen. Der Lift fährt nicht. Ich bin einfach einmal dorthin gegangen, weil ich das Gefühl hatte, ich möchte einmal sehen, wie es dort aussieht. Es war ganz schlimm, und so etwas in einem Parkleitsystem quasi den Leuten anzubieten, ist eine Zumutung. Dann ist auch nicht klar, auch wenn das Parkleitsystem finanziert wäre, wer nachher die Folgekosten nachher abdeckt. Ich weiss einfach von anderen Städten, wo alle, die angeschlossen sind, zwingend einen gewissen Beitrag leisten müssen. Sie können nicht wählen, ob sie wollen oder nicht. Dann ist die Frage: Kann man dies so aufgleisen, dass die Folgekosten abgedeckt wären? Mit der Einführung des Parkleitsystems ist nur ein Teil gemacht. Das sind eigentlich die wichtigsten Punkte, über die wir diskutiert haben. Grundsätzlich sind wir gegen das Parkleitsystem.

Simone Sager: Die Fraktion der FdP hat an ihrer Sitzung einstimmig dem Vorschlag des Stadtrats, das Geschäft der Grünen als Motion zu überweisen, zugestimmt. Die Technologie des Parkleitsystems hat sich in den vergangenen Jahren, einerseits vor zehn Jahren respektive seit 2012 weiterentwickelt. Ja, es ist Zeit, dieses Projekt jetzt noch einmal anzugehen. Nicht nur wir Oltnen Autofahrer, nein auch Anderswärtige, sind froh, wenn einem gezeigt wird, wo es sich lohnt hinzufahren, um zu parkieren. Zudem ist im Fonds Parkplatzgebühren, der für das Parkleitsystem geäuftet wurde, auch Geld vorhanden. Dennoch sollte man es irgendwie erreichen, dass sich die Parkhäuser an diesen Installationen beteiligen würden. Im Vorschlag der Grünen wird als Vorbild die Stadt Aarau erwähnt. Das fänden wir eine gute Idee. Warum die Kugel neu erfinden, wenn man ein paar Kilometer weiter einen Partner finden könnte, der Erfahrungen mit der Einführung, Umsetzung und dem täglichen Betrieb hat? Zudem mussten die Aarauer das Problem, die oberirdischen öffentlichen Parkplätzen im PLS zu erfassen, auch lösen und haben es geschafft. Zusammen mit einem Aarauer Ingenieurbüro – wenn Ihr dann wissen möchtet, wer es ist, könnt Ihr Euch an mich wenden – konnte ein gutes PLS umgesetzt werden. Noch ein persönlicher Input: 2008 ist das PLS in Aarau eröffnet worden. Ich hatte das Glück, dies bei dieser ganzen Einführung als Verwalterin eines grossen Parkhauses in der Stadt mitbegleiten zu dürfen. Das hat sich gelohnt, auch für die Parkhäuser, für die Auslastung allgemein. Deshalb würde ich ganz, ganz, ganz fest ans Herz legen: Sprecht mit diesen Leuten, spricht mit diesen Ingenieurbüros, wo noch die gleichen Personen angestellt sind, die dies dazumal in Aarau gemacht haben! Dann kann man mit Vorschlägen zu einer Lösung kommen und auch wie die Finanzierung ist. Was die SVP vorhin gesagt hat: Wenn etwas ist, ist dies dort ganz klar geregelt. Auch wenn es der andere Kanton ist, meldet Euch dort. Auch deshalb werden wir als FdP eigentlich einstimmig zustimmen.

Christian Ginsig: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt diesem Vorschlag zur Überweisung als Vorstoss grossmehrheitlich zu. Wir sehen darin ein wichtiges Zeichen, mittel- und vor allem auch langfristig betrachtet, für ein gutes Stadt- und Standortmarketing. Es ist schon so dass die Oltnen wissen, wo es Parkplätze hat. Auswärtige wissen es anscheinend nicht so genau. Wir sehen darin langfristig auch eine Chance, weil sich das Mobilitätsverhalten in fünf bis zehn Jahren nachhaltig verändern wird. Es werden selbstfahrende Fahrzeuge in die Verkehrslandschaft integriert werden. Es braucht vielleicht dereinst etwas weniger Parkfläche. Das spricht eigentlich dafür, dass man mit einem intelligenten Verkehrsmanagement auch die Chance hätte, mittelfristig vielleicht dann eben heutige Parkflächen wieder in den Lebensraum umzuwandeln, den die Bevölkerung auch brauchen könnte, anstatt dass Parkplätze vorhanden sind, wenn es ja so viele hat. Die CVP/EVP/GLP wird deshalb diesem Antrag grossmehrheitlich zustimmen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Anna Engeler hat ja als Vertreterin des Motionskomitees eigentlich schon alles Wichtige gesagt, was auch in unserem Sinne ist. Ich möchte jetzt das Fraktionsvotum wirklich noch einmal dazu nutzen, an alle zu appellieren. Ich habe etwas den Eindruck, es ist gar nicht mehr so sehr nötig. Das ist schön. Ich bin froh, dass wir diesmal der Versuchung widerstanden haben, hier schon an diesem Projekt herumbasteln zu wollen und darüber zu streiten, ob dies jetzt auf dem Natel laufen soll oder nicht und welcher Parkplatz dabei sein sollte und welcher nicht. Ich finde es super, dass wir dem Stadtrat jetzt soweit vertrauen, ein Projekt auszuarbeiten, das dann auch wirklich funktioniert. Vielleicht noch ganz kurz ein Wort zur Korrelation Sauberkeit-Belegungsgrad. Diese existiert nicht. Ich kann es am Beispiel des OLTEN-Parkhauses, das sich gerade neben dem Aarhof befindet, sagen. Das hat einen Preis. Es gibt offenbar eine European Parking Association. Was es nicht alles gibt. Sie haben ihnen einen Preis gegeben. Er hängt dort stolz neben dem Lift, und wenn man hineingeht. Er ist ganz schön. Es ist hell, farbig und so als Parkhaus eine richtige Freude. Dort hat es 79 Parkplätze. 10 waren bei der ersten Zählung besetzt und einfach wirklich ganz klar, weil kein Mensch, der in die Stadt hineinfährt, weiss, dass es sich dort befindet, weil man dort blöd von der Jurastrasse hineinfahren muss. Dort wird es eigentlich ganz klar gezeigt. Dort hat es nicht keine Leute, weil es unappetitlich

oder blutverspritzt ist, sondern weil sie einfach nicht wissen, dass es sich dort befindet. Deshalb: Ja, super, wenn wir jetzt vorwärts machen können, und wir danken im Namen der Fraktion und des Motionskomitees im Voraus schon recht herzlich für Eure Unterstützung. Danke.

Urs Knapp: Ich gehe richtig in der Annahme, dass dies wie ein Postulat behandelt wird. Es hatten ja alle Diskussionen. Wir haben nicht einen fertigen Vorschlag, sondern man erwartet vom Stadtrat, dass er einen Vorschlag macht. Aber wie er aussieht, ist noch offen. Vielleicht dort noch ein Hinweis und eine Bemerkung. Aarau ist eine schöne Stadt. Aber bezogen auf das Parkleitsystem ist sie nicht mehr up to date. Da gibt es Systeme von Siemens in Berlin, viel modernere, viel einfachere, vor allem viel integriertere. Wir haben heute fast alle Handys. Das gab es vor fünf oder sechs Jahren noch nicht, vor zehn Jahren noch nicht. Man kann all diese Informationen auf Handy stellen oder auch direkt in ein Navi-System in ein Auto einbauen. Dieses System kann man von der Stange kaufen. Es ist effizienter als dasjenige in Aarau und sicher nicht teurer.

Deny Sonderegger: Für einmal bedanke ich mich bei den Grünen für diesen Vorstoss. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass dieses Thema noch einmal aufgeworfen wird, auch von Seiten des Gewerbes und als Gewerbevertreter einen wichtigen Anspruch, dass man bei uns in der Stadt die Möglichkeiten für ein einfaches Parkieren findet. An die SVP gerichtet würde ich vielleicht auch noch kurz darauf hinweisen: Das Parkhaus, das hier angesprochen wurde, ist effektiv, in der Tat ein Problem. Ich könnte mir aber sehr, sehr gut vorstellen, dass aufgrund dieser Überweisung, dieses Auftrags, eben auch der Druck auf die einzelnen Parkhausbetreiber steigt und damit auch gewisse Nachinvestitionen getätigt werden. Von daher möchte ich beliebt machen, dass man dem zustimmt, dies wirklich neu prüft und in Angriff nimmt. Besten Dank.

Christian Werner: Urs Knapp hat vorhin gesagt, dass dies als Postulat zu verstehen ist und man prüfen soll. Das ist von mir aus gesehen falsch. Das ist eine Volksmotion, und das ist kein Postulat. Eine Volksmotion kann man nicht in ein Postulat umwandeln. Das heisst, wenn wir dem zustimmen, beauftragen wir den Stadtrat nicht zu prüfen und irgendetwas vorzulegen, sondern der Text der Volksmotion ist verbindlich, und er ist sehr konkret. Er heisst, dass der Stadtrat innerhalb von neun Monaten ein Parkleitsystem nach dem Vorbild der Stadt Aarau vorlegen muss. Punkt. Schluss. Gross interpretieren kann man dies nicht, und man kann es auch nicht umwandeln oder umdeuten. Das heisst, wir stimmen diesem klaren Auftragstext, der verbindlich ist, zu. Dies einfach als Bemerkung. Nachher hätte ich noch kurz eine Frage. Ich sehe weder in der Begründung noch in der Antwort des Stadtrates, was es kosten würde. Es ist zwar ausgeführt, was es beim letzten Projekt gekostet hätte, aber was es diesmal kosten würde, ist nirgends ausgewiesen. Kann man hier noch etwas dazu sagen? Würde es etwa gleich viel kosten wie beim letzten Mal, womit der Kredit des Parkplatzfonds nicht reichen würde, oder würde es noch teurer zu stehen kommen?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Das ist eine tricky Frage. Wir haben uns überlegt, ob dies jetzt vielleicht wie eine unausformulierte oder ausformulierte Initiative zu verstehen ist. An und für sich ist, so wie es der Stadtrat versteht, dass man wieder ein Parkleitsystem mit diesen Parametern macht. Von daher ist aber das Parlament dann schlussendlich auch frei, an der Vorlage, die ja ausgearbeitet wird, auch entsprechend «herumzumechen». Ich sage es jetzt einmal so. Von daher sind die Kosten, von denen der Stadtrat jetzt einmal ausgeht, wahrscheinlich in dem Bereich, wie wir sie in der Vorlage 2012 hatten. Es werden dort gewisse Investitionen tatsächlich gebraucht, und auch dort konnte man – ich weiss es jetzt nicht mehr auswändig – jedenfalls auch einen Anteil aus dem sogenannten Fonds nehmen. Das ist ja hier der ruhende Verkehr, den man schlussendlich darüber finanzieren kann. Heute können wir noch nicht sagen, was es kostet. Es wird wahrscheinlich in der Grössenordnung von dem, was wir jetzt hier aufgeführt haben, sein. Es kann aber auch darunter sein. Die Entnahme aus dem Fonds ist an und für sich de lege arte, dass man dies

tun darf. Wir würden eigentlich den Auftrag schon so verstehen, dass wir innerhalb von neun Monaten eine Vorlage unterbreiten, wo diese Perimeter gesetzt sind. Aber ich denke, das Parlament ist frei, an dieser Vorlage schlussendlich auch noch gewisse Abänderungen vorzunehmen. Das ist unsere Interpretation. Wir wissen, was wir zu tun haben.

Christian Werner: Darf ich noch kurz nachfragen? Wenn dieser Fonds ja wahrscheinlich nicht reichen wird, ist der Betrag, den es darüber hinaus kosten wird, irgendwo budgetiert oder in einer Investitionsplanung berücksichtigt?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ja, selbstverständlich werden wir, wenn das Parlament dies überweist, dies in den entsprechenden Finanzplanungen einstellen, vor allem das, was darüber ist, und das Andere ist eine Entnahme aus dem Fonds.

Daniel Probst: Ich bin Ihnen dankbar für diese Volksmotion. Schon im März 2012 habe ich hier zugestimmt und konnte es eigentlich dazumal nicht begreifen, dass wir dies im Parlament nicht überwiesen haben. Ich bin auch der Meinung, dass gibt eine ganz klare Vorlage des Stadtrates, über die wir nachher befinden können, und ich habe noch zwei Sachen. Das Erste ist, vielleicht etwas entgegen von Urs Knapp: Ich würde hier nicht irgendwie neueste Technik holen und davon ausgehen, dass alle das neueste Navigationssystem oder ein Handy haben. Ich würde es möglichst universell machen, also niedrig, damit auch jemand, der kein Handy hat, wie zum Beispiel Benvenuto, oder vielleicht kein Navigationssystem, dass auch so jemand in Olten einen Parkplatz finden kann. Ich würde es möglichst universell, möglichst einfach machen, und ich glaube, da gibt es genügend Städte in der Schweiz, welche dies haben. Das Andere noch kurz zu Christian Ginsig: Ich bin überhaupt nicht überzeugt, dass es in Zukunft weniger Parkplätze brauchen wird. Wenn zum Beispiel das selbergesteuerte Fahren kommt, werden nicht nur Leute Autofahren, die 18 plus sind und vielleicht ab 70 nicht mehr, sondern es werden alle Autofahren können. Man geht davon aus, dass dieser Individualverkehr zunimmt. Man wird viel mehr Parkplätze brauchen. Deshalb ist es richtig, wenn man jetzt eigentlich dort investiert.

Felix Wettstein: Daniel Probst, wenn das selbstfahrende Fahrzeug kommt, wird es pro Person halb so schmal, einen Viertel der Fläche, als ein heutiges Auto einnehmen müssen, das bekanntlich meistens nur von einer, im Schnitt von 1,2 Personen belegt wird, wenn es fährt und das 23,5 Stunden pro Tag herumsteht. Selbstfahrende Fahrzeuge sind nur sinnvoll, wenn sie mit einem Rufsystem gekoppelt sind, sodass ich dies nicht individuell brauchen muss. Das heisst, sie fahren fast immer. Sie stehen relativ selten. Wie gesagt, ein einzelnes braucht viel weniger Platz als einen heutigen Parkplatz. Wir werden dann sicher nicht mehr so viele Parkfelder wie heute brauchen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich würde Euch bitten, dass Ihr vielleicht die visionären Ideen etwas zurückstellt und dass wir immer noch über diesen Vorschlag und diese Volksmotion debattieren.

Daniel Probst: Das Schöne an Visionen ist eben, dass man es ja nicht beweisen kann. Genau die Punkte, die Du erwähnt hast, werden diskutiert. Sie brauchen weniger Platz. Aber Du gehst davon aus, dass alle ihr Auto sharen, teilen werden. Davon gehen auch andere nicht aus.

Fritz Buser: Etwas kann ich nicht einfach so im Raum stehen lassen und das ist die Sache mit Neuhard. Ich bin absolut einverstanden. Das Parkhaus Neuhard ist unter jeder Kanone, und vielleicht könnte man dort tatsächlich einmal etwas unternehmen. Ich bin ein kleiner Terrorist. Ich denke immer ans PVC-Attentat, ein Metalleimer PVC hinein, anzünden. Es passiert nichts. Aber Du musst die Hütte renovieren. Das wäre dort dringend nötig. Aber auf der anderen Seite ist es tatsächlich so, dass sämtliche andere Parkhäuser, die wir in Olten

haben, und wir haben viele, in absolut gutem Zustand sind. Ich wüsste keines, in das ich nicht gerne gehen würde. Das muss man dann auch noch gesagt haben.

Doris Känzig: Ich denke, die Meinungen sind hier gemacht. Ich möchte einfach noch vor zu viel Illusionen warnen, wenn man meint, es bringe mehr Leute nach Olten oder der Verkehr in der Stadt nehme ab. Was Fränzi gesagt hat, hat sich in Luzern und in Basel bestätigt, dass Parkhäuser mit mehr als fünf Minuten Fussweg zum Einkaufs- oder Ausgangsziel trotz Parkleitsystem nicht voll belegt sind, und der Verkehr in der Stadt hat nicht abgenommen, weil die Leute eben dorthin gehen, wo sie einkaufen. In der Antwort zur Motion Schneider 2010 hat der Stadtrat gesagt, ein Parkleitsystem lohnt sich nur, wenn die öffentlichen Parkplätze zentral konzentriert sind, und das ist bei dieser Motion, wo die Parkhäuser dermassen verstreut sind, überhaupt nicht der Fall. Mit dem neuen Sälipark werden vermehrt Leute gezielt dorthin fahren. Dafür braucht es kein Parkleitsystem, und die Schützi ist als direktes Ziel der ERO praktisch jeden Tag, wenn man vorbeigeht, zu 50 % belegt. Die Schützi findet man eigentlich auch ohne Parkleitsystem. Dort geht es nur darum, dass die wenigsten mit einer schweren Einkaufstasche diesen Hang hinauf und hinunter gehen wollen.

Luc Nünlist: Nur ganz kurz eine Antwort darauf. Dann haben wir ja «Schwein» in Olten, dass die Parkhäuser nie weiter als fünf Minuten vom Bahnhof weg sind. Sie sind alle zentral.

Beschluss

Mit 38 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Vorschlag überwiesen.

Mitteilung an:
Baudirektion/Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 18. Mai 2017

Prot.-Nr. 65

Postulat Raphael Schär und Mitunterzeichnende, Fraktion Grüne, betr. «KlimaBündnis-Städte Schweiz»/Beantwortung

Am 23. März 2017 haben Raphael Schär (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird eingeladen, den KlimaBündnis-Städten Schweiz beizutreten und Massnahmen einzuleiten um deren Ziele zu erreichen.

Diese sind:

1. *aktive Klimaschutzpolitik*
 - a. *Reduktion CO₂-Ausstoss alle 5 Jahre um 10%*
 - b. *Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 im Vergleich zum Basisjahr 1990*
2. *Entwicklungszusammenarbeit: Indigene Völker im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung ihrer Lebensräume unterstützen.*

Mit folgenden Handlungsebenen

1. *nachhaltige Energiepolitik*
2. *klimaschonende Verkehrspolitik*
3. *kommunales Beschaffungswesen*
4. *Erhalt der ökologischen Vielfalt*

Begründung:

Kürzlich hat das nationale Parlament das Pariser Klimaabkommen deutlich ratifiziert und somit beschlossen, denn CO₂-Ausstoss in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 um 50% zu reduzieren. Nun liegt es auch an den Städten, den Worten Taten folgen zu lassen. Deshalb wird der Stadtrat eingeladen, diesem Bündnis beizutreten und die oben erwähnten Massnahmen einzuleiten. Die Stadt Olten folgt mit diesem Beitritt unter anderem Städten/Gemeinden wie Baden, Biel-Bienne, Burgdorf, Grenchen und Windisch.»

- - - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrates wie folgt:

Im Jahr 2015 hat der Stadtrat sämtliche Mitgliedschaften der Stadt Olten aus finanziellen Gründen überprüft. Gestützt auf diese detaillierten Überprüfungen hat die Stadt Olten per Ende 2015 den Austritt aus dem KlimaBündnis-Städten Schweiz gegeben. Damalige Abklärungen haben ergeben, dass mit diesem Austritt keine negativen Konsequenzen für das Label Energiestadt zu erwarten sind. Dies wurde am 2. November 2016 bestätigt durch die Überreichung des entsprechenden Labels. Mit diesem Label verpflichtet sich die Stadt Olten zu einer nachhaltigen Energiepolitik. Die kürzlich erfolgte Ratifizierung des Pariser

Klimaabkommen durch das nationale Parlament ist deshalb für den Stadtrat kein Grund, auf seinen Entscheid von 2015 zurückzukommen.

Der Vollständigkeit halber kann hier erwähnt werden, dass die Ziele der Energieplanung der Stadt Olten vorsehen, dass die städtischen Liegenschaften bis ca. 2020 zu 50%, bis 2035 zu 75% mit erneuerbaren Energien oder Abwärme beheizt (inkl. Warmwasser) werden. Diese Zielsetzung baut auf der Gebäudestrategie der Stadt Olten von 2008 auf.

Im Sinne der Erwägungen und der getroffenen Abklärungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament das Postulat abzulehnen.

- - - - -

Raphael Schär: Vielen Dank an den Stadtrat für die Antwort zu diesem Postulat. Für uns ist die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens eben doch ein Grund, um den Klimabündnis-Städten wieder beizutreten. Wir können nicht warten bis in Bern irgendjemand beschliesst, wo und wie die 50 % CO₂-Emissionen reduziert werden können, sondern es liegt auch an den Gemeinden und Städten, selber Massnahmen zu beschliessen, um das dringend notwendige Ziel zu erreichen. Eine Mitgliedschaft bei den Klimabündnis-Städten geht über das Engagement der Energiestadt hinweg. Es hat klare Ziele, dass wir in Olten Massnahmen einleiten wollen, um die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen bis 2030 zu reduzieren. Da sind die städtischen Liegenschaften ein wichtiger Beitrag. Aber es braucht weitere Schritte. So können zum Beispiel in Mietwohnungen Smart-Meters installiert werden, damit die Mieterinnen und Mieter Kostentransparenz haben und für das Energiesparen auch belohnt werden. Heute gehen einzelne Massnahmen meistens in der Gesamtrechnung unter, weil zum Beispiel die Energiekosten auf alle Wohnungen aufgeteilt werden. Sehr eindrücklich könnten so zum Beispiel auch die Standby-Verluste aufgezeigt werden. Gerade bei Mietwohnungen wird heute auch immer noch auf Ölheizungen gesetzt, weil die laufenden Kosten auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden können. Auch hier braucht es ein Umdenken und Massnahmen, damit nicht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter weiter CO₂ ausgestossen werden kann. Unter dem Strich sind erneuerbare für Warmwasser und Wärme bereits heute günstiger, wenn man die Lebenszykluskosten betrachtet. Weitere Emissionen könnte man im Bereich Verkehr einsparen. Da kann man auch wiederum bei der städtischen Fahrzeugflotte ansetzen, aber auch den Langsamverkehr in der Stadt konsequent fördern. So wäre es mitunter endlich notwendig, statt über Gratisparkplätze für Autos über mehr Veloabstellplätze in der Innenstadt sowie direkte und durchgängige Langsamverkehrsachsen in die Innenstadt zu diskutieren. Ich bin mir sicher, dass diese Massnahmen nicht nur den Klimaschutz unterstützen, sondern sogar noch einen positiven Effekt auf das Energiestadtlabel haben. Die Verbesserung von 64 auf 67 % ist lobenswert, aber das Ziel soll ganz klar das Goldzertifikat sein, das man eben erst mit 75 % erhält. Es ist also noch viel Potenzial nach oben vorhanden. Andere Städte kennen sogar eine hundertprozentige CO₂-Neutralität. Vor gut einem Jahr konnte man im Oltner Tagblatt lesen: „Die Energiestadt gibt uns mehr Geld zurück, als was wir für das Label investieren“. Auch mit Investitionen in Klimaschutzmassnahmen kann man schlussendlich nur gewinnen, wenn es darum geht, ob man in einer Plus 1,5-Grad-Celsius oder Plus-3-Grad-Celsius-Welt weiterleben wollen. Aus diesen Gründen empfehlen wir das Postulat eben doch zur Überweisung, damit Olten eine klare Zielsetzung in der Klimapolitik hat.

Luisa Jakob: Die Fraktion SP/Junge SP wird dem Antrag der Grünen folgen und zwar, weil wir es inhaltlich sehr unterstützenswert finden, und weil wir auch finden, dass Fr. 275.—, die dieser Beitrag pro Jahr kostet, kein finanzielles Argument sind.

Beschluss

Mit 25 : 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit und wünsche Euch allen einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.